



# Landtag von Baden-Württemberg

22. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 15. März 2007 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Mittagspause: 12:30 bis 13:45 Uhr

Schluss: 17:02 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	1255	<b>wicklung für Schulstandorte und Schulstruktur</b> – Drucksache 14/519 . . . . .	1292
1. Aktuelle Debatte – <b>Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE . . . . .	1255	Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	1292
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE . . . . .	1255, 1262	Abg. Volker Schebesta CDU . . . . .	1294, 1299
Abg. Winfried Scheuermann CDU . . . . .	1257, 1263	Abg. Norbert Zeller SPD . . . . .	1295
Abg. Thomas Knapp SPD . . . . .	1258, 1265	Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP . . . . .	1297
Abg. Dieter Ehret FDP/DVP . . . . .	1259, 1266	Minister Helmut Rau . . . . .	1300
Ministerin Tanja Gönner . . . . .	1260, 1267	Beschluss . . . . .	1303
2. Aktuelle Debatte – <b>Integration und muttersprachlicher Unterricht</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP. . . . .	1268	5. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 14/1001	
Abg. Michael Theurer FDP/DVP. . . . .	1269	5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – <b>Muttersprachlicher Zusatzunterricht durch die Konsulate</b> . . . . .	1288
Abg. Andrea Krueger CDU . . . . .	1269, 1276	Abg. Gunter Kaufmann SPD . . . . .	1288, 1289
Abg. Gunter Kaufmann SPD . . . . .	1270, 1277	Staatssekretär Georg Wacker . . . . .	1288, 1289
Abg. Werner Wölfle GRÜNE. . . . .	1272, 1279	Abg. Alfred Winkler SPD . . . . .	1288
Staatssekretär Georg Wacker . . . . .	1273	Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	1289
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	1275	Abg. Norbert Zeller SPD . . . . .	1289
Minister Dr. Ulrich Goll. . . . .	1279	5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Martin Rivoir SPD – <b>Tempolimit auf der B 30 aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Anwohnerschutzes</b> . . . . .	1290
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – <b>Baden-Württembergisches Tariftreugesetz für öffentliche Dienstleistungs- und Bauaufträge (BW TarifG)</b> – Drucksache 14/849. . . . .	1281	Abg. Martin Rivoir SPD . . . . .	1290
Abg. Dr. Rainer Prewo SPD. . . . .	1281, 1286	Staatssekretär Rudolf Köberle . . . . .	1290
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU. . . . .	1282	5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – <b>Konflikt zwischen Filmakademie und Staatsministerium?</b> . . . . .	1291
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	1283	Abg. Jürgen Walter GRÜNE. . . . .	1291
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	1284	Minister Willi Stächele . . . . .	1291, 1292
Minister Ernst Pfister . . . . .	1285	Abg. Reinhold Pix GRÜNE . . . . .	1291
Beschluss . . . . .	1287	Abg. Hagen Kluck FDP/DVP. . . . .	1291
4. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Konsequenzen aus der demografischen Ent-</b>			

6. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – <b>Gesundheit in Europa</b> – Drucksache 14/564 . . . . .	1303	10. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 31. Januar 2007 – <b>Wohnungsbau 2007 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung</b> – Drucksachen 14/831, 14/990 . . . . .	1322
Abg. Andreas Hoffmann CDU . . . . .	1303	Beschluss . . . . .	1322
Abg. Ursula Haußmann SPD . . . . .	1305	11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 6. Oktober 2006 – <b>Beratende Äußerung zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung des Elektronischen Grundbuchs in Baden-Württemberg</b> – Drucksachen 14/392, 14/991 . . . . .	1322
Abg. Bärtl Mielich GRÜNE . . . . .	1306	Beschluss . . . . .	1322
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP . . . . .	1307	12. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2006 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 (Nr. 21) – Bürgschaften zur Förderung der Wirtschaft</b> – Drucksachen 14/710, 14/992 . . . . .	1323
Ministerin Dr. Monika Stolz . . . . .	1308	Beschluss . . . . .	1323
Beschluss . . . . .	1309	13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 29. Januar 2007, Az.: GR 1/07 – <b>Organstreitverfahren auf Antrag der Fraktion der SPD wegen Verfassungsverstößes im Zusammenhang mit der Finanzierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe</b> – Drucksache 14/1027 . . . . .	1323
7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Justizministeriums – <b>Strafvollzug bei Sexualstraftätern</b> – Drucksache 14/595 . . . . .	1309	Beschluss . . . . .	1323
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD . . . . .	1309	14. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/981, 14/982, 14/983, 14/984, 14/985, 14/986, 14/987 . . . . .	1323
Abg. Karl Zimmermann CDU . . . . .	1310	Beschluss . . . . .	1323
Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE . . . . .	1312	Nächste Sitzung . . . . .	1323
Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP . . . . .	1313		
Minister Dr. Ulrich Goll . . . . .	1314		
Beschluss . . . . .	1315		
8. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – <b>Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern vorbeugen – „Frühwarnsystem“ in Baden-Württemberg ausbauen</b> – Drucksache 14/620 . . . . .	1315		
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE . . . . .	1316		
Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU . . . . .	1317		
Abg. Marianne Wonnay SPD . . . . .	1319		
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP . . . . .	1319		
Ministerin Dr. Monika Stolz . . . . .	1321		
Beschluss . . . . .	1322		
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport zu der Mitteilung der Landesregierung vom 7. November 2006 – <b>Berechnungen über die Kosten des öffentlichen Schulwesens durch die Landesregierung nach § 18 a des Privatschulgesetzes</b> – Drucksachen 14/623, 14/975 . . . . .	1322		
Beschluss . . . . .	1322		

## Protokoll

über die 22. Sitzung vom 15. März 2007

Beginn: 9:33 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 22. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche hier im Raum einzustellen.

Dienstlich verhindert sind heute die Herren Abg. Pfisterer und Schmiedel.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Braun, Haas, Hausmann und Rüeck.

Aus dienstlichen Gründen verhindert sind Herr Minister Strattaus und Herr Minister Hauk.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### **Aktuelle Debatte – Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg erfordern klare Werthaltungen, Nachhaltigkeit als Fundament, ambitionierte Ziele und Vorgaben. Die richtigen Mittel, Wege und Instrumente müssen genannt werden. Schließlich muss das Ganze auf allen Ebenen auch in die Tat umgesetzt werden – durch den Staat, in Europa, im Bund, im Land, durch die Kommunen, die Zivilgesellschaft, die Haushalte und jeden Einzelnen.

Nun hat sich Ministerpräsident Oettinger als „Schwarzer mit grünem Inhalt“ geoutet. Wir glauben, dass er lediglich ein „Grün-Redner“, aber ein „Schwarz-Handler“ ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Erstes Beispiel: Flächenverbrauch. Zitat Oettinger:

*Wir haben in den letzten 50 Jahren in Baden-Württemberg so viel Fläche für Siedlung und Verkehr neu beansprucht wie alle Generationen zuvor zusammen. ... Wenn wir nicht aufpassen, entstehen heute mit Wohn- und Gewerbegebieten auf der grünen Wiese die Altlasten von morgen, für die dann niemand mehr zahlen kann.*

Dann hat er die „Nettonull“ beim Flächenverbrauch angekündigt.

Unsere Vorschläge waren: Die Regionalverbände sollen für die Gemeinden verbindliche konkrete Mengenziele der Flächeninanspruchnahme festlegen.

(Zuruf von der SPD)

Der Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg hat vorgeschlagen, Flächenzertifikate einzuführen, mit denen die Flächen dann so gehandelt werden, dass deren Verbrauch wirklich sinkt. Was davon übrig geblieben ist, können wir heute in der Zeitung lesen: Ein reiner Appell, dass der Flächenverbrauch spürbar gesenkt werden soll.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Man hat sich in der Koalitionsrunde darüber gestritten, ob die Formulierung „spürbar“ oder die Formulierung „deutlich“ gewählt werden soll. Die FDP/DVP hat sich dann mit der Formulierung „spürbar senken“ durchgesetzt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Semantisch!)

Die „Stuttgarter Zeitung“ hat es in ihrem Kommentar richtig charakterisiert: Lächerlich!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Lächerlich! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Absurd!)

Hemingway hat einmal gesagt:

*Das Beste von allem geht verloren, wenn man es zerredet.*

Dafür haben wir ein Beispiel, das uns der grüne Radikalredner Oettinger geliefert hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Der grüne Radikalredner“! Das ist ja ganz stark!)

Übrig geblieben ist schwarz-gelbes Pseudohandeln. Denn das, was Sie beschlossen haben, geschieht ohnehin schon.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Heiderose Bertho FDP/DVP)

Zweites Beispiel: Auto.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oh!)

Ministerpräsident Oettinger in der Regierungserklärung: „Unsere Autos brauchen zu viel Sprit.“

(Winfried Kretschmann)

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Nichts ist unmöglich, Toyota!)

Nun macht die EU endlich, nachdem die freiwillige Selbstverpflichtung von der Autoindustrie nicht erfüllt wird, ambitionierte Zielvorgaben für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und dann ist wieder nichts!)

mit 120 bis 130 g pro Kilometer. In der Regierungserklärung Oettingers hieß es: „Unsere Autos brauchen zu viel Sprit.“ Nun kommt endlich eine klare Vorgabe. Und jetzt sagt Oettinger im Rahmen der Haushaltsberatung, dass

*... es nicht sein kann, dass mit der Umweltkeule gegen den Standort Deutschland agiert wird.*

Zuvor sagte er:

*Wir sägen den Ast, auf dem wir sitzen, doch nicht ab. So blöd mögen Sie sein, wir sind es nicht.*

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er hat doch recht!)

Strategien für den Automobilstandort Baden-Württemberg sehen allerdings anders aus. Wohin die eben zitierten Vorstellungen von Herrn Oettinger führen, wenn einmal Gegenwind kommt, sehen wir in den USA: Auch die USA haben auf Spritfresser gesetzt,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schwarzenegger!)

auf PS, Geschwindigkeit und Größe. Und wo steht heute die Automobilindustrie in den USA? Im Keller. Davor müssen wir gerade die baden-württembergische Automobilindustrie bewahren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Richtig! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die sind selber groß! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Deswegen brauchen wir auch in Baden-Württemberg ambitionierte Ziele.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts ist unmöglich!)

Töpfer hat bei der Auftaktveranstaltung zur Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg richtig gesagt:

*Der Markt entscheidet nicht über Grenzwerte. Der Markt antwortet auf Grenzwerte.*

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Antwort hat Dieter Zetsche letzte Woche gegeben. Er sagte:

*Es gibt einen neuen Trend: das Premium-ökologische Segment. Diesen steigenden Bedarf zu decken, sehe ich als Marktchance.*

Wir müssen also offensichtlich die Automobilindustrie vor Oettinger schützen, damit hier mehr Klimaschutz beim Auto einzieht.

(Beifall bei den Grünen)

Drittes Beispiel für eine grüne Radikalrede von Oettinger: In seiner Regierungserklärung sagte er: „Wir wollen Baden-Württemberg zum Spitzenreiter ... beim Einsatz regenerativer Energien machen.“ Beim Bund haben wir in den Jahren seit 1998 ein Wachstum von 150 % vollzogen und haben den Anteil regenerativer Energien von knapp 5 auf knapp 12 % gesteigert; in Baden-Württemberg haben wir eine Steigerung von knapp 7 auf 9 %. Das ist lediglich ein Wachstum von 30 %. Die Ziele, die Oettinger für 2010 angibt, nämlich ein Anteil von 11,5 %, sind bundesweit schon erreicht. Das ist das Ergebnis, wenn Schwarze grüne Reden halten: Es sind die Ziele der Vergangenheit, die dabei herauskommen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir sagen dagegen: Unser grünes Ziel ist ein Anteil von 30 % regenerativer Energien bis 2020. Wenn Frau Merkel sagt, auf EU-Ebene solle die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei 20 % liegen, und dieser Wert könne, wenn alle mitmachen, auf 30 % steigen, dann wird dies nur klappen, wenn Baden-Württemberg als Hightech-Land bis 2020 auf eine Absenkung von 40 % kommt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 50 % wollen wir!)

Das ist das Ziel, das wir mithilfe der richtigen Maßnahmen erreichen müssen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Baden-Württemberg hat in 15 Jahren bei der Absenkung der CO<sub>2</sub>-Belastung einen Beitrag zum Kyoto-Protokoll von 0,1 % geleistet. Es wird Zeit, dass grüne Reden in Taten umgesetzt werden. Ich darf in diesem Zusammenhang Erich Kästner zitieren: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Der Regierung kann ich nur noch einmal mit auf den Weg geben, was der ehemalige Ministerpräsident Lothar Späth gesagt hat und was gestern im „Handelsblatt“ zu lesen war:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Den sollte man aber nicht als Beispiel bringen!)

*Nichts liegt ... näher, als dass die Rettung des globalen Klimas von jenen in die Hand genommen wird, welche die meisten Schäden zu verantworten haben. ... Es ist deshalb ungemein wichtig, jetzt einen realistischen Arbeitsplan zu entwickeln, der vernünftig, klar und verbindlich ist.*

Dem ist nichts hinzuzufügen – außer der Bemerkung: Das einzig Schwarze, was wir in Baden-Württemberg flächendeckend brauchen, sind schwarze Dächer, sind Fotovoltaikanlagen, die schwarz in der Sonne glänzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oh, jetzt wird es schwer! – Gegenruf des Abg. Ulrich Lusche CDU: Ach nein! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU zu der SPD und den Grünen: Schwere Kost für euch!)

**Abg. Winfried Scheuermann** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich natürlich als Redner auf diese Aktuelle Debatte vorbereitet. Aber ich will jetzt einmal etwas ganz anderes machen. Ich will einmal versuchen, auf Herrn Kretschmann konkret einzugehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht schlecht! – Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Oje!)

Das erste Thema, das er angesprochen hat, war der Flächenverbrauch. Dass wir im Lauf der letzten Jahre zu viel Fläche verbraucht haben, steht fest. Ich befürchte mit Ihnen, dass das Abgleiten in einen zwischenzeitlich niedrigeren Flächenverbrauch irgendwie analog zur wirtschaftlichen Entwicklung erfolgte und dass wir, wenn wir jetzt wieder einen wirtschaftlichen Aufschwung haben, gar nicht davor gefeit sind, dass sich dieser Aufschwung auch auf den Flächenverbrauch auswirken könnte.

Ich will nun ganz einfach zum wiederholten Mal den Wirtschaftsminister als zuständigen Fachminister sowie die Umweltministerin ansprechen. Im Baugesetzbuch heißt es, Bauleitpläne sind aufzustellen, soweit sie „erforderlich“ sind.

Herr Wirtschaftsminister, zeigen Sie mir einen Bauleitplan der letzten Jahre, der abgelehnt worden ist, weil er nicht erforderlich war.

(Beifall des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Genau!)

Ich behaupte, es gibt genug Bauleitpläne, die aufgestellt wurden, obwohl sie nicht erforderlich waren.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den Grünen)

Ehe wir, Herr Kretschmann, zu Instrumenten greifen, über deren Wirksamkeit wir gar nichts wissen, sage ich noch einmal: Liebe Frau Umweltministerin, lieber Herr Wirtschaftsminister, sorgen Sie doch einmal dafür, dass die untergeordneten Behörden die Instrumente, die es gibt, tatsächlich anwenden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Jürgen Walter und Franz Untersteller GRÜNE: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, nun zum Thema Auto. Dazu sage ich jetzt einmal, Herr Kretschmann: Nachdem unser Ministerpräsident die Äußerung getan hat, die Sie vorgelesen haben, gab es die Entscheidung bei der Europäischen Union, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2012 auf 130 bzw. 120 g pro Kilometer zu begrenzen. Diese Entscheidung der EU muss in nationales Recht umgesetzt werden, sofern sie zu einer Richtlinie geworden ist. Dann müssen auch alle anderen sie umsetzen, ob es ihnen im Innersten gefällt oder nicht.

Wir sollten sagen: Wir sind froh, dass wir diese Richtlinie der Europäischen Union haben. Nun brauchen wir nicht mehr immer auf den verschiedenen Ebenen herumzudiskutieren, was vertretbar ist, was man erreichen kann, was zumutbar ist. Diese Entscheidung ist da. Wir haben nicht mehr und nicht weniger zu tun als sie zu respektieren, mit glühendem oder mit ablehnendem Herzen. Ich tue das mit glühendem Herzen.

Da ich jetzt gerade beim Auto bin, möchte ich dazusagen: Es hat ja in der letzten Zeit praktisch als große Offenbarung der Grünen das Hybridauto von Toyota gegeben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nicht so schlecht!)

Das Hybridauto von Toyota ist wirklich ein Auto, das durch den Energiemix mit einer CO<sub>2</sub>-Emission von 104 g pro Kilometer auskommt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr guter Wert!)

Aber, meine Damen und Herren, Toyota ist beileibe nicht der Musterknabe.

(Zuruf von der SPD: Das sagt ja auch keiner!)

Wenn ich die Emissionen der von diesem Unternehmen produzierten Fahrzeugflotte insgesamt nehme, dann steht Toyota mit 163 g pro Kilometer in meiner Liste an 13. Stelle, und diese Liste wird angeführt von Smart mit 116 g pro Kilometer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Herr Kretschmann und die Grünen, ich habe nur eine ganz bescheidene Bitte: Wenn Sie Wahrheiten aussprechen, dann bitte nicht Halbwahrheiten, sondern die ganze Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann müssen Sie aber auch die Mercedes-Flotte nehmen!)

Meine Damen und Herren, zu den regenerativen Energien. Herr Kretschmann, auch hier bin ich auf einem ganz praktischen Weg. Wenn Sie sagen, wir in Baden-Württemberg hätten das, was wir bis in zwei Jahren erreichen wollen, schon heute erreicht

(Abg. Franz Untersteller und Winfried Kretschmann GRÜNE: Bundesweit!)

– oder bundesweit –, dann kann ich sagen: Hervorragend! Niemand, weder auf Bundesebene noch auf Landesebene, wird dann sagen, jetzt brauchten wir nichts mehr zu machen. Bei den regenerativen Energien stehen wir in einer Entwicklung. Da ist überhaupt kein Ende abzusehen. Auch wir in Baden-Württemberg strengen uns doch auf diesem Gebiet sehr nachhaltig an.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo? – Abg. Thomas Knapp SPD: „War stets bemüht“! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Immer bemüht!)

– Herr Drexler, ich habe nichts von „bemühen“ gesagt. – Wir in Baden-Württemberg waren unter anderem diejenigen, die dafür gesorgt haben, dass die Grenze für die Förderung von Energie aus Wasserkraft fällt.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Sie ganz persönlich! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ihre gesamte Bundestagsfraktion hat dagegen gestimmt, einschließlich!)

– Ich habe doch jetzt nicht von der Bundestagsfraktion gesprochen, sondern ich habe von uns aus Baden-Württemberg gesprochen.

(Winfried Scheuermann)

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Einmal so, einmal so!)

Klagen Sie mich nicht für etwas an, für das ich nichts kann.

Wir haben mit dafür gesorgt, dass diese Grenze fällt. Seither bauen wir in Rheinfelden das größte Wasserkraftwerk, das es in Europa überhaupt gibt.

Meine Damen und Herren, wenn sich unser Landwirtschaftsminister in den letzten Wochen und Monaten mit einer Idee in der Öffentlichkeit nachdrücklich bekannt gemacht hat, dann ist das doch die Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen, für die er sich unermüdlich einsetzt. Niemand sagt Ihnen, dass wir auf diesem Gebiet irgendein Ziel erreicht hätten. Deswegen: Die Hände in den Schoß legen, das möchte niemand.

Ich habe eine einzige Bitte, Herr Kretschmann: Hören wir auf mit den ideologischen Beschuldigungen! Hören wir auf, uns gegenseitig irgendwelche Zitate an den Kopf zu werfen. Schauen wir vielmehr, wo wir inzwischen angelangt sind, und schauen wir, ob wir in einer Entwicklung begriffen sind, die uns nach vorn bringt. Ich meine, wir sind mitten in einer Entwicklung, die uns nach vorn bringt. Dass der Opposition das nie schnell genug geht, ist eine ganz alte Erfahrungstatsache.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das werden Sie auch einmal erfahren!)

Aber noch ist es nicht so weit, dass wir uns ausschließlich von Ihnen treiben lassen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Nur von uns! Von wem denn sonst?)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

**Abg. Thomas Knapp** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wirklich faszinierend, Herr Kollege Scheuermann, was Sie in Ihrem Alter hier in der CDU-Fraktion noch sagen können.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Keine Diskriminierung!)

Sie haben nur noch ein Ziel, wie Sie einmal gesagt haben, nämlich Alterspräsident zu werden,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist Altersdiskriminierung!)

ansonsten haben Sie keine weiteren politischen Ziele.

(Unruhe – Zurufe von der CDU)

Von daher haben Sie sich heute einmal richtig geoutet.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Thema verfehlt!)

– Ich komme schon noch darauf. – Er hatte es im Umweltausschuss zum Thema Flächenverbrauch bereits genauso formu-

liert. Ich brauche seinen Ausführungen im Grunde genommen nichts hinzuzufügen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Aber eines hat er nicht gemacht: Er hat nicht für den Antrag gestimmt, den Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren, sondern er hat dagegen gestimmt. In diesem Antrag war klar die Absicht formuliert, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Die Nettonull beim Flächenverbrauch, die der Ministerpräsident immer propagiert, ist jedoch in weite Ferne gerückt, denn man hat sich im Umweltausschuss auf gar nichts verständigt. Vielmehr hat man gesagt: Weitermachen wie bisher.

Herr Kollege Scheuermann, Sie haben im Gegensatz zum Ministerpräsidenten, der sich einen grünen Anstrich gibt und einen schwarzen Kern hat, einen schwarzen Anstrich bzw. eine schwarze Hülle und einen grünen Kern. Das finde ich wirklich toll.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hoi! Jetzt aber! Das ist gefährlich! Jetzt sitzt ihm der Zweitkandidat im Nacken!)

Ich möchte deshalb zum Thema Flächenverbrauch nichts mehr sagen. Sie haben es ausgeführt.

(Unruhe – Zurufe von der SPD)

Ich möchte aber doch noch zwei Sätze zur Nachhaltigkeit sagen. Nachhaltigkeit – damit man sich das auch noch einmal vor Augen führt – kommt aus der Waldwirtschaft und bedeutet: Man nimmt nicht mehr weg, als im Wald nachwächst. Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik bedeutet: Wir belasten die Umwelt nicht stärker, als sie es verträgt. Wir sind jedoch im Moment auf dem Weg, die Umwelt um vieles mehr zu belasten, als sie wirklich verträgt. Wir können so nicht weitermachen.

Ich möchte das Thema Auto aufgreifen. Sie beide haben es schon angesprochen. Man muss sich einmal die Zahlen vor Augen führen und sagen, was in diesem Bereich wirklich notwendig ist. Um die 120 g, die ein Mittelwert sein sollen, zu erreichen, müssen Sie beim Diesel auf einen Spritverbrauch von ungefähr 4,6 bis 4,7 l kommen und beim Benziner ungefähr 5,2 l erreichen. Es gibt doch heute schon ganz normale Mittelklasseautos – nehmen wir einmal eines aus Baden-Württemberg, einen Audi A 3 oder Audi A 4 –, die Sie kaufen und mit den entsprechenden Verbrauchswerten fahren können. Das ist ein Mittelwert. Daneben gibt es auch kleinere und größere Wagen. Da frage ich mich doch, warum wir politisch nicht glasklar sagen – wie es der Kollege Scheuermann in der Haushaltsdebatte auch gemacht hat –: An den 120 g wird nicht gerüttelt. Wenn die Autoindustrie in Baden-Württemberg zukunftsfähig sein will, muss sie auf diese Werte zuarbeiten und danach weiterarbeiten, um diese Werte noch weiter zu unterschreiten. Andernfalls wird sie keine Zukunft haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt zum Thema Klimaerwärmung: Haben Sie sich schon einmal vor Augen geführt, dass wir etwa alle 100 000 Jahre eine Warmzeit haben und wir die Veränderungen, die dort in Zyklen von 50 000 Jahren nach oben und weiteren 50 000 Jah-

(Thomas Knapp)

ren nach unten stattfanden, innerhalb der letzten 100 Jahre geschafft haben? Wenn wir nicht aufpassen, sind wir in den nächsten 50 bis 100 Jahren um vier, fünf oder sechs Grad über der Temperatur, die bisher alle 100 000 Jahre als historische Warmzeit galt. Das ist eine Entwicklung, die, wenn wir jetzt nicht umkehren und schnell und massiv gegensteuern, nicht mehr aufzuhalten sein wird.

Lieber Kollege Scheuermann, Sie haben eben wirklich ehrlich ausgeführt: Man strengt sich an. Ich habe vorhin schon dazwischengerufen, das sei genau das Gleiche, als würde man in ein Zeugnis schreiben: „War stets bemüht“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Man strengt sich wirklich an! Wir müssen uns aber nicht nur anstrengen, sondern wir müssen etwas tun, und dazu nützt es nichts, nur Ankündigungen zu machen. Ich war bei der Kick-off-Veranstaltung der Nachhaltigkeitsstrategie „Jetzt das Morgen gestalten“ der Landesregierung. Da war als Hauptredner Professor Dr. Klaus Töpfer. Ich habe sein Curriculum Vitae sehr interessiert gelesen. Ich habe darin weder einen Hinweis darauf gefunden, dass er der SPD nahesteht noch dass er eine Affinität zu den Grünen hätte. Dort steht überall: Mitglied der CDU. Professor Klaus Töpfer hat bei der Auftaktveranstaltung sehr deutlich gesagt, was man machen muss. Er hat klipp und klar gesagt: Die Politik muss Vorgaben machen, muss handeln, muss sagen, unter welchen Rahmenbedingungen die Wirtschaft arbeiten soll. Ich denke, das ist eigentlich der richtige Weg.

Bei uns in Baden-Württemberg werden Sprechblasen produziert.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Von der CDU!)

Da wird einmal darüber geredet, dass man irgendetwas beim Ökohaus macht. Der Kollege Mappus und Frau Gönner haben jetzt das Ökohaus vorangetrieben. Gleichzeitig meldet Minister Pfister, das sei gar nicht Landessache, das sei schwierig, das könne nur der Bund regeln. Also völlig unausgegrenzt! Dann wird hier einmal ein Klimagipfel propagiert, und dann wird dort einmal eine Biogaskonferenz veranstaltet. Aber gehandelt wird eigentlich nicht.

Daher denke ich – jetzt ist der Kollege Mappus nicht da, sonst hätte ich es ihm direkt gesagt –,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er hört mit!)

wenn man meint, dass aus „machen“ „Macho“ als Substantiv wird, dann ist das falsch. Aus „machen“ wird „Mache“, indem man etwas tut, indem man etwas umsetzt.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ehret.

**Abg. Dieter Ehret** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachhaltiger Klimaschutz ist die politische und gesellschaftliche Herausforderung dieses Jahrhunderts und ist gleichzeitig eine der Kernaufgaben einer generationenge-

rechten Politik. Klimaschutz hat sich mittlerweile über das Umwelthema hinaus eindeutig zum Wirtschaftsthema entwickelt. Es ist inzwischen klar, dass klimapolitisches Handeln für alle auf der Welt volkswirtschaftlich günstiger ist. Rasches Handeln ist hier notwendig, um langfristige Folgen zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist ein globales Thema. Deshalb ist es wichtig, dass das Kyoto-Protokoll über 2012 hinaus verlängert wird. Wir brauchen europa- und weltweit koordiniertes Handeln und vor allem endlich internationale Solidarität. Der Kyoto-Prozess muss um eine globale Technologiezusammenarbeit ergänzt werden. Dazu bedarf es strategischer Technologiepartnerschaften mit allen Ländern.

Klimaschutz kann aus unserer Sicht nur dann wirksam gewährleistet werden, wenn man die CO<sub>2</sub>-Emissionen und andere Klimagase sowohl in der Industrie als auch im Luft- und Straßenverkehr in den bereits bestehenden Emissionshandel einbezieht. Hier hat Deutschland und damit auch Baden-Württemberg alle Chancen, als Gewinner aus einer Politik für mehr Klimaschutz hervorzugehen; denn deutsche Unternehmen gehören bei sehr vielen erneuerbaren Energien, bei der Energieeffizienz und bei moderner Kraftwerkstechnologie zu den Technologieführern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die FDP/DVP unterstützt die EU-Klimaschutzziele. Durch gemeinsames Handeln müssen wir auch Wettbewerbsverzerrungen ausschließen. Wir wären – jetzt komme ich zum Thema Automobile – sogar bereit gewesen, im Bereich Verkehr noch weiter zu gehen. Ich erinnere an den FDP/DVP-Antrag vom November letzten Jahres zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Wir haben ihn im Umweltausschuss einstimmig beschlossen. Ich bin sicher, die deutsche Automobilindustrie hat das Potenzial, moderne und umweltfreundliche Autos zu bauen. Die aktuellen Diskussionen zeigen mir und uns, dass unser Impuls noch rechtzeitig erfolgte und dass er richtig war.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Umwelt und Automobilindustrie werden in den nächsten Jahren gleichermaßen davon profitieren; da bin ich sicher.

Jetzt eine Anmerkung in Richtung Grüne. Ich war als Neuling hier im Landtag schon sehr überrascht, als ich der Presse entnahm, dass die Grünen vor drei Jahren selbst nicht den Mut hatten, einen Antrag, wie ihn die FDP/DVP hier nun eingebracht hat, vorzulegen. Das ist schon erstaunlich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Edith Sitzmann, Siegfried Lehmann und Theresia Bauer GRÜNE)

Ich las in der Presse: Angesichts der Äußerungen von Ehret und Scheuermann – ich zitiere – „müssen den Grünen die Ohren geklingelt haben“.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Ziele vonseiten der EU sind unterstützenswert.

(Unruhe)

(Dieter Ehret)

Aus meiner Sicht kommen jedoch aus Berlin teilweise auch falsche Signale. Ich spreche die Besteuerung von Biokraftstoffen und die Einführung einer Beimischungsquote an. Dadurch verlieren unsere heimischen Biokraftstoffe mehr und mehr ihre Konkurrenzfähigkeit. Die Folge wird ganz klar die Einfuhr von Palm- und Sojaöl sein. Wir in Deutschland werden nicht verhindern können, dass zu deren Produktion Regenwälder abgeholzt werden. Dies kann auch nicht unser Ansinnen sein.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Im Bereich der Wärmenutzung liegen riesige Potenziale, vor allem bei der Kraft-Wärme-Kopplung und den Biogasanlagen. Deshalb unterstützen wir auch die Initiative unseres Wirtschaftsministers Ernst Pfister, der einen Projektwettbewerb ausschreibt – Herr Knapp, Sie haben es angesprochen. Ich finde den Wettbewerb sehr gut. Dort werden neue innovative Anlagen zur Biogasnutzung prämiert. Dabei wird speziell der Wärmenutzung besondere Bedeutung zukommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Grundsätzlich haben wir im Land im Bereich Bioenergie sehr viele gute Ansätze, die allerdings oft wegen des hohen Finanzbedarfs von den Entwicklern nicht umgesetzt werden konnten. Deshalb werden wir verstärkt über das Instrument Bürgschaften dazu beitragen, solche Projekte in Zukunft voranzubringen.

Meine Damen und Herren, wir sind uns hier im Haus darüber einig, dass in Bezug auf die Kerosinbesteuerung des Flugverkehrs Maßnahmen erforderlich sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Entsprechende Anträge liegen von allen Fraktionen vor. Unverständlich ist für mich, dass die Bundesregierung hier über Jahre hinweg untätig geblieben ist.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Auch die rot-grüne!)

Mehr zu konkreten Maßnahmen im Land Baden-Württemberg in der zweiten Runde.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Herr Kretschmann, gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie zunächst die Frau Umweltministerin hören wollen?

(Unruhe – Zurufe, u. a. Ministerin Tanja Gönner: Nach der zweiten Runde!)

– Im Moment liegen keine Wortmeldungen vor.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dann erteile ich Frau Umweltministerin Gönner das Wort.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben an meiner Reaktion gemerkt, dass ich eigentlich darauf gewartet habe, ob wir uns tatsächlich noch über die Frage „Klimaschutz in Baden-Württemberg“ unterhalten oder ob Herr Kretschmann den heutigen Tag nur dazu nutzt, um hier in irgendeiner Weise Dinge vorzutragen, bei denen sich schon die Frage stellt: Wo ist eigentlich konkret das, was die Grünen wollen und was sie für den Klimaschutz tun?

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Haben Sie nicht zugehört?)

– Ja, ich komme noch darauf.

Ich will verschiedene Punkte ansprechen. Zum einen: Wir sind uns, glaube ich, in vielen Punkten einig; Herr Ehret hat es angesprochen. Der Umweltausschuss des Landtags hat, was die Automobile angeht, gemeinsam die 120-g-Grenze beschlossen – alle zusammen, weil die Ausschussmitglieder gesagt haben, sie müssten hier auch eine Vorbildwirkung entfalten.

Aber ich bin schon erstaunt, wenn ich mir die Debatten der vergangenen Wochen einmal genauer vergegenwärtige, dass die Grünen zum Kauf von Toyota aufrufen und dabei im Übrigen übersehen – das sage ich direkt an Sie, lieber Herr Palmer –, dass 0,3 % der insgesamt neu zugelassenen Fahrzeuge von Toyota – nur von Toyota – auf das Modell Prius entfallen. Den Rest bilden andere Modelle. Im Übrigen: Die Mittelklassewagen von Toyota liegen nicht nur über 140 g pro Kilometer, sondern in Teilen sogar deutlich über 160 oder 170 g pro Kilometer.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer und Franz Untersteller GRÜNE)

Insofern wäre es gut, wenn Sie zunächst einmal in der Lage wären, auch hier das Gesamte zu sehen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Unbelehrbar, die Grünen!)

Mein zweiter Punkt betrifft den Vorschlag von Herrn Kretschmann, wie er in Deutschland bis zum Jahr 2020 einen Anteil an regenerativen Energien von 30 % – davon 40 % in Baden-Württemberg – erreichen will, nämlich mit schwarzen Dächern. Die Dächer müssen schwarz sein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die Politik muss schwarz sein!)

Lieber Herr Kretschmann, derzeit beträgt der Anteil der Fotovoltaik an der Gesamtstromerzeugung 0,4 %. Ich frage mich, wie Sie damit bis zum Jahr 2020 tatsächlich einen Anteil von 40 % erreichen wollen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das ist ja billig!)

Dritter Punkt, das „Erneuerbare-Wärme-Gesetz“: Ihre Schwierigkeit ist, dass die Landesregierung in Baden-Württemberg hier wirklich mit gutem Beispiel vorangeht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wo ist da die Schwierigkeit?)

(Ministerin Tanja Gönner)

Jetzt sage ich einmal: Es gibt das Thema „Konkurrierende Gesetzgebung“. Wir werden unser Gesetz zur Pflicht für erneuerbare Wärme auf die konkurrierende Gesetzgebung stützen. Deswegen werden wir ein Gesetz sui generis machen. Die Regelungen sollen gar nicht in die Landesbauordnung, sondern es soll ein Gesetz sui generis sein. Die konkurrierende Gesetzgebung bedeutet, dass die Länder von ihrer Befugnis zur Gesetzgebung Gebrauch machen können, solange der Bund noch nicht gehandelt hat.

Ich erinnere mich daran, dass eine der jetzigen Oppositionsfaktionen in Berlin, die bis vor Kurzem noch Regierungsverantwortung getragen hat, uns immer erklärt, wie wir beim Klimaschutz vorangehen sollen. In der Zeit, in der sie regiert hat, ist in dieser Hinsicht überhaupt nichts vorangegangen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: So ist es! – Lachen bei den Grünen – Abg. Ute Vogt SPD: So viel Größe muss man haben! – Zurufe von den Grünen – Unruhe)

Das Wärmegesetz für erneuerbare Energien wurde nicht in der Zeit von Rot-Grün und nicht unter einem grünen Umweltminister Jürgen Trittin eingeführt.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Zurufe von den Grünen – Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Carla Bregenzer: Ignoranz der Arroganz! – Abg. Norbert Zeller SPD: Sie werden nicht einmal rot, wenn Sie lügen!)

Ich wundere mich, dass sich jetzt die SPD so aufregt, weil die SPD gemeinsam mit der CDU immerhin in ihren Koalitionsvertrag auf Bundesebene aufgenommen hat, das Wärmenutzungsgesetz für erneuerbare Energien zu verabschieden. Insofern wundere ich mich, dass Sie da auch getroffen sind.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zwei Jahre nichts passiert! Wo bleibt es denn? – Zurufe von den Grünen, u. a. des Abg. Franz Untersteller)

– Lieber Herr Untersteller, Emissionshandel, die 10+4-Regelung – –

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, ich darf jetzt darum bitten, dass die verbalen Störversuche eingestellt werden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nur heiße Luft!)

Das betrifft auch Sie, Herr Abg. Palmer. Unterlassen Sie das bitte!

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Die 10+4-Regelung, über die wir uns in Bezug auf den Emissionshandel bei der Frage „Belastung der Industrie“ unterhalten, wurde nicht von einem CDU-Minister, sondern von einem grünen Minister in ein Gesetz hineingeschrieben. Das bereitet uns gerade Schwierigkeiten. Wir hatten in der ersten Zuteilungsphase hier eine deutliche Überallokation.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Ich hätte mir gewünscht, dass Herr Trittin auch einmal hingestanden wäre und gesagt hätte: „Okay, ich hätte mehr tun können.“ Stattdessen sagt er: Das, was ihr macht, ist viel zu wenig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Was machen wir im Land?

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich will mich auf das konzentrieren, was wir im Land machen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Lieber Herr Palmer, ich bin etwas erstaunt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Hat die EU-Kommission der Bundesregierung von Schwarz-Rot einen blauen Brief wegen der CO<sub>2</sub>-Zertifikate geschickt oder der von Rot-Grün? – Weitere Zurufe)

– Lieber Herr Palmer, warum hat sie den blauen Brief geschrieben?

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Nein, nein! Das geschah deshalb, weil der vorherige auch so schlecht war. Deshalb muss man jetzt auch nachbessern. Ich merke, dass Sie offensichtlich schon etwas getroffen sind, weil nämlich genau das passiert, was Winfried Scheuermann gesagt hat: Sie erzählen Halbwahrheiten und nicht die ganzen Wahrheiten, stellen sich aber als die großen Klimaschützer dar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Getroffene Hunde bellen!)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg und die sie tragenden Fraktionen haben immer Wert darauf gelegt, dass wir uns realistische Ziele setzen, denn es geht darum, dass wir sie auch erreichen können.

(Zuruf von den Grünen)

Im Übrigen nehmen uns die Bürgerinnen und Bürger das auch ab, wenn wir uns realistische Ziele setzen. Weder 30 noch 40 %, die Sie vorgeben, sind realistisch. Ich habe das am Beispiel der schwarzen Dächer schon deutlich gemacht.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Untersteller?

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Ja.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön.

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung vor etwa vier Wochen ein Gutachten vorgelegt hat, in dem er empfiehlt, bis zum Jahr 2020 ein 40-%-Ziel bei den

(Franz Untersteller)

regenerativen Energien im Strombereich zu setzen? Ja oder Nein?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Noch einmal: Das Ziel ist mir bekannt. Die Frage ist nur: Wie groß ist die Realisierungsmöglichkeit? Im Übrigen glaube ich, dass wir uns schon einmal darüber unterhalten müssen. Die Bürger haben es satt, von uns immer Ziele zu hören, von denen sie anschließend hören, dass wir nicht in der Lage sind, sie einzuhalten. Realistische Ziele sind die, die der Bürger von der Politik verlangt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD, u. a.  
Abg. Thomas Knapp: Das ist ja das Schlimme!)

Ich bin der Auffassung: Wenn wir über den CO<sub>2</sub>-Ausstoß sprechen, dann stellen Sie fest, dass sich die Debatte mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Person befasst. Da hilft es, in Statistiken zu schauen. Der Durchschnitt in der Bundesrepublik Deutschland liegt bei 10,4 t CO<sub>2</sub> pro Einwohner und Jahr, der Durchschnitt in Baden-Württemberg lag im Jahr 2004 bei 6,88 t pro Einwohner.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Atomkraft und Stahlindustrie!)

– Das hätten Sie jetzt nicht sagen sollen, Herr Palmer. Damit räumen Sie nämlich eines ein.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Herr Palmer, Sie werfen uns immer vor, wir sähen die Atomkraft als die Lösung des Klimaproblems. Darum geht es nicht. Wir sagen nur eines: Wenn wir alle Kernkraftwerke vom Netz nehmen, dann haben wir ein massives Problem, weil allein in Baden-Württemberg der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei einem Gesamtaufkommen von 74 Millionen t im Jahr um 15 bis 20 Millionen t ansteigen wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das stimmt einfach nicht! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wovon gehen Sie denn bei dieser komischen Berechnung aus? – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Deswegen lassen wir uns an der Zahl von 6,88 t pro Einwohner und Jahr messen. Die Landesregierung hat sich Ziele gesetzt. Wir werden das Thema eines „Erneuerbare-Wärme-Gesetzes“ bundesweit vorantreiben. Wir werden es aber auch hier in Baden-Württemberg in der Koalition gemeinsam durchsetzen und umsetzen. Wir tun das hier, indem wir eine Pflicht einführen. Zuvor beginnen wir mit einem Förderprogramm. Wir werden diesen Weg gehen. In Baden-Württemberg haben wir unsere Förderprogramme immer an einer Einsparung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ausgerichtet, weil es uns wichtig war, technologieoffen zu sein.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist wichtig, ja!)

Herr Kretschmann, bei der Umwelttechnologie höre ich die Botschaft wohl, und ich freue mich, wenn die Grünen auch sagen, dass Umwelttechnologie notwendig ist.

(Oh-Rufe von den Grünen – Lachen bei den Grünen)

Das würde uns dann auch verbinden. Aber Umwelttechnologie ist mehr als Windräder und Fotovoltaik. Umwelttechnologie setzt in vielen Bereichen an, auch dort, wo man einsparen kann. In diesem Sinne freue ich mich und hoffe, dass ich auch noch konkrete Vorschläge erhalte.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Lieber Toyota fahren als solche Reden halten!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der fährt Scorpio!)

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sich realistische Ziele setzen! Wir sind nicht auf die Idee gekommen, eine Null beim Flächenverbrauch zu fordern. Das kam nicht von uns. Das kam von Ministerpräsident Oettinger. Wenn das Ganze nach einigen Monaten damit endet, dass ein reiner Appell in ein Landesgesetz geschrieben wird, in dem nur steht, der Flächenverbrauch solle „spürbar“ verringert werden, dann hätten Sie Ihre Rede, Frau Ministerin Gönner, an Ihren Ministerpräsidenten richten müssen, nicht an uns.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was durch diesen Appell, der im Gesetz stehen soll, geschieht, ist nämlich „spürbar nichts“.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

Ich finde, Ihre blinde Polemik ist da vollkommen danebengegangen.

Zweites Beispiel: Palmer und der Hybrid-Toyota.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Wir können alles“! – Zuruf von der CDU: Hybris! – Heiterkeit)

Ich lese Ihnen einmal das neueste Zitat von Herrn Zetsche vor, das in dieser Woche in der Zeitschrift „auto, motor und sport“ stand. Zetsche:

*Wir werden sicher keine neuen Fahrzeuge entwickeln, die nicht auch die Hybrid-Option erlauben.*

Das ist die Lektion, die Herr Zetsche aus der Aktion von Herrn Palmer gelernt hat, und die ist richtig.

(Oh-Rufe von der CDU – Beifall bei den Grünen – Unruhe)

Im Gegensatz zu Ihnen, die Sie – wie der Ministerpräsident – sozusagen ungefragt die Automobilindustrie in Punkten verteidigen, bei denen sie gar nicht verteidigt werden will,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und muss!)

haben wir – mein Kollege Kuhn aus dem Bundestag und ich – vor drei Wochen ein Gespräch mit Herrn Zetsche darüber geführt,

(Oh-Rufe von der CDU)

(Winfried Kretschmann)

wie genau das erreicht werden kann, was Sie in der Regierungserklärung angekündigt haben, und wie unsere Automobilhersteller die Premiumsegmente ökologisch so designen können, dass sie auch in Zukunft Chancen auf den Weltmärkten haben und somit Klimaschutzziele und Wachstumsziele der Wirtschaft verbinden sowie Arbeitsplätze und Wohlstand in diesem Land sichern. Das ist die richtige Art des Vorgehens mit der Automobilindustrie.

(Beifall bei den Grünen)

Wir stellen Ihnen den Brief, den der Kollege Palmer an Herrn Zetsche geschrieben hat, gern zur Verfügung.

(Zuruf von der CDU: Warum? Ist er wieder zurückgekommen? – Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Der war gut!)

– Hast du ein Problem, dann mach Witze! Das kennen wir.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir haben kein Problem! Aber einen Witz!)

Herr Palmer hat Herrn Zetsche geschrieben – und ich schreibe dasselbe an Audi –, dass wir als baden-württembergische Politiker selbstverständlich Dienstwagen fahren wollen, die hier im Land gebaut werden. Das ist gar keine Frage. Sie müssen aber nicht nur das Leistungsprofil haben, das für einen Dienstwagen erforderlich ist, sondern sie brauchen auch ein ökologisches Leistungsprofil. Dieses bieten unsere Hersteller im Moment nicht an. Die Aktion von Herrn Palmer war, dort ein Signal zu setzen, damit auch die Premiumhersteller in diesem Land Automobile anbieten, die auch ein Grüner mit gutem Gewissen fahren kann. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Palmer hat Herrn Zetsche geschrieben, dass sein Leasingvertrag für den Toyota genau ein Jahr läuft. Wenn unsere Hersteller Autos anbieten können, die ein grüner OB fahren kann, dann wird er umsteigen. Das war eine gute, klare und richtige Aktion, die in diesem Land etwas aufgemischt hat.

(Beifall bei den Grünen)

Dazu können wir Boris Palmer nur gratulieren. Wir schlagen Ihnen vor, sich, statt blind herumzupolemisieren, auf einen Stand zu bringen, der heißt: Auch unsere Hersteller müssen endlich auch mit den Premiumsegmenten in die ökologische Sparte kommen – mehr nicht.

Drittens zur Ideologie, Frau Ministerin. Ich meine, solche Vorwürfe sollten wir einmal lassen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dann tun Sie es doch!)

Betrachten wir einmal die Atomkraft. Allein der Rückbau der Atomkraftversuchsanlagen in Karlsruhe kostet das Land Baden-Württemberg, das daran gerade einmal mit 10 % beteiligt ist, 208 Millionen €. Für den Klimaschutz setzen Sie in Ihrem Ministerium 16 Millionen € ein. Das sind die Größenordnungen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zuruf von der CDU)

Ich sage Ihnen noch einmal: Allein für die Stilllegung der Versuchswiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe zahlen wir über 5 Millionen €

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Pro Jahr!)

pro Jahr. Das sind die Zahlen, die für sich sprechen. Das heißt: Schon an den Versuchsanlagen sieht man, dass man mit Atomkraft keinen nachhaltigen Klimaschutz betreiben kann, dass man sich damit völlig andere Probleme einhandelt, die genauso groß sind wie das Klimaproblem. Das sind die Tatsachen, um die es hier geht.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Johannes Stober SPD)

Ich komme zum Schluss. Es geht nicht darum, dass sich von den – sagen wir einmal – 30 wichtigen Forderungen in allen Sektoren des Klimaschutzes jeder gerade einmal die zwei herausucht, die ihm passen, und die anderen 28 verwirft. Damit kommen wir keinen Schritt weiter. Die Maßnahmen, die hier getroffen werden, müssen den Herausforderungen angemessen sein. Das ist nun eine Rede an die Wirtschaftspartei CDU: Wenn Sie heute lesen, dass der Klimawandel, wenn wir ihn nicht bremsen können, dieses Land 800 Milliarden € kosten wird, dann dürften auch Sie aufwachen und müsste Ihnen klar werden: Wir müssen die Maßnahmen treffen, Herr Kollege Scheuermann, die dem Problem angemessen sind,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und zwar schnell!)

und dürfen nicht solche ergreifen, die weit unterhalb dieser Schwelle liegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

**Abg. Winfried Scheuermann CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt gar nichts anderes machen, als ohne Schaum vor dem Mund aufzuzählen, was wir in Baden-Württemberg hinsichtlich des Klimaschutzes erreicht haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben schon einen grünen Kuli dabei!)

– Der ist vom Land Baden-Württemberg.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Erstens: Ich beginne mit dem ÖPNV. Gegenüber dem Jahr 1996, in dem diesem Land die Zuständigkeit für den Schienenpersonennahverkehr übertragen wurde und seit dem es Regionalisierungsmittel bekommt, hat sich die Zahl der Benutzer des ÖPNV im Land um 50 % erhöht. Dabei wurden nicht nur Regionalisierungsmittel, sondern auch Landesmittel eingesetzt. Jede Fahrt mit dem ÖPNV vermeidet eine Fahrt mit dem Auto. Herr Palmer, ich weiß, dass ich Ihnen nichts Neues sage: Eine Fahrt mit dem ÖPNV ist auch immer noch besser als eine mit dem Hybridauto von Toyota.

(Winfried Scheuermann)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP – Zuruf von den Grünen: Da sind wir uns einig!)

Zweitens: Wer die Landtagsdrucksachen aufmerksam gelesen hat, hat darin einen Bericht des Finanzministers gefunden, in dem steht, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Wärme- und Stromversorgung der öffentlichen Gebäude des Landes in den letzten Jahren aufgrund der verschiedensten Maßnahmen um 25 % gesenkt worden ist.

Drittens: Unser „Klimaschutz-Plus“-Programm ist zwar nur, sage ich, mit 10 Millionen € an KUF- und Landesmitteln pro Jahr ausgestattet. Aber es hat etwas umwälzend Neues. Es bezuschusst nämlich die Maßnahmen nach dem Grad der Vermeidung von CO<sub>2</sub>.

Meine Damen und Herren, ich sage an uns alle: Wir brauchen uns wegen des Energieeinspeisegesetzes nicht so sehr auf die Schultern zu klopfen. Ich habe dieser Tage gelesen: Um 1 t CO<sub>2</sub> im Jahr zu vermeiden, brauche ich bei der Fotovoltaik 500 bis 600 € im Jahr. Um 1 t CO<sub>2</sub> beim Altbau zu vermeiden – durch Wärmedämmung –, brauche ich 50 bis 60 €.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Deswegen darf ich an dieser Stelle noch einmal daran erinnern,

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

was unser Kollege Ulrich Müller in seiner Zeit als Umweltminister vorgeschlagen hat. Er hat vorgeschlagen, jedem Energieversorgungsunternehmer eine bestimmte Quote aufzuerlegen, die er bei der Stromerzeugung erfüllen muss. Das wäre wahrscheinlich ein viel billigeres und viel wirksameres Instrument zur Vermeidung von CO<sub>2</sub> gewesen als das, was wir jetzt haben.

Meine Damen und Herren, noch einmal: Die Koalitionsfraktionen waren es, die bei den Haushaltsplanberatungen die Investitionsmittel für den Klimaschutz, sage ich einmal allgemein, um 5 Millionen € erhöht haben. Mit 3 Millionen € davon machen wir damit Ernst, dass wir regenerative Energien nicht nur bei der Stromerzeugung brauchen. Vielmehr brauchen wir regenerative Energien auch bei der Art und Weise, wie wir uns mit Wärme versorgen.

Wir von der CDU – ich kann hier nur für die CDU sprechen – sind finster entschlossen, das Gesetz, von dem die Umweltministerin gesprochen hat, umzusetzen. Das heißt, dass wir mit einem Anteil von 20 % an regenerativen Energien bei der Wärmeversorgung beginnen. Diesen Anteil wollen wir im Lauf der Jahre auf 50 % steigern. Ich finde, das ist wirklich ein nachahmenswerter Gedanke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss doch noch einen Satz zur Atomenergie sagen. Herr Kretschmann, ich bestreite gar nichts von dem, was Sie gesagt haben. Sie haben aber ein bisschen in dem Sinne argumentiert, als ob wir auf Ewigkeit an der Atomenergie festhalten wollten. Das will niemand.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Neubau! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Pfister!)

– Ich habe von Neubau nicht gesprochen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mitglied der Landesregierung: Neubau!)

– Eben haben Sie zu mir gesagt, ich solle nur für die CDU-Fraktion sprechen. Etwas anderes kann ich nicht.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Bei uns hat niemand von Neubau gesprochen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann redet halt in Gottes Namen mit der FDP!)

Aber, Herr Kretschmann, wenn Atomkraftwerke nun, wie vereinbart, stillgelegt werden müssen, dann müssen sich unsere Energieversorgungsunternehmen natürlich der Frage annehmen: Was kommt danach?

(Abg. Thomas Knapp SPD: Eben! Die haben jetzt schon sieben Jahre Zeit gehabt!)

– Herr Knapp, reden Sie erst dann dazwischen, wenn ich meinen Gedanken zu Ende geführt habe.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oberlehrer!)

Wir alle sind uns doch hoffentlich darin einig, dass wir von unseren Energieversorgungsunternehmen erwarten, dass sie auch bei Ersatzenergien die gleiche Wertschöpfung bei uns im Land halten, wie wir sie bei der Atomenergie haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Richtig!)

Jetzt beißt halt keine Maus den Faden ab, Herr Kretschmann, dass die EnBW in Karlsruhe ein Kraftwerk mit einer Investitionssumme von 1 Milliarde € plant – Primärenergie, fossile Energie.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mit Kraft-Wärme-Kopplung?)

– Bei einem Großkraftwerk geht es eben nicht mit Kraft-Wärme-Kopplung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht schon! Bloß muss man es halt wollen, Herr Scheuermann!)

Herr Drexler, noch einmal: Ein solches Kraftwerk muss ich dort erstellen, wo ich Wasser zur Kühlung habe. Denn kühlen muss ich jede Art von Kraftwerk.

Zweitens: Dort, wo ich solche Möglichkeiten habe, habe ich meistens nicht die für das Auskoppeln der Wärme notwendige Siedlungsdichte. Oder ich habe, wie in Karlsruhe, eine vorschriftmäßige, vorbildliche Wärmeversorgung durch die Stadt im Lauf der letzten Jahrzehnte.

Was Sie wollen, heißt: von den Großkraftwerken weg zu kleinen Kraftwerken.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Aber hier in diesem Saal debattieren wir so gut wie nie über die Frage: Wie erhalten wir denn eine bestimmte Hertzzahl beim Strom aufrecht, damit die vielen regenerativen Energien überhaupt verkraftet werden können?

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Was?)

(Winfried Scheuermann)

Bis jetzt hat mir noch niemand gesagt, wie das ohne ein Minimum an großen Kraftwerken möglich ist.

Strich drunter: Wir wollen nicht mehr, als für eine verlängerte Übergangszeit die Atomenergie zu behalten, um dann vielleicht bei den Ersatzenergien etwas Sinnvolleres zu machen als das, was die EnBW jetzt vorhat, vorhaben muss – nicht mehr und nicht weniger.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

**Abg. Thomas Knapp** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt ist es natürlich schwierig, zu beurteilen: An wessen Aussagen arbeitet man seinen Wortbeitrag ab, denen des Herrn Scheuermann oder denen der Frau Ministerin?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! – Zuruf der Abg.  
Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke  
CDU: Ihnen wird beides nicht gelingen!)

Denn es gäbe wirklich fast unendlich viel dazu zu sagen, was hier an Halbwahrheiten, Unwahrheiten und völligem Blödsinn verbreitet worden ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich möchte doch einmal ein paar Zahlen nennen: Frau Ministerin Gönner, Sie haben in der Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 14/834, in dem wir gefragt haben, in welchen Bereichen welche Förderprogramme gegriffen haben, mitgeteilt – ich gehe einmal davon aus, dass die Zahlen stimmen –, dass über die entsprechenden Bundesprogramme – das Marktanzreizprogramm und alle drei KfW-Programme, die es zum ökologischen Bauen gibt – insgesamt 1,3 Milliarden € nach Baden-Württemberg geflossen sind. 1,3 Milliarden €! Man geht davon aus, dass dies Gesamtinvestitionen von 9 Milliarden € in Baden-Württemberg ausgelöst hat.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr gut!)

Die zweite Zahl, die Sie propagieren, ist, dass das Land ab dem 1. Juli dieses Jahres 3,5 Millionen € bereitstellen möchte, um auch etwas für das ökologische Bauen zu tun.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Ich glaube, selbst derjenige, der in Mathematik nicht so gut war, kann verstehen, dass die Relation von 1,3 Milliarden € zu 3,5 Millionen € bei Weitem nicht das Verhältnis von Bund und Land widerspiegelt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie können uns nicht vorwerfen, das sei Ideologie. Denn das sind die von Ihnen genannten Zahlen zu unserem Antrag. Ich muss wirklich sagen: Das ist völlig indiskutabel.

Dann haben Sie zur Nachhaltigkeitsstrategie gesagt – jetzt kommt bei mir auch ein bisschen der Wirtschaftspolitiker durch –, dass wir schon heute 50 000 Arbeitsplätze allein in der Umwelttechnik, im Umweltbereich haben. Wir wissen aber auch, dass wir für jedes Prozent Kernenergie, das wir in Baden-Württemberg ersetzen, 150 bis 200 zusätzliche Arbeitsplätze in Baden-Württemberg schaffen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wenn man das einmal hochrechnet, stellt man fest, dass allein der Ersatz der Kernkraft – was wohl hoffentlich kommen wird; wir stehen felsenfest dazu, dass das kommen muss – in den nächsten 12 bis 15 Jahren 7 000 bis 10 000 zusätzliche Arbeitsplätze in Baden-Württemberg bedeutet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Interessant für die Industrie!)

Da frage ich mich wirklich, wer hier ideologiefrei redet und wer eine Ideologie verbreitet.

Jetzt komme ich zum Kollegen Scheuermann. Herr Scheuermann, Sie haben noch einmal herausgehoben, was alles passieren wird. Sie machen einen strategischen Fehler, Kollege Scheuermann. Sie meinen, wir müssten bei den erneuerbaren Energien immer nur in der Dimension von Großkraftwerken denken. Sie erklären ja schon, dass wir bei Großkraftwerken keine Chance haben, eine sinnvolle Wärmenutzung einzubauen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch das Wichtigste!)

Wir müssten eigentlich alle Kraftwerke mitten in Stuttgart oder in den anderen Großstädten bauen. Dort ist aber die Wärmenutzung im Sommer auch ad absurdum geführt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Im Winter!)

Das funktioniert also nicht. Daher können wir doch nicht auf Dauer – das ist eine absolute Sackgasse – eine Stromerzeugung vornehmen, bei der nur 35 bis 40 % des Primärenergieeinsatzes wieder an Strom herausgeholt werden

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

und bei der die 40 % an Wärmeenergie und die 20 %, die aus dem technischen Prozess gar nicht nutzbar sind, in die Luft geblasen werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das kann man nicht mehr machen!)

Das wird einfach nicht funktionieren, und das ist der völlig falsche Ansatz. Es gibt draußen durchaus viele Ansätze in kleinen Gemeinden, in Kommunen, in Wirtschaftsbetrieben, bei denen Sie mit 1 Megawatt oder 1,5 Megawatt Leistung eine kleine Biomasseanlage, egal welcher Art, betreiben können, bei der Sie dann auch eine Wärmenutzung haben. Man muss doch einfach einmal sagen, dass das ein völliger Irrweg ist, den Sie da beschreiten. Bei den erneuerbaren Energien – das

(Thomas Knapp)

haben wir schon x-mal gesagt – gibt es keinen Königsweg. Es geht darum, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ulrich Lusche und Abg. Winfried Scheuermann CDU: Aha!)

Jetzt nenne ich Ihnen noch einmal ein Beispiel aus der Automobilindustrie, denn dieser Bereich wird ja auch immer ein bisschen hochgekocht. Ich sage: Die Zukunft, auch der Premiummarken, wird in einer deutlichen Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes liegen. Springen wir einmal etwas über die Grenzen, und schauen wir einmal nach Bayern. Es gibt dort eine Firma namens BMW – die muss man hier nicht vorstellen –, die man durchaus einmal als gutes Beispiel nehmen kann. Es gibt insgesamt drei große Premiumhersteller, die in großer Stückzahl produzieren: Das sind Audi, BMW und – bei uns im Land – Mercedes. Porsche lasse ich jetzt einmal aufgrund der relativ niedrigen Stückzahlen außen vor. BMW redet nicht nur, BMW tut auch etwas. BMW führt nämlich jetzt beim Dreier – das ist kein Fahrzeug, mit dem Sie sich auf der Straße verstecken müssen; den haben manche von Ihnen, glaube ich, sogar – –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Heiterkeit)

BMW bietet bei seinem Dreier-Modell jetzt eine Start-Stopp-Automatik an,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und beim Einser!  
Beim Einser auch!)

die den Verbrauch um etwa 15 % reduziert und damit auch den Schadstoffausstoß vermindert. Wenn Sie sich heute mit Automobilingenieuren – ich selbst war früher bei Porsche – unterhalten, dann wissen Sie, dass die Daimler-Mitarbeiter total enttäuscht sind, dass BMW das, was sie schon lange in der Schublade haben, umsetzt. Wenn wir als Politiker nicht glasklar sagen, wohin die Richtung gehen soll, dann werden solche Fehlentwicklungen, wie sie auch bei Mercedes stattgefunden haben, immer wieder vorkommen.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Ich sage Ihnen eines: Wir sind mit Ihnen zusammen auf dem Weg und begleiten Sie, wenn wir uns nicht nur Ziele setzen – ich glaube, diese Ziele sind realistisch; wenn man den richtigen Weg wählt, kann man sie erreichen –, sondern wenn wir diese Ziele auch umsetzen und hierfür etwas tun. In diesem Fall sind wir, meine ich, alle gemeinsam dabei.

Frau Ministerin, eines will ich Ihnen zum Abschluss noch sagen: Was Sie vorhin zum EEG gesagt haben, ist hanebüchen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das war abenteuerlich!)

Denn Sie waren im Jahr 2004, als die Weiterentwicklung des EEG beschlossen wurde, noch im Bundestag. Hier im Landtag jedoch haben alle vier Fraktionen gemeinsam dafür gekämpft, dass Rheinfelden mit aufgenommen wurde.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Ich habe noch ein Dankschreiben des damaligen Umweltministers Müller vorliegen, in dem er sich für den Einsatz, den ich seinerzeit auch in Berlin bei der Bundestagsfraktion geleistet habe, bedankt. Auch die FDP hat ein solches Dankschreiben bekommen. Wer aber hat im Bundestag dagegen gestimmt? Sie selbst mit Ihrer CDU-Bundestagsfraktion. Und hier erklären Sie das Ergebnis dann für toll.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD: Blattschuss! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aha!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ehret.

**Abg. Dieter Ehret FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachhaltiger Klimaschutz verlangt globales, vor allem aber auch lokales Handeln. Dabei ist jeder Einzelne von uns gefragt und gefordert.

Ich komme nun zur Frage: Was kann das Land Baden-Württemberg im Sinne des Klimaschutzes tun, und was hat es hierzu bislang schon geleistet? Ich möchte zunächst die guten Ergebnisse der Forschung in unserem Land hervorheben. Als Beispiele nenne ich das Fraunhofer-Institut sowie das ZSW, das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung.

Mit dem Impulsprogramm Altbau haben wir ein sehr gutes Beispiel für die Verbindung zwischen Ökologie und Ökonomie. Die Energiebilanz – als Fachmann weiß ich das – ist gerade im Bereich des Altbaus, der ja über 80 % des Bestands ausmacht, im Hinblick auf die Wärmedämmung deutlich besser als bei Neubauten. Die Energiebilanz-Kurve verläuft bei Neubauten sehr flach, wohingegen die Einsparungen bei Neubauten sehr groß sind.

Ich komme nun zum Kernpunkt: Neben dem Einsatz von erneuerbaren Energien ist für uns die Energieeffizienz außerordentlich entscheidend. Die FDP hat dazu entsprechende Beschlüsse gefasst, und diese sind auch in der Koalitionsvereinbarung durch eine Reihe von Passagen belegt.

Ich selbst habe als Bauingenieur und Statiker im Bereich des energiesparenden Bauens langjährige Erfahrungen. Sie wissen, ich bin ein sehr überzeugter Verfechter erneuerbarer Energien. Deshalb unterstütze ich jede Maßnahme, die mit dafür sorgt, dass im Bauwesen möglichst viel erneuerbare Energie zum Tragen kommt. Dies muss aber mit einem schlüssigen Gesamtkonzept hinterlegt werden.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Eine prozentuale Förderung allein reicht hier nicht aus. Da müssen wir noch an Konzepten arbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Besonders im Bereich der Heizenergie und im Warmwasserbereich gibt es vielfältige Möglichkeiten, CO<sub>2</sub> einzusparen. Das sind Einsparungen, die sich für den Bürger deutlich rechnen. Dann kommt das auch zum Einsatz. Wichtig ist für uns als FDP/DVP, dass wir alle Möglichkeiten nutzen, nicht nur die erneuerbaren Energien. Es gibt hier mehrere Möglichkeiten.

(Dieter Ehret)

Das Ziel eines energetisch optimalen Gebäudes kann durch viele Maßnahmen erreicht werden. Ich nenne hier zunächst die Gebäudehülle. Da hat die EnEV Maßgaben vorgegeben. Es kann aber auch sehr stark durch die Anlagentechnik und die Haustechnik erreicht werden. Hier möchte ich das Wirtschaftsministerium nennen. Im Wirtschaftsministerium bzw. den dort vorgesehenen Kompetenzzentren werden Ingenieure und Handwerker geschult. Sie werden auf den aktuellen Stand der Technik gebracht, damit das Handwerk den Bauherren optimale und wirtschaftliche Anlagen empfehlen und dann auch einbauen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist praktischer Umweltschutz!)

– Das ist praktischer Umweltschutz, ja. Das ist richtig.

Diese Anstrengungen müssen aber auch durch den Bund ergänzt werden. Der Bund muss in der Gesetzgebung vorankommen. Er muss bezüglich des Wärmemarkts und bei der Energieeinsparverordnung sowie beim Energiepass nun endlich vorankommen. Wir als Land sollten uns zumindest über den Bundesrat aktiv daran beteiligen und daran mitarbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorschläge, wie jeder einzelne Bürger und die Wirtschaft Energie einsparen können, sind sehr vielfältig. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir alle Bürger und die Wirtschaft mitnehmen und sie überzeugen und ihnen beibringen: Es kommt auf jeden von ihnen an. Ich halte das für mindestens so wichtig wie gesetzgeberische Maßnahmen. Wenn wir die Leute nicht überzeugen, hier zu sparen, dann können wir unser Ziel auch nicht erreichen. Damit muss natürlich auch eine Vorbildwirkung des Staates – aller Länder und des Bundes – einhergehen.

Wir als FDP/DVP haben uns im Landtag – das ist schon sehr lange her – bereits im Jahr 1999 dafür ausgesprochen, dass im Bereich der staatlichen Liegenschaften mehr Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparung erfolgt. Herr Scheuermann, Sie haben angesprochen, dass Projekte auch schon verbessert worden sind. Aber es kann noch mehr getan werden.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ihr seid doch in der Regierung! Dann macht es doch!)

Das Land hat Nachholbedarf bei der Sanierung eigener Gebäude. Ich nenne als Beispiel das Klinikum in Tübingen. Herr OB, hören Sie zu! Dazu liegt ein Gutachten vor, nach dem die Sanierung nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sehr sinnvoll ist. Ich sage: Hier müssen wir nun handeln.

Als weiteres gutes Instrument sehe ich das Contracting. Die Energieversorger bieten sogenannte Energiespar-Contractingmaßnahmen an. Sie garantieren zumindest Einsparungen von 15 % plus x. Diese Einsparungen können sehr deutlich nach oben gehen. Ich kenne solche Maßnahmen.

Ich bin der Meinung, auch diese Potenziale müssen wir einfach stärker nützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir haben im Land bei der Aufstellung des letzten Doppelhaushalts speziell im Bereich der erneuerbaren Energien erneut Schwerpunkte gesetzt, auch in der Wasserkraft. Wir müs-

sen uns mit dem bisher Erreichten auch im Vergleich mit anderen Bundesländern keineswegs verstecken.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Trotzdem bin ich überzeugt, dass wir den beeindruckenden Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg weiter fördern müssen. Wir müssen aber auch andere Länder überzeugen, ebenso wie jeden einzelnen Bürger – das habe ich vorhin schon betont –, etwas für den Klimaschutz zu tun. Ohne eine wirkliche Bewusstseinsbildung und ohne das Miteinander von Bürgern, Wirtschaft und Staat ist ein effektiver Klimaschutz aus meiner Sicht nicht zu erreichen. Erst wenn wir alle gemeinsam an diesem Ziel arbeiten, haben wir die Chance, nachhaltigen Klimaschutz zum Wohle der kommenden Generationen, der Volkswirtschaft und der Natur zu schaffen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Umweltministerin Gönner.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Herr Präsident! Zunächst einmal bedanke ich mich bei Winfried Scheuermann dafür, dass er den Überblick darüber gegeben hat, was die Landesregierung gemeinsam mit den sie tragenden Fraktionen im Themenbereich Klimaschutz macht. Das gibt mir die Möglichkeit, noch einmal auf zwei oder drei Punkte einzugehen.

Zunächst einmal zum Thema Fläche, weil ich das in der ersten Runde ausgelassen habe: Lieber Herr Kretschmann, das Thema Flächenzertifikate, das der Nachhaltigkeitsbeirat vorgebracht hat, beinhaltet ein Problem – das wurde im Übrigen sofort auch in einem Zwischenruf vonseiten der SPD genannt –, nämlich das Thema „Planungshoheit der Kommunen“, das bei uns nicht einfach gesetzlich geregelt ist, sondern in der Landesverfassung steht.

Man muss einfach sehen, dass wir versuchen, einen passenden Weg einzuschlagen. Wir als Landesregierung bekennen uns dazu, dass wir das ins Landesplanungsgesetz aufnehmen. Es gibt in keinem anderen Landesplanungsgesetz eine entsprechende Regelung. Wir machen auch im Rahmen dessen, was wir erreichen können, weitere Schritte, weil das sinnvoller ist, als wenn wir gegen die Kommunen etwas einführen, von dem wir nicht wissen, ob es nachher erfolgreich ist.

**Automobilindustrie:** Die Landesregierung nimmt für sich in Anspruch, regelmäßig im Gespräch mit der Automobilindustrie zu sein. Wir haben in der Debatte von Anfang an darauf hingewiesen, dass man sich über die Märkte der Zukunft Gedanken machen muss. Die Automobilindustrie hat nach anfänglichen Schwierigkeiten in der Frage, wie sie kommuniziert, erkannt, dass das Thema Umweltfreundlichkeit notwendig ist. Deshalb fand der Genfer Autosalon unter dem Stichwort „Umweltfreundliches Auto“ statt, und Sie gestatten uns, dass wir das durch die Gespräche, die wir mit der Automobilindustrie führen, um dieses Ziel zu erreichen, auch für uns in Anspruch nehmen.

(Ministerin Tanja Gönner)

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Mit den Zitatens Ihres Ministerpräsidenten!)

Wenn jemand weiß, dass er die Rückendeckung der Landesregierung hat, ist er eher zu Gesprächen bereit, als wenn man ihn zunächst öffentlich an den Pranger stellt und anschließend zu Gesprächen kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Knapp, Sie haben BMW angesprochen. Ich glaube, wir sollten langsam aufhören, tatsächlich immer Einzelne herauszuheben. Wenn Sie die Liste der FH Gelsenskirchen, die des Herrn Dudenhöffer, anschauen, dann wissen Sie, dass BMW unter den Deutschen, die Sie genannt haben – Audi, Mercedes, BMW –, heute am Ende steht, nämlich immer noch bei einem Durchschnittsausstoß von 192 g CO<sub>2</sub> pro Kilometer. Im Übrigen haben sie im Rahmen der Selbstverpflichtung auch nicht das erbracht, was sie hätten erbringen sollen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Sie bieten auch die Spitze an!)

– Ja. Ich sage nur: Insofern freut es uns, dass Sie es jetzt auch erkannt haben. Ich finde nur, dass wir auch darauf achten müssen, dass wir die baden-württembergischen Unternehmen nicht schlechter machen, als sie sind, und das auch einmal darstellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Ich freue mich, lieber Herr Knapp, dass Sie zwischenzeitlich mein Lebensmotto als Zitat nehmen: „Das eine tun, ohne das andere zu lassen.“ Das kann man auf meiner Homepage seit vielen Monaten nachlesen. Deshalb freut es mich,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wenn es dort steht, nützt das nichts! Man muss es auch umsetzen!)

wenn Sie gemeinsam mit uns diesen Weg gehen. Ich lege nur auf eines Wert, Herr Knapp:

(Zurufe von der SPD)

Ich habe in der ersten Runde nie vom EEG gesprochen, sondern vom EWG. Das ist ein Unterschied. Ich weiß, dass Sie mir noch in hundert Jahren, wenn wir beide hier noch gemeinsam unterwegs sind, mein Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag vorhalten werden.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: So schnell steigt die Lebenserwartung auch wieder nicht!)

Das ist einfach, wenn man nur in einer Ebene tätig ist und deswegen diese Gefahr nicht besteht.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ein bisschen Reue könnten Sie ja schon zeigen!)

– Lieber Herr Knapp, machen wir es so: Wenn die nächste Diskussion über die Weiterentwicklung des EEG ansteht, können Sie einmal schauen, ob Sie dann mit dem zufrieden sind, was die Landesregierung vertritt. Dann könnte es sein, dass Sie es mir in hundert Jahren tatsächlich nicht mehr vorwerfen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Scherz beiseite. Sie haben die Frage aufgeworfen: Marktanzreiz 1,3 Milliarden €, 9 Milliarden € – was machen wir eigentlich mit unseren 3,5 Millionen €? Man kann sich immer über die Höhe streiten, aber Fakt ist: Es stehen 3,5 Millionen € für ein solches Programm zur Verfügung, und wir gehen hin und werden dieses Geld zusätzlich zu dem, was die KfW an Zinsverbilligungen anbietet, noch einmal obendrauf geben. Wenn junge Familien, die ein Haus bauen, über 10 oder 20 Jahre noch einmal 0,75 % weniger Zinsen bezahlen müssen – je nachdem, welchen der angebotenen Kredite sie in Anspruch nehmen –, dann macht das etwas aus. Wenn sie dann Zinsen zwischen 2,1 % und maximal 2,7 % haben, dann macht das in der Frage der Gesamtinvestition etwas aus, und dann schaffen wir mit wenig Geld eine Breitenwirkung, die man hinbekommen sollte. Deshalb sollten wir an diesem Punkt den Weg gemeinsam gehen, auch was die Gesetzgebung angeht.

In diesem Sinne wünsche ich mir, wenn wir tatsächlich über den CO<sub>2</sub>-Ausstoß diskutieren, dazu dann auch die Bemerkung, die ich in der ersten Runde zum Thema Atomkraft gemacht habe; denn auch da müssen wir uns wirklich überlegen, wie wir damit umgehen, dass dort deutlich mehr entsteht. Wir werden 58 % Kernenergie eben nicht bis 2020 durch erneuerbare Energien ersetzen können. Wir schaffen dies nicht. Ich finde, es gehört auch zur Ehrlichkeit dazu, dies einzugestehen. Im Moment ist vorgesehen, dass statt eines Kernkraftwerks ein Kohlekraftwerk gebaut wird. Ich bin mir nicht sicher, ob das vor dem Hintergrund des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes die Zukunft ist, die wir haben wollen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist sie nicht! Ich bin mir sicher, dass sie das nicht ist!)

– Sehr gut. Es freut mich, dass Sie diese Auffassung mit mir teilen, lieber Herr Kretschmann. Dann sollten wir uns überlegen, wie wir den Weg dorthin gehen können, damit eben nicht Kernkraft durch Kohlekraft ersetzt wird, sondern damit es uns gelingt, tatsächlich Lösungen für die Zukunft zu erreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Integration und muttersprachlicher Unterricht – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Es gelten wieder die gleichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und fünf Minuten je Sprecher in der zweiten Runde. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diesen zeitlichen Rahmen zu halten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck. – Er sollte dazu sprechen, aber er ist nicht da.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Er ist draußen, um zu rauchen oder Pommes zu essen!)

(Präsident Peter Straub)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer. Kennen Sie das Thema?

(Heiterkeit – Abg. Martin Rivoir SPD: Theurer redet zu allem! – Abg. Thomas Knapp SPD: Jetzt aber! Welches Thema?)

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Integration ist für die FDP/DVP-Landtagsfraktion von entscheidender Bedeutung.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Er hat das Thema gefunden!)

Integration ist in aller Munde. Aber wenn wir uns die Lebenssituation von jungen Menschen in unserem Land, von den Zuwanderern in unserem Land anschauen,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist aber peinlich!)

dann kann ich nur eines sagen: Der muttersprachliche Unterricht, der jetzt durch diese unsäglichen Vorgänge in der Stadt Rastatt in die Diskussion gekommen ist, soll hier noch einmal diskutiert werden. Wir brauchen in Baden-Württemberg ein integriertes Konzept. Wir arbeiten daran und haben mit dem Integrationsbeauftragten unserer Landesregierung, Herrn Minister Professor Dr. Ulrich Goll, einen Kabinettsausschuss eingerichtet, um dieses Thema aufzugreifen. Deshalb haben wir heute als FDP/DVP-Landtagsfraktion diese Aktuelle Debatte beantragt.

Der Kollege Hagen Kluck, der im Haus noch unterwegs war, ist jetzt zu uns gekommen. Er ist der Fachmann für diese Frage.

(Heiterkeit – Abg. Ursula Haußmann SPD: Den müssen Sie noch besser integrieren!)

Ich bin hier in die Bresche gesprungen und schlage vor, dass wir einen fliegenden Wechsel machen.

Aber als Oberbürgermeister im Hauptberuf und als derjenige, der in der vergangenen Wahlperiode dieses Thema bearbeitet hat, kann ich Ihnen sagen: Wir haben in Deutschland ungelöste Integrationsprobleme. Bei uns entstehen Parallelgesellschaften. Wir haben uns als FDP/DVP auf die Fahnen geschrieben, das Thema offen anzusprechen, weil die FDP/DVP unverdächtig ist, weil wir immer dafür plädiert haben, zu akzeptieren, dass Baden-Württemberg ein Einwanderungsland ist, weil wir dazu stehen, dass dieses Land eine gesteuerte, eine gezielte Einwanderung hat, und weil wir uns dazu bekennen, dass die hier in Deutschland lebenden Ausländer integriert werden, damit sie ein voller Bestandteil unserer Gesellschaft sind.

Hier ist die entscheidende Frage natürlich die, wie man einen Kompromiss zwischen Sprachkurs und Spracherwerb macht. Wir sind der Auffassung, dass alle Einwanderer, die nach Deutschland kommen, Deutsch lernen sollen. Jeder, der hier lebt, muss Deutsch können. Aber es spricht auch überhaupt nichts dagegen, meine Damen und Herren, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Haus, dass die Einwanderer ihre Muttersprache pflegen, denn es ist natürlich besser, seine Muttersprache gut zu können, als weder die Muttersprache noch die deutsche Sprache zu können. Deshalb

muss man, glaube ich, bei dieser Frage aufpassen, dass das Thema nicht ideologisiert wird,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wen meinen Sie? Wer ist jetzt der Adressat Ihrer Rede?)

sondern dass wir sachlich an das Thema Integration herangehen und uns genau überlegen: Wo kann muttersprachlicher Unterricht sinnvoll sein, und wo ist es erforderlich, dass wir darauf drängen und durch Integrationsmaßnahmen der Landesregierung dafür sorgen, dass sich die jungen Ausländer bei uns voll integrieren und vor allem die deutsche Sprache erwerben?

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Krueger.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt ein bisschen mehr Tiefgang!)

**Abg. Andrea Krueger** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! 1,2 Millionen Baden-Württemberger, also rund 11,5 %, sind Ausländer. 25 % der Einwohner haben einen Migrationshintergrund. Jeder Einzelne ist Grund genug dafür, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen der Integrationspolitik hohe Priorität beimessen.

Zentrales Thema und Anliegen unserer Politik ist dabei – wie könnte es auch anders sein – die Bildung. Zwar sind nach dem Mikrozensus 2005 des Statistischen Landesamts jüngere Migranten besser ausgebildet als ältere. Dennoch haben nur rund 11 % der 20- bis 30-Jährigen Abitur – bei den Deutschen sind dies im Vergleich dazu 34 %. Einen Realschulabschluss haben 28 % der Zuwanderer und Ausländer gegenüber 35 % der Deutschen. 5 % der Migrantenkinder haben keinen Schulabschluss. Leider verstärkt sich dieses Bild, wenn wir uns auch noch die beruflichen Bildungsabschlüsse anschauen.

Diese Zahlen machen deutlich, vor welchen Herausforderungen wir nach wie vor stehen. Ohne Zweifel sind gute Deutschkenntnisse der Schlüssel zur Bildung und die Voraussetzung dafür, dass Integration gelingen kann. Die sichere Beherrschung der deutschen Sprache ist ausschlaggebend für den schulischen und den beruflichen Erfolg.

In unserem Land unterstützen und fördern wir die sprachliche und die schulische Integration in jeder nur denkbaren Weise: im vorschulischen Bereich durch Maßnahmen zur grundlegenden und ergänzenden Sprachförderung, die sich im Orientierungsplan für die Kindergärten, im Bereich der Kooperation Kindergarten/Schule sowie natürlich auch im Konzept „Schulreifes Kind“ niederschlagen, oder auch durch Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen, auch im Vorschulalter. Im Haushaltsjahr 2006 wurden für HSL-Maßnahmen im vorschulischen und außerunterrichtlichen Bereich für über 28 000 Kinder 4,9 Millionen € bewilligt. Diese Mittel wurden auf Antrag der CDU-Fraktion im Zuge der Haushaltsberatungen für die Jahre 2007/2008 auf jährlich über 7,1 Millionen € aufgestockt. Ich denke, auch das ist ein Signal. Das darf man auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

(Andrea Krueger)

Wir unterstützen die Integration weiter durch Sprachförderung in den Grundschulförderklassen, durch präventive Grundschulförderklassen, die Kinder mit besonderem Förderbedarf ein halbes Jahr vor der Einschulung aufnehmen und gegebenenfalls auch noch in der ersten Grundschulklasse begleiten, durch den „Schulanfang auf neuen Wegen“ mit der engen Verzahnung zwischen Grundschulförderklassen und dem ersten Schuljahr mit der Möglichkeit zur differenzierten und gezielten Förderung, durch Stütz- und Förderunterricht im Ergänzungsbereich, mit dem Bildungsplan Grundschule, dem Reformkonzept IMPULSE an der Hauptschule und vielem mehr.

Summa summarum gibt es ein vielfältiges Instrumentarium, das den unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen Rechnung trägt. Schließlich gilt nach wie vor: Unser Land ist, so schön es ist, arm an Bodenschätzen, aber reich an geistig-intellektuellem Potenzial seiner Menschen. Dieses Potenzial muss gefördert und genutzt werden, nicht zuletzt um auch in Zukunft auf dem europäischen und internationalen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu sein.

An dieser Stelle nun ein Wort zum muttersprachlichem Unterricht.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Aha! – Zuruf von der SPD: Bis jetzt war es die Einleitung!)

– Das kommt schon noch; keine Angst. – Sicher steht heute die ursprüngliche Absicht der EU-Richtlinie von 1977 – die Rückkehr ins Ursprungsland sollte ja erleichtert werden – nicht mehr im Vordergrund des muttersprachlichen Unterrichts. Dennoch: Im Schuljahr 2005/2006 haben rund 54 000 Kinder aus verschiedenen Herkunftsländern freiwillig – ich betone: freiwillig – an diesem Unterricht teilgenommen. Drei Fünftel davon sind türkischer Herkunft. Es besteht also ganz offenkundig immer noch eine erhebliche Nachfrage. Ich frage mich schon: Was kann eigentlich falsch daran sein, wenn der hier geborene und aufgewachsene Enkel sich im Sommerurlaub auf Sizilien mit seiner dort lebenden Großmutter auch in einigermaßen gepflegtem Italienisch darüber unterhalten kann, wie die neuesten Pastazubereitungsarten sind?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Nicht nur das, aber auch das.

Die kulturelle Vielfalt und die Beherrschung der Herkunftssprache können, wie Mehrsprachigkeit generell, auch bei Kindern eben ein Potenzial für gelingende Bildungsbiografien sein. Zugleich wird so der Wertschätzung Ausdruck gegeben, die wir Migrantenkindern und ihrem kulturellen Hintergrund entgegenbringen. Dies wiederum kann ihr Selbstbewusstsein als wertvolles Mitglied unserer Gesellschaft stärken.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, insbesondere der Grünen, ich kann nicht nachvollziehen, dass Sie uns einerseits bei der Fremdsprachendiskussion in der Rheinschiene eine Überforderung der Kinder vorwerfen,

(Zurufe der Abg. Renate Rastätter und Bärbl Mielich GRÜNE)

andererseits aber die Überführung des muttersprachlichen Unterrichts in den Regelunterricht fordern. Das ist inkonsequent und kann nicht unser Weg sein.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

– Doch, dazu gab es jüngst einen Antrag im Schulausschuss. Das dürfen Sie nicht vergessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir sehen jedenfalls derzeit keine Veranlassung, vom muttersprachlichen Unterricht und seiner Förderung Abstand zu nehmen.

Zum Schluss will ich eines noch generell festhalten: Die Landesregierung macht ihre Hausaufgaben. Wir investieren nicht nur gut 40 Millionen € jährlich in die verschiedenen Integrationsmaßnahmen, sondern die Landesregierung wird, aufbauend auf dem Integrationsbericht der Landesregierung aus dem Jahr 2004, ein Integrationsleitbild und einen Integrationsplan für Baden-Württemberg entwickeln. Dabei wird auch künftig die Bildung ein Kernbereich der Integrationspolitik des Landes sein. Ich bin sicher, wir werden mit diesem Integrationsleitbild und diesem Integrationsplan wiederum Maßstäbe setzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf ganz höflich daran erinnern, dass diese Debatte zum Thema „Muttersprachlicher Zusatzunterricht“ von der FDP/DVP beantragt wurde.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Und Integration!)

– Herr Theurer, zu diesem Thema haben Sie eigentlich nicht viel gesagt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wie so oft bei der FDP/DVP! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das kommt in der zweiten Runde!)

Deswegen erlauben Sie mir einfach, Ihren Kollegen Kleemann zu zitieren,

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

der unlängst zur Praxis des muttersprachlichen Unterrichts Folgendes festgestellt hat:

*Dieses Modell hat sich bewährt. Es führt grundsätzlich nicht zu Parallelgesellschaften, sondern dient durch Verbesserung der sprachlichen Grundlagen dem Ziel der Integration.*

Ich stelle fest, diese Botschaft hat Ihren Parteifreund, den Integrationsbeauftragten Minister Goll, bis heute noch nicht erreicht. Vielleicht haben Sie deshalb die Debatte zum Anlass

(Gunter Kaufmann)

genommen, um hier innerparteilich zu einer Klärung zu kommen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Integration erfolgt – das wurde vorhin gesagt – auf drei Ebenen. Das sind die drei Bereiche: Erwerb der deutschen Sprache mit oberster Priorität,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

ausreichende Förderung durch das Schul- und Bildungssystem und Aufnahme in das Ausbildungssystem und den Arbeitsmarkt. In diesen drei Bereichen haben wir noch erheblichen Nachholbedarf und Defizite, weil in diesem Land lange nicht akzeptiert wurde – und da schaue ich ein bisschen in Richtung der CDU –, dass wir in der Tat ein Einwanderungsland sind und uns darauf einzustellen haben.

Um auf den Bereich Kindertagesstätten zu kommen: Die Kinder müssen, wenn sie in die Schule kommen, ausreichende Deutschkenntnisse haben, sonst sind sie von Anfang an benachteiligt. Hier besteht Nachholbedarf. Das Schulsystem ist nicht in der Lage, die sozialen Unterschiede auszugleichen. Die Präsidentin des Statistischen Landesamts hat daher mit Recht festgestellt, dass der Rückstand in der Bildungsbeteiligung der Migrationskinder nicht vorschnell dem Ausländerstatus, sondern sozialstrukturellen Faktoren zuzuschreiben ist. Unser Schulsystem ist nämlich in der Selektion der Kinder nach dem sozialen Status der Eltern sehr effizient.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Leider!)

Da, meine ich, ist eine Änderung gefragt. Auf die Förderstunden wurde schon hingewiesen. Mit 30 € pro Schüler und Jahr, die wir für den muttersprachlichen Unterricht ausgeben, ist dies nicht zu leisten. Das muss man ganz deutlich sagen.

Die Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kennen Sie. Wir haben nicht genügend Ausbildungsplätze. Deshalb haben auch nicht alle jungen Menschen die Chance, sich ausreichend in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Diese Diskussion haben wir hier schon geführt. Ich denke, hier ist noch viel zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich muss aber ausdrücklich sagen: Die Darlegungen von Herrn Minister Goll zum muttersprachlichen Unterricht kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Haben Sie die schon gehört?)

Ich darf es einfach einmal so zitieren, wie es bei mir angekommen ist. Minister Goll in den SWR-Nachrichten: „Muttersprache – Fremdkörper bei der Integration“. Oder: „Förderung der Zweisprachigkeit ist keine staatliche Leistung. Wir bezahlen ja auch keinen Klavierunterricht.“ So stand es in verschiedenen Presseberichten.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Dann die dpa-Meldung, vielfach nachgedruckt: „Goll unterstützt Verweigerung der Schulräume für den muttersprachlichen Zusatzunterricht“. Herr Minister, erlauben Sie mir die

Bemerkung: Hier verwechseln Sie Integration mit Assimilation.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja!)

Integration setzt voraus, dass wir auch die Herkunftssprache akzeptieren. Die gezielte Förderung muttersprachlicher Kompetenzen steht keinesfalls in Konkurrenz zum Erwerb der deutschen Sprache.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Im Gegenteil! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Die Spracherwerbsforschung belegt, dass der gesicherte und gefestigte Erwerb der Herkunftssprache das Erlernen weiterer Sprachen – also auch Deutsch – unterstützt. Schüler mit muttersprachlichem Zusatzunterricht sind in der Regel erfolgreicher als diejenigen, die an diesem Unterricht nicht teilnehmen. Dazu liegen auch entsprechende Zahlen vor.

Unser Problem sind nicht die Kinder, die am muttersprachlichen Unterricht teilnehmen, sondern die Kinder, die weder ihre Muttersprache noch Deutsch ausreichend können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Semilingualismus oder doppelte Halbsprachigkeit ist das Problem in unserem Land, bei dem wir anzusetzen haben.

Im Schulausschuss wurde, Herr Minister Goll, auch von dem Vertreter der Landesregierung darauf hingewiesen, dass der muttersprachliche Unterricht ein wichtiges Element der Integration darstellt. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Verweigerung von Schulräumen nicht akzeptiert werden kann, sondern als Missstand dargestellt werden muss. Damit hat man der Integration einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Werner Wölflé GRÜNE)

Nun können Sie, Herr Minister, ja durchaus dieser Auffassung sein, die man diesen Zitaten entnehmen kann. Aber ich halte es für unerträglich, dass diese Einstellung mit dem Amt des Integrationsbeauftragten verbunden werden kann.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Sie haben mit diesen Äußerungen – wenn Sie sie nicht hier und heute richtigstellen – ja auch die Linie der Landesregierung verlassen. Es nützt nichts, Herr Ministerpräsident, wenn man irgendwo lesen kann, dass Sie bemüht seien, die Wogen zu glätten. Hier brauchen Sie eine personelle Alternative. Mit diesen Aussagen und mit dieser Einstellung sind Sie, Herr Goll, nicht mehr der geeignete Gesprächspartner. Sie kennen die Schlagzeilen. Sie werden als Kronzeuge für die Entscheidung einer Sperrung der Schulräume für den muttersprachlichen Unterricht herangezogen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will Ihnen die Schlagzeilen dazu nicht zumuten.

(Zuruf von der CDU: Warum nicht?)

Aber aus unserer Sicht ist es nicht erträglich, dass dieser Unterricht in Moscheen, in Nebenräumen von Gaststätten, in

(Gunter Kaufmann)

Bürräumen oder im Keller der Caritas stattfindet. Dieser Unterricht gehört in die Schule! Dazu müssen Sie eigentlich stehen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb würde ich Sie dringend bitten, von Ihrer Position abzurücken und sie nicht länger zu vertreten.

Die zweite Runde werde ich dazu nutzen, unsere Vorstellungen zum muttersprachlichen Unterricht und zu den Perspektiven, die auf uns zukommen, darzustellen.

Vielen Dank.

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wölfle.

**Abg. Werner Wölfle** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Integrationsbeauftragter, sehr geehrter Herr Minister Rau – Sie sind ja für dieses Thema zuständig –, in der Zwischenzeit bin ich froh, dass die FDP/DVP heute eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema beantragt hat.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Ich habe Ihre Ausführungen, Herr Theurer – der Sie als „Allzweckwaffe“ eingesprungen sind –, vernommen. Die Attacke auf den Integrationsbeauftragten habe ich auch verstanden. Sie haben etwas komplett anderes gesagt als der sich sonst zu Integrationsfragen Äußernde.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Warten Sie einmal ab!)

– Da warten wir ab. Ich bin ja ein hoffnungsfroher Mensch und glaube immer noch an die Belehrbarkeit und an Einsichten.

(Heiterkeit des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Ich hoffe, dass die heutige Debatte dazu dient, dass sich der Herr Integrationsbeauftragte Goll von einigen Äußerungen – mein Kollege Kaufmann hat sie schon zitiert – distanzieren und darlegen kann, dass er das alles ganz, ganz anders gemeint hat. Eine andere Chance haben Sie eigentlich kaum mehr. Frau Krueger von der CDU hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass wir im Bereich der Integration noch viele ungelöste Aufgaben haben. Das ist unstrittig. Wir sind uns auch darin einig, dass wir viele Jahre versäumt haben und jetzt viele Anstrengungen unternehmen müssen, um vieles aufzuholen.

Herr Goll, ich wäre Ihnen dankbar gewesen, wenn Sie sich im Rahmen der Haushaltsplanberatungen dafür eingesetzt und gesagt hätten: „Wir brauchen in der Sprachförderung noch mehr,“ – dazu hätte ich gern etwas gehört – „und als Integrationsbeauftragter beschäftigt mich, wie es sein kann, dass bei uns Kinder neun Jahre lang in die deutsche, baden-württembergische Schule gehen, aber immer noch nicht Deutsch können. Das beschäftigt mich als Integrationsbeauftragter.“

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Reden Sie einmal mit der GEW!)

Ich hätte Ihnen gesagt: Strengen wir uns gemeinsam an, damit sich dieses ändert. Sie machen aber etwas ganz anderes. Herr Minister Rau, Sie schreiben in Ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage mehr oder minder süffisant, die Landesregierung werde sich „intensiv mit den Argumenten des Integrationsbeauftragten auseinandersetzen“. Bisher habe ich gehört: Goll: „Wir brauchen das Geld für Deutsch.“ Es handelt sich um 1,5 Millionen €; das ergäbe 30 Lehrerstunden.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Damit würden Sie das gesamte Geld aufs Spiel setzen, das die Konsulate investieren. Ich bin eigentlich um jeden Schüler froh, der sich der Mühe unterzieht, eine andere Muttersprache als die, die wir pflegen, in einem Unterricht zu erlernen. Ich bin froh um jeden Euro, den die Konsulate hierfür zur Verfügung stellen. Ich bin um jeden Schüler froh, der den Nachmittag in unseren Schulen mit dem Erlernen seiner Muttersprache oder einer Fremdsprache verbringt – das ist egal, wie auch immer – und nicht im Kaufhof oder sonst wo oder vor dem Computer sitzt. Ich bin für jeden Einzelnen dankbar.

(Beifall bei den Grünen)

Das zweite Argument – „Klavierunterricht bezahlen wir ja auch nicht“ – war der Gipfel. Wissen Sie nicht, dass wir vonseiten der Landesregierung und des ganzen Parlaments zu Recht einen Haufen Geld für unsere Musikschulen ausgeben, weil wir alle wissen – Sie vielleicht nicht –, dass musische Bildung auch zur Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes gehört?

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Margot Queitsch SPD)

Deswegen ist es gut, das Geld auszugeben.

Als ich das Zeitungsinterview gelesen habe, habe ich gedacht: Er bemüht sich – als Stuttgarter darf ich das sagen –, den „Cannstatter Kreis“ in der FDP wiederzubeleben.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ah, jetzt!)

Etwas anderes fällt mir zu diesen Äußerungen, ehrlich gesagt, nicht mehr ein.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das ist ja unglaublich, so etwas!)

– Nein, das ist nicht unglaublich. Ich habe vorher gesagt, dass ich nach wie vor hoffe. Nutzen Sie die Chance! Stellen Sie es richtig; sagen Sie: „Ich war auf dem falschen Dampfer. Ich rede mit den Rastattern, damit sie begreifen, dass es gut ist, den muttersprachlichen Unterricht in unser System, in unseren Schulalltag zu integrieren.“

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Reden Sie lieber einmal mit Frau Rastätter!)

Das ist ihre Aufgabe, nämlich Integration statt Ausgrenzung. Dafür wären wir Ihnen dankbar.

Ich komme zum zweiten Teil, zu der Frage, wie wir uns das vorstellen. Die EU-Richtlinie hat einen völlig anderen Hintergrund; sie hat sich hinsichtlich der Beschreibung der Notwendigkeit überholt.

(Werner Wölflé)

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Siehste! Darum geht es!)

– Dann hätte er es sagen können.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das sagt er doch jetzt!)

Er hat ja anschließend noch die Chance dazu.

Für uns ist Mehrsprachigkeit eine Chance, und diese gilt es zu fördern. Sie ist eine Chance für den Einzelnen, aber auch eine Chance für uns als Land Baden-Württemberg. Jeder, der mehrere Sprachen beherrscht, ist in unserer globalen Gesellschaft besser aufgestellt. Wie wir vonseiten der Grünen das künftig gestalten wollen, führen wir nachher aus.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um es vorweg in aller Deutlichkeit zu sagen: Das Erlernen der deutschen Sprache ist zwingende Voraussetzung für eine gelingende Integration in unsere Gesellschaft. Um die Integration von jungen Menschen zum Erfolg zu führen, reicht es natürlich nicht aus, Sprachförderkurse zu besuchen. Vielmehr kann das Erlernen der deutschen Sprache zu einem möglichst frühen Zeitpunkt nur der erste Schritt zu einer gelingenden Integration sein.

Weitere Schritte in die Gesellschaft hinein sind für den Einzelnen und für den Integrationsprozess erforderlich. Ich betone dabei: Die entscheidende Grundlage ist das Deutschlernen, und das zu einem möglichst frühen Zeitpunkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Aussage hat die Landesregierung schon seit vielen Jahren wichtige konkrete Maßnahmen in die Wege geleitet. Kollegin Krueger hat zu Recht auf wegweisende Dinge hingewiesen. Insofern darf ich diese nur kurz skizzieren.

Der Orientierungsplan, der an unseren Kindergärten bis 2009/10 flächendeckend eingeführt wird, enthält als zentralen Auftrag die kontinuierliche Sprachförderung von Anfang an. Von sechs Bildungs- und Entwicklungsfeldern im Orientierungsplan ist das Deutschlernen, ist die Sprachentwicklung ein zentrales Entwicklungsfeld und auch Bestandteil der Fortbildungsoffensive, wofür wir gemeinsam mit der kommunalen Seite in den nächsten Jahren 20 Millionen € investieren.

Der zweite Bereich ist das Projekt „Schulreifes Kind“. Ein Jahr vor der Einschulung sollen vor allem die Kinder erfasst werden, die gerade auch im sprachlichen Bereich Defizite haben.

Die Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen – bisher 4,5 Millionen € jährlich – beziehen sich im Besonderen auf die Kinder mit Migrationshintergrund.

Das Projekt der Landesstiftung befindet sich bereits im fünften Jahr. Der Aufsichtsrat der Landesstiftung hat speziell für Sprachförderkurse vorwiegend für Kinder mit Migrationshintergrund bisher 21,5 Millionen € bewilligt. 1 100 Kindergärten wurden von dieser Maßnahme bereits erfasst.

Es lassen sich die Grundschulförderklassen erwähnen. Es lassen sich spezielle Vorbereitungsklassen und Vorbereitungskurse im Grund- und Hauptschulbereich aufführen, wobei es auch darum geht, besonders lernbenachteiligte Kinder, sozial schwächere Kinder und Kinder mit Sprachdefiziten zu erfassen.

Ich könnte weitere Bereiche auflisten. Damit ist für die Landesregierung klar: Das Erlernen der deutschen Sprache wird auch in Zukunft bei den besonderen Fördermaßnahmen im Mittelpunkt stehen.

Es wurde gesagt, meine Damen und Herren, man dürfe keine selektiven Ansätze verfolgen, sondern müsse versuchen, diese Themenfelder integrativ voranzubringen. Dazu sage ich: Sie haben recht.

Bei der Entwicklung des Bildungsplans für die Grundschule und für die Hauptschule haben wir der Herkunftssprache und der Herkunft eines jeden Kindes von Anfang an eine besondere Bedeutung beigemessen. Der Aspekt der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund ist ein wesentliches Merkmal des Unterrichts in allen Klassenstufen in der Grundschule und in der Hauptschule, aber natürlich auch bei den übrigen weiterführenden Schularten. Deswegen haben wir bei der Erarbeitung des neuen Bildungsplans auch Experten mit Migrationshintergrund einbezogen, weil wir von dem Leitsatz ausgehen: Deutsch ist das Unterrichtsprinzip, aber dabei muss die Wertschätzung der Herkunftssprache eine Rolle spielen. Wir können von keinem Kind verlangen, dass es seine Herkunft verleugnen soll.

Deswegen ist das Sprechen der Herkunftssprache aus unserer Sicht ein Gewinn. Sie führt zur Mehrsprachigkeit. Sie ist die Grundlage, die zur Mehrsprachigkeit führt – allerdings nur dann, wenn Deutsch im Vordergrund steht. Damit schließt sich der Kreis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund dieser Aussage wird es Sie nicht wundern, dass wir durchaus auch den Sinn des muttersprachlichen Unterrichts sehen, der in eigenständiger Verantwortung der Konsulate erteilt wird. Aber lassen Sie mich zunächst einmal auf die Rechtsgrundlage eingehen.

Es gibt die Richtlinie 77/486 der EWG aus dem Jahr 1977 über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern, die die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, in Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten geeignete Maßnahmen zu treffen, um unter Koordination mit dem Regelunterricht die Unterweisung der betreffenden Kinder in der Muttersprache zu fördern. In welchem Umfang und in welcher Höhe wir diese Förderung erteilen, sieht diese Richtlinie nicht vor.

(Staatssekretär Georg Wacker)

Nun wird die Frage gestellt, ob diese Richtlinie auch für den türkischen muttersprachlichen Unterricht vorgesehen ist. Die Türkei ist ja bekanntermaßen nicht Mitglied der EU. Aber auch hier müssen wir klar festhalten – hierzu liegen uns auch verschiedene Rechtsgutachten vor –, dass es eine politische Willenserklärung aus der Zeit unmittelbar nach Beschlussfassung dieser EU-Richtlinie aus dem Jahr 1977 gibt, die besagt, dass diese Richtlinie auch für traditionelle Anwerberländer, die nicht der EU angehören, gilt.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ja!)

Das heißt, die Türkei ist in diesen Kontext einzubeziehen. Diesbezüglich gibt es für uns auch eine rechtliche Verpflichtung.

Meine Damen und Herren, wir fördern seit den Siebzigerjahren diesen muttersprachlichen Unterricht. Die Rahmenbedingungen werden von den Konsulaten eigenständig gestaltet. Der Unterricht wird in eigener Verantwortung der Konsulate abgehalten. Das Land fördert diesen Unterricht im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Hier sagen uns die Rechtsexperten, dass wir auch dazu verpflichtet sind, einen angemessenen finanziellen Anteil beizusteuern.

Wenn wir, meine Damen und Herren, die Gesamtsumme der Integrationsmaßnahmen der Landesregierung bewerten – Kollegin Krueger hat einige aufgezählt; ich habe diese Liste ergänzt –, ist festzustellen, dass wir einen erheblichen Betrag beisteuern. Wenn wir diese 1,3 Millionen €, die wir heute für den muttersprachlichen Unterricht ausgeben, danebenstellen, dann ist dieser Betrag im Vergleich zu dem, was wir bisher an Integrationsarbeit leisten, ein relativ kleiner Betrag.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es!)

Deswegen müssen wir uns die Frage stellen, ob sich denn der politische Streit darüber auch tatsächlich lohnt.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Gunter Kaufmann SPD: Da hat er recht!)

Jetzt kommt natürlich gleich ein Dissens zur SPD. Den kann ich mir in einer solchen Debatte natürlich nicht verkneifen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Norbert Zeller SPD: Jetzt kommt der Reflex!)

Es ist die Frage, ob wir dieses Modell als Konsularmodell weiterführen oder ob wir in ein Integrationsmodell umsteuern, sprich diesen muttersprachlichen Unterricht in den Regelbetrieb einer Schule integrieren, wie es verschiedene Bundesländer tun.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Wie wir es gefordert haben! Entschuldigung! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da sind Sie aber nicht allein!)

Dies halte ich, meine Damen und Herren, für nicht angemessen, weil wir dadurch eine zusätzliche Verpflichtung eingehen würden, die wesentlich mehr finanzielle Mittel erfordern würde. Auch vor dem Hintergrund der haushaltspolitischen Lage können wir diese zusätzlichen Verpflichtungen nicht eingehen.

Dann kommt die Frage: Kann man diese Richtlinie ändern? Natürlich kann man diese Richtlinie ändern. Das weiß nicht nur der Jurist, sondern das weiß auch der politische Laie. Aber in diesem Zusammenhang sollte aufgezeigt werden, dass der Weg, eine solche Vorgehensweise in die Wege zu leiten, auch sehr steinig sein kann. Zunächst einmal wäre eine Bundesratsinitiative erforderlich mit dem Ziel, die Bundesregierung aufzufordern, die EU-Kommission dazu zu bewegen, diese EU-Richtlinie abzuschaffen oder zu verändern. Bisher ist keine Mehrheit für eine Bundesratsinitiative in Sicht. Wir kennen bisher nicht die Position der Bundesregierung dazu. Wir wissen auch nicht, inwieweit die EU-Kommission willens wäre, diese Richtlinie zu ändern oder abzuschaffen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das wird sich dann herausstellen!)

Im Übrigen gibt es ein Meinungsbild der Kultusministerkonferenz, aus dem hervorgeht, dass auch bei den anderen Bundesländern zurzeit keine Bereitschaft vorhanden ist, über den Bundesrat eine entsprechende Initiative in die Wege zu leiten.

Dann bleibt die Frage: Hat sich denn der ursprüngliche Zweck überholt? Diese Frage ist berechtigt. Es gibt auch gewichtige Argumente für diese Fragestellung. Es ist richtig, dass die meisten jungen Migrantinnen und Migranten, die den muttersprachlichen Unterricht bei uns besuchen, die Absicht haben, hierzubleiben. Aber es sind nicht alle. Das gehört eben auch zur Wahrheit. Ich war vor wenigen Wochen in der Türkei und konnte dort Informationsgespräche im Erziehungsministerium führen. Dort hat man mir belegt, dass der türkische Staat seit 1977 sogenannte Rückkehrerklassen einrichtet, und zwar speziell für türkische Migranten, die sich bereit erklären, in ihr angestammtes Land zurückzukehren. Dies ist zwar der geringere Anteil der Migranten, aber ob dieser geringere Anteil letztlich auch rechtlich relevant ist, wenn es um die Diskussion geht, ob diese Richtlinie überflüssig ist oder nicht, wage ich zu bezweifeln. Dieser Aspekt ist zwar in den Hintergrund getreten, aber es gibt ihn aus Sicht der Herkunftsländer nach wie vor.

Meine Damen und Herren, soweit wir Rückmeldungen aus den Schulen erhalten, in denen muttersprachlicher Unterricht erteilt wird, müssen wir insgesamt festhalten – wir üben darüber ja keine staatliche Schulaufsicht aus; insofern sind wir auf die Rückmeldungen der Schulen angewiesen –, dass wir überwiegend positive Rückmeldungen über viele Beispiele der engagierten Zusammenarbeit vor Ort zwischen den Lehrern an den staatlichen Schulen und den muttersprachlichen Lehrern bekommen.

Da, wo es vereinzelt Beschwerden gibt, beispielsweise über die fehlende Einbindung der muttersprachlichen Lehrkräfte oder über eine unzureichende Zusammenarbeit zwischen diesen Lehrkräften – es wäre unredlich, diese zu verschweigen –, hängen diese einfach auch damit zusammen, dass viele muttersprachliche Lehrer nicht nur an einer einzigen Schule, sondern gleichzeitig noch an anderen Schulen unterrichten. Deswegen ist es auch schwierig, sie im Kollegium in die Teamarbeit einzubinden. Da gibt es sicherlich Verbesserungsbedarf.

(Staatssekretär Georg Wacker)

Klar ist aber auch: Wenn wir konkrete Beschwerden haben, werden diese in den Konsulaten auch gehört. Wir hatten einen Fall, in dem ein muttersprachlich türkischer Lehrer islamistische Tendenzen erkennen ließ. Nachdem wir entsprechende Rückmeldungen bekommen hatten, haben wir uns beim türkischen Generalkonsulat beschwert, und das Generalkonsulat hat diese Lehrkraft umgehend aus dem Verkehr gezogen.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Dialogebene, und es gibt auch eine Chance, die Kooperation zwischen den Schulen und den Trägern des muttersprachlichen Unterrichts weiterzuentwickeln. Diesbezüglich hat unser Minister Helmut Rau kürzlich mit dem italienischen Vizeaußenminister Danieli ein umfassendes Gespräch geführt. Ich selbst hatte vor wenigen Tagen eine türkische Delegation zu Gast. Dabei ging es darum, eine bessere Vernetzung zugunsten einer verbesserten Kooperation zu erreichen. Diese Chancen müssen wir wahrnehmen.

Natürlich darf dabei nie ein Gegensatz zu den Werten und Normen unserer Rechts- und Verfassungsordnung entstehen. Falls uns darüber Erkenntnisse vorgelegt werden, werden wir natürlich sofort gegenüber den Konsulaten unser Veto einlegen. Es gibt viele gute Beispiele für eine gelungene Kooperation.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, möchte ich zum Fall Rastatt an dieser Stelle nur so viel sagen: Wir werden in der heutigen Fragestunde nach der Mittagspause noch einmal Gelegenheit haben, darauf konkret einzugehen. Wir haben die Schulträger bereits mehrmals gebeten, Räumlichkeiten für den muttersprachlichen Unterricht zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Sehr gut!)

Wir haben allerdings keine rechtliche Handhabe gegenüber den Kommunen.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Aber politisch! Politisch kann man etwas machen!)

Insofern ist es deren eigene Entscheidungskompetenz, diese Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Ob sich die Stadt Rastatt mit ihrer Entscheidung einen Gefallen getan hat, möchte ich jetzt nur sehr vorsichtig als Frage in den Raum stellen. Aber wir beabsichtigen nicht – auch aufgrund der bestehenden Rechtslage bezüglich der Zuständigkeiten des Schulträgers –, eine geänderte Verfahrensweise in die Wege zu leiten.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, glaube ich, dass es auf die Bündelung von Maßnahmen ankommt. Zunächst einmal muss die Sprachförderung in der deutschen Sprache prioritär sein und ganz oben auf der Liste stehen. Insgesamt jedoch ist der muttersprachliche Unterricht nicht schädlich, sondern er kann ebenfalls einen Beitrag zur Integration leisten. Diese Chance sollten wir wahrnehmen.

In diesem Sinne vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf von der SPD: 13 Minuten!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck. Herr Abg. Theurer hat Ihnen zwei Minuten Redezeit übrig gelassen, die Sie nun noch nutzen dürfen.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung. Ich war aber nicht irgendwo schwanzen, sondern ich war im Dienst der inneren Sicherheit mit der Bereitschaftspolizei im Gespräch. Niemand konnte damit rechnen, dass sich die Frau Umweltministerin heute gleich zweimal hintereinander so kurz fassen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Die Umweltministerin konzentriert sich immer auf das Wesentliche!)

Aber der Kollege Theurer hat mich ja würdig vertreten. Ich will einfach an seine Ausführungen anknüpfen. Die Behauptung der Kollegen Kaufmann und Wölflé, es gebe einen Dissens innerhalb der FDP/DVP bzw. zwischen der Fraktion und dem Integrationsbeauftragten, ist völlig falsch.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir sind da einer Meinung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber welcher? – Lachen bei der SPD)

– Das sage ich Ihnen gleich. Sie wissen doch, dass Liberale der Auffassung sind, dass am deutschen Wesen niemand genesen muss.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Oh!)

Wir sagen jedoch: Wir wollen Chancengleichheit für alle, die hier in Baden-Württemberg leben. Das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Bild

(Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Die klucksche Bildersprache!)

– in Wort und Schrift – ist eine Grundvoraussetzung für diese Chancengleichheit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Gunter Kaufmann SPD: Kein Widerspruch!)

Alle diejenigen, die die Richtlinie des Rates zitiert haben, hätten auch die Präambel lesen sollen. In der Richtlinie über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern – so heißt sie – wird nämlich ausdrücklich die Wichtigkeit der Unterweisung in der Sprache des Aufnahmestaats unterstrichen, damit die Kinder – jetzt zitiere ich wörtlich – „in das schulische Milieu bzw. das Berufsausbildungssystem des Aufnahmestaats eingegliedert werden können“. Das hat die EU bereits 1977 festgestellt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Weiter steht darin, Sinn der Unterweisung in der Muttersprache oder in der Landeskunde – das war ja in Rastatt wohl auch ein Streitpunkt – sei insbesondere die Möglichkeit einer etwaigen Wiedereingliederung in das Herkunftsland.

Nun wissen wir aber – unabhängig von dem, was Herr Staatssekretär Wacker gesagt hat –, dass 90 % der Menschen, die

(Hagen Kluck)

sich in diesem Lande aufhalten, bleiben wollen. Das ist Fakt. Das ist Tatsache.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Frank Mentrup SPD)

Wenn sie bleiben wollen, brauchen sie ausreichende Deutschkenntnisse. In der Koalitionsvereinbarung sind wir uns ja mit der CDU einig. Da heißt es:

*Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine Grundvoraussetzung für die Integration von Zuwanderern.*

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das hat auch die Kollegin Krueger gesagt. Und der Ministerpräsident hat folgerichtig in der Regierungserklärung betont, dass unsere besondere Sorge Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gilt. Das bedeutet ja nicht – das hat auch der Integrationsbeauftragte niemals gesagt –, dass man jetzt seiner Muttersprache abschwören soll. Das ist Unfug. Wir wissen auch, dass derjenige, der mehrsprachig ist, Brücken bauen und zwischen den Kulturen vermitteln kann. Deswegen hat die FDP/DVP auf ihrem letzten Landesparteitag klar und eindeutig gefordert, dass die Herkunftssprachen überall dort, wo wir größere Gruppen von Zuwanderern haben, als zweite Fremdsprache in den ordentlichen Schulunterricht eingegliedert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Dann kostet es doch noch mehr!)

Das wäre eine sinnvolle Geschichte, weil dann auch wir darüber entscheiden. So, wie wir entscheiden wollen, wer in unser Land zuwandert, wollen wir auch darüber entscheiden, welche Lehrinhalte in der Schule gelehrt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nun sehen wir – auch das haben wir schon mehrfach betont; das hat auch der Integrationsbeauftragte schon mehrfach betont – in Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund doch nicht von vornherein irgendwelche Problemfälle. Das wäre völlig falsch. Das wäre auch im zusammenwachsenden Europa rückwärtsgewandt. Nein, wir wollen, dass wir miteinander die Zukunft dieser Gesellschaft aufbauen. Da kann Zweisprachigkeit eine wichtige Kompetenz sein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie das dem Integrationsbeauftragten!)

Nun hat der Kollege Kaufmann gesagt, das stimme alles nicht, man könne nur dann zweisprachig sein, wenn man seine Muttersprache beherrsche. Es gibt einen Mannheimer Soziologen namens Esser, der sagt: Das stimmt gar nicht, sondern das könnte eher hinderlich sein. Es gibt dafür keine Belege.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Der ist ja auch Soziologe! Der ist kein Sprachwissenschaftler, sondern Erziehungswissenschaftler!)

Wie gesagt: Wir haben überhaupt nichts gegen Mehrsprachigkeit oder Zweisprachigkeit.

Es mag ja sein, dass der Rastatter Gemeinderat mit seinem Beschluss das Kind mit dem Bade ausgeschüttet hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja, genau das hat er!  
– Abg. Reinhold Gall SPD: Und der Integrationsbeauftragte gab noch Schmierseife dazu!)

Das ist ja nicht unser Beschluss. Aber das Motiv, das er hatte, will ich hier einmal als ehrenwert bezeichnen. Denn es ist ihm um die Kinder und die Jugendlichen gegangen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja, was jetzt?)

Er sagt: Ohne ausreichenden Deutschunterricht – das ist eine Tatsache – wird derjenige, der nicht richtig Deutsch kann, am Schulabschluss scheitern. Er hat keine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Er ist auf dem Arbeitsmarkt schlechter dran. Deswegen müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, um die Sprachbarriere einzureißen. Wir müssen alles tun und alle Mittel und Möglichkeiten für einen möglichst früh beginnenden Deutschunterricht ausschöpfen. Dazu hat Herr Staatssekretär Wacker ja Richtiges gesagt. Da sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Abg. Andrea Krueger CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal feststellen: Das hat überhaupt nichts mit Leitkultur oder Nationalismus zu tun, sondern das ist das „Kinderland“ Baden-Württemberg

(Abg. Reinhold Gall SPD: So viel zu Sprechblasen!)

den Kindern aus Zuwandererfamilien schlicht und einfach schuldig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Krueger.

**Abg. Andrea Krueger** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Kaufmann, es wird Sie wahrscheinlich nicht verwundern, wenn ich es beruhigend finde, dass Sie die Regierungsbildung in der Vergangenheit – und meinerwegen gern auch in Zukunft – uns überlassen mussten. Ich denke, das gilt auch für die Festlegung, wer bei uns Integrationsbeauftragter ist.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Gut! – Abg. Gunter Kaufmann SPD: Aber von der Sache sollte er etwas verstehen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Jeden kann man da nicht unbedingt nehmen!)

Ich bin Herrn Staatssekretär Wacker dafür dankbar, dass er noch einmal darauf hingewiesen hat, wie groß das Engagement auch der Landesstiftung im Bereich der Förderung der Integration ist. Ich denke, das rundet das Gesamtbild noch einmal deutlich ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Überschrift unserer heutigen Debatte heißt „Integration und muttersprachlicher Unterricht“. Der muttersprachliche Unterricht ist nun schon breit diskutiert worden. Aber Integration ist mehr. Zu gelungener Integration gehört mehr als vorschulische oder schulische und auch muttersprachliche Bildung. Deswegen möchte ich gern

(Andrea Krueger)

noch ein paar Anmerkungen z. B. zum Thema „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ machen.

Bei der Bereitstellung von Arbeits- und vor allem auch Ausbildungsplätzen – das klang vorhin schon an – sind natürlich neben Kammern und Verbänden vor allem die Unternehmen selbst gefragt. Eine in diesem Zusammenhang bislang noch viel zu wenig in den Blick genommene Gruppe können Firmen sein, die ihrerseits von Migranten bei uns gegründet wurden. Manche bräuchten vielleicht nur etwas Hilfestellung, um sich als Ausbildungsbetriebe engagieren zu können, z. B. Hilfestellung bei der Frage: Wie gelange ich zur Ausbildereignungsprüfung? Das Dialogforum „Wirtschaft und Migranten“ des Wirtschaftsministers Pfister hat schon im Jahr 2004 erste Ansätze vorgeschlagen, und ich denke, es ist sicher vernünftig, diesen Weg weiter zu beschreiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber nicht nur die Landespolitik ist gefragt, wenn es darum geht, dass Integration gelingt. Integration findet zuallererst vor Ort, auf kommunaler Ebene statt. Nun will ich nicht das Beispiel der Landeshauptstadt allzu sehr herausheben. Kollege Wölflé und ich fänden da sicher viele gemeinsame Punkte, die wir als richtig und gut empfinden, und ich denke, auch die zahlreichen nationalen und internationalen Auszeichnungen, die unsere Stadt für ihre Integrationsbemühungen erhalten hat, sprechen eine deutliche Sprache und für sich. Fakt ist jedenfalls: Stuttgart hat einen etwa doppelt so hohen Ausländeranteil wie Berlin, dafür aber nur halb so viele Probleme.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dafür gibt es natürlich Gründe. Ich will an dieser Stelle exemplarisch nur zwei Handlungsansätze auf der kommunalen Ebene nennen, die sich nicht nur in Stuttgart, sondern auch in vielen anderen Städten und Gemeinden unseres Landes bewährt haben. Das eine ist die Vermeidung von Ghettobildungen im Zuge der Planung des sozialen Wohnungsbaus, und das andere – das ist ganz wesentlich – ist die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Bürgergesellschaft, z. B. durch Sport- und Kulturvereine.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich denke, Integration wird dann gelingen, wenn alle Akteure zusammenwirken: Land, Kommunen, aber vor allem auch die Menschen: die Menschen, die integrieren wollen, und die Menschen, die integriert werden wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Integration ist Bring- und Holschuld. Alle müssen das Ihrige dazu tun und sich auf einen gemeinsamen Nenner einigen. Der kleinste gemeinsame Nenner wäre die freiheitlich-demokratische Grundordnung samt Grund- und Menschenrechten. Es darf aber durchaus mehr sein. Daran arbeiten wir. In Baden-Württemberg sind wir damit erfolgreicher als anderswo in der Bundesrepublik. So, meine Damen und Herren, werden wir es auch in Zukunft halten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte jetzt gern gehört, was der eigentlich Angesprochene, der Integrationsbeauftragte, zu dieser Sache sagt, ob er weiterhin daran Gefallen findet, Kronzeuge für die Vertreibung der Schüler des muttersprachlichen Unterrichts aus städtischen Schulen zu sein.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Die Wortwahl ist aber falsch!)

Das hätte ich gern gehört, um darauf auch antworten zu können. Herr Minister, können Sie sich die Gespräche vorstellen, die in einer Familie stattfinden, wenn die kleine Francesca oder der kleine Mehmet nach Hause kommt und am Mittagstisch erzählt: „Unsere Lehrerin darf nicht mehr in die Schule, wir gehören nicht dazu“? Ist das integrationsfördernd? Ich hätte schon gern gehört, wie Sie diese Sache beurteilen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt für Sie immer noch die Möglichkeit zu sagen: „Wir behalten die Linie der Landesregierung bei.“ Da danke ich Ihnen, Herr Wacker, für die Worte, die Sie eben gesagt haben. Das können wir von unserer Seite unterstützen.

Ich will aber auch sagen, wo sich unsere Ansichten unterscheiden. Das geht in die Richtung, dass wir meinen: Dieser Unterricht kann natürlich nicht mehr auf der Basis der alten EU-Richtlinie stattfinden. Die EU-Richtlinie hat sich an die Wanderarbeiter gerichtet. Dieses Phänomen haben wir heute nicht mehr.

(Zurufe: Aha! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Darum geht es doch! Genau darum geht es! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Geschäftsgrundlage!)

– Entschuldigung! Haben Sie vielleicht auch einmal den Blick in die Drucksache gerichtet, die unsere Diskussion im Ausschuss dokumentiert? Wir sind der Meinung, dass dieser muttersprachliche Zusatzunterricht in der jetzigen Zeit curricular mit den übrigen Unterrichtsangeboten zu vernetzen ist. Aber er soll in der Schule stattfinden und nicht irgendwo in den Katakomben, in verrauchten Nebenzimmern von Gaststätten. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Darüber diskutieren wir ja jetzt!)

Nach unserer Ansicht ist muttersprachlicher Unterricht ein wesentlicher Beitrag zur Persönlichkeitsbildung der Migrantenkinder, zu der ihre Sprache zwingend gehört, ein Baustein zur interkulturellen Erziehung, und er fördert die Mehrsprachigkeit. Aber dieser Unterricht gehört in eine staatliche Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Er muss auch unseren Gesetzen entsprechen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Darüber reden wir doch die ganze Zeit, ob die bisherige Verantwortung in Ordnung ist!)

– Moment! Das war schon immer unsere Position. Schauen Sie doch einmal, was in unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz gemacht wurde. Dort ist der muttersprachliche Zusatz-

(Gunter Kaufmann)

unterricht eine staatliche Aufgabe. Alle Lehrer haben einen Vertrag mit dem Land usw.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Lasst uns doch darüber reden, was wir machen!)

Das ist unsere Zielrichtung.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Darüber reden wir doch gerade!)

Aber Sie, Herr Goll, sind immer noch der Kronzeuge für die Vertreibung, und das müssen Sie richtigstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Das hat nichts mit Integration zu tun. Das wird in Italien als „Zwangsgermanisierung“ bezeichnet. Davon müssen Sie doch wegkommen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das sollten Sie einmal mit Ihrem früheren Parteifreund OB Walker in Rastatt besprechen!)

Es kann doch nicht sein, dass man fragt: Liegt diese oder jene Stadt noch in Europa? Das müssen wir klären, meine Damen und Herren. Darum dürfen Sie sich nicht herummo-  
geln.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Besprechen Sie das doch einmal in Rastatt mit Ihrem früheren Parteifreund!)

Den Stein haben Sie geworfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke des Prä-  
sidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Kaufmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetzel?

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Jederzeit.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Dr. Wetzel.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP:** Herr Kollege Kaufmann, ist Ihnen bekannt, ob es in anderen Einwanderungsländern – in Neuseeland, in Australien, in Kanada oder in Amerika – muttersprachlichen Unterricht für Deutsche, die dort einwandern, gibt?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich gibt es so et-  
was!)

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Die betreffende EU-Richtlinie gilt in ganz Europa. Der deutsche Staat ist jederzeit in der Lage, dieselben Möglichkeiten zu nutzen, die die Italiener, die Serben oder die Kroaten nutzen. Das können wir überall auch machen.

Ich weiß, dass es in den von Ihnen angesprochenen Ländern ebenfalls eine Förderung in der Muttersprache gibt

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: In Schweden z. B. auch!)

und dass das nicht verboten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Das war ein Rohrkrepiierer!)

Sie können natürlich auch mit Timbuktu anfangen, wenn Sie schon so weit ausholen müssen.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP:** Herr Kollege Kaufmann, ich habe Sie gefragt, ob es in den von mir genannten Ländern einen muttersprachlichen Unterricht in gleicher Weise wie hier in Deutschland gibt, ob der ebenfalls staatlich gefördert wird.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was ist die Intention der Frage? – Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Was ist der Sinn der Frage?)

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Das frage ich mich auch. – Ich kenne kein Land, das es der Bundesrepublik bisher verwehrt hat, dort, wo es in ausreichender Anzahl deutsche Einwandererkinder gibt, diese mit eigenen Lehrkräften zu unterrichten. Mir ist kein Land bekannt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Und zwar in der Schule!)

Die Botschaft, die wir aber an die Kinder der Zuwanderer richten müssen, lautet ganz einfach: „Es ist wunderbar, dass du mit deiner Sprache zu uns gekommen bist.“ Die Kinder müssen für das Bildungssystem stark gemacht werden. Die Botschaft muss sein: „Wir helfen dir beim Erwerb unserer Sprache, aber du kommst nicht deshalb als gehandicaptetes Kind hierher, weil du mit einer anderen Sprache aufgewachsen bist.“ Das ist die Botschaft, die wir brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Und deshalb: Verantwortung des Staates, prinzipielle Öffnung des Unterrichts für alle Kinder, wie es auch der italienische Staat angeboten hat, nämlich im Rahmen der Ganztagschule auf freiwilliger Basis für diejenigen, die das gern möchten.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit ange-  
zeigt.)

– Ich sehe gerade, die Sprechzeit ist zu Ende; das tut mir leid.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Vielleicht kommt ja noch der Integrationsbeauftragte!)

In diese Richtung möchten wir gehen. Das haben wir im Ausschuss gefordert: staatliche Verantwortung, prinzipielle Öffnung für alle Schüler, Vereinbarkeit mit den Gesetzen unseres Landes. Wir müssen einen Blick auf das haben, was in den Schulen passiert, aber fördern wollen wir schon in dem von uns angesprochenen Sinne.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wölfle.

**Abg. Werner Wölfl** GRÜNE: Zuerst habe ich überlegt, ob ich jetzt warten soll, bis das „mea culpa“ vom Justizminister, dem Integrationsbeauftragten, kommt. Aber das kann er jetzt auch als Schlusswort bringen. Dann wird das Ganze abgerundet und hat sich die Diskussion gelohnt.

Ich habe von Herrn Staatssekretär Wacker gehört, dass er unserem Ansatz folgt. Jetzt kann man darüber diskutieren. Ich habe Sie so verstanden, dass es auch Ihr Interesse ist, den muttersprachlichen Unterricht in den Schulalltag zu integrieren. Das ist ein feiner Unterschied zur Erklärung zum Regelunterricht. Auch ich habe die große Befürchtung, dass das Ändern der EU-Richtlinie und das Drehen daran viele Bürokraten beschäftigt und letztlich wenig herauskommt. Diese Gefahr sehe ich, auch die Gefahr, dass man auf die Idee kommt, den einen oder anderen Euro aus diesem Feld herauszuziehen.

Deswegen ist es unsere Pflicht und unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der muttersprachliche Unterricht und die Gespräche mit den Lehrkräften in den Alltag an unseren Schulen integriert werden. Ich bin dankbar, wenn diese Ideen aufgegriffen werden, dass der muttersprachliche Unterricht sehr wohl auch in unsere Ganztagsangebote eingebunden werden könnte, beispielsweise als AG angeboten werden könnte, dass die Teilnahme an diesem Unterricht, das Erlernen einer weiteren Sprache in unseren Zeugnissen registriert wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Das alles wären Ideen, die das Potenzial einer Mehrsprachigkeit auch dokumentieren und unseren jungen Leuten dann – ich habe Sie jetzt auch so verstanden –, wenn sie auf den Arbeitsmarkt gehen, einen weiteren Pluspunkt verschaffen, um in unserer globalen Welt eine Chance zu erhalten.

Führen Sie Gespräche mit den Konsulaten – da sind einige sehr aufgeschlossen –, wie wir das Angebot in unseren Schulalltag integrieren. Vom Ministerpräsidenten erwarte ich, um ehrlich zu sein, eigentlich auch etwas, und zwar die klare Ansage, dass die Landesregierung erwartet, dass diese Form des muttersprachlichen Unterrichts in unseren Schulgebäuden stattfindet. Natürlich schätze ich die Autonomie einer jeden Kommune, aber ich schätze auch eine klare Ansage der Landesregierung.

In diesem Sinne: Integration in den Schulalltag stärkt das Selbstwertgefühl unserer Schüler. Wir haben alle etwas davon. Herr Goll, meine Erwartung, dass von Ihnen ein „mea culpa“ kommt, habe ich schon angesprochen. Schüren Sie nicht Ausgrenzung und Abgrenzung, sondern fördern Sie die Integration. Dann hat die heutige Debatte zu etwas gedient.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Justizminister Dr. Goll.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit einer ganzen Reihe von Jahren setze ich mich dafür ein, dass wir die Deutschförderung gerade bei den kleinen Kindern verbessern, verstärken, dass wir zu diesem Zweck die Mittel konzentrieren und, soweit es geht,

auch die Mittel aus dem muttersprachlichen Unterricht abziehen und auf die Deutschförderung konzentrieren.

(Abg. Christine Rudolf SPD: So ein Quatsch!)

Das sage ich, glaube ich, seit fünf Jahren.

(Abg. Werner Wölfl GRÜNE: Dadurch wird es aber nicht besser!)

Das ist für Herrn Wölfl eine Rechtsaußenposition. Ich habe heute dazugelernt, dass das eine Rechtsaußenposition ist.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jeder, wie er es sieht!)

Was ist es in Wirklichkeit? Es ist die klare Erkenntnis, dass wir das Geld nicht zweimal ausgeben können – bitte schön, auch Frau Krueger.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: 1,5 Millionen!)

Herr Jägel hätte zu diesem Thema vielleicht eine andere Rede gehalten. Aber das ist doch auch aus der Situation heraus geboren. Wir können natürlich sagen: Wir machen Heimatkundeunterricht nicht nur für uns, sondern auch für 28 andere Staaten.

(Unruhe bei der SPD)

Wir können natürlich auch sagen: Über Geld spricht man nicht; Geld hat man.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist polemisch! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Tatsache ist, dass ich seit Jahren dafür bin, die Mittel für die Deutschförderung im zulässigen Umfang zu konzentrieren, in dem Umfang, in dem uns dies möglich ist.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Herr Wölfl, Sie haben zu mir gesagt, ich säße auf dem falschen Dampfer. Wer sitzt denn auf dem falschen Dampfer? Die Wanderarbeiterrichtlinie ist nun schon oft genug zitiert worden.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das sagt alles!)

Ich sage einmal deutlich, auch in Anknüpfung an frühere Debatten: Entweder Sie reden noch von Wanderarbeitern, dann können Sie auch diese Richtlinie noch als Grundlage heranziehen, oder Sie reden nicht mehr von Wanderarbeitern – und ich habe das Gefühl, Sie reden nicht mehr davon –, dann müssen Sie mir zugestehen, dass ich sage: Dieser Richtlinie ist heute eigentlich die Grundlage entzogen. Das ist so.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Trotzdem muss man sagen: Im Hinblick auf das Ergebnis bestehen zwischen uns – auch innerhalb der Landesregierung – keine Differenzen, und zwar aus folgendem Grund: Die Richtlinie mag man infrage stellen – ich stelle sie infrage –, aber sie ist noch existent, sie ist noch in irgendeiner Weise zu er-

(Minister Dr. Ulrich Goll)

füllen. Die Verlagerung der Mittel hat in erheblichem Umfang stattgefunden. Wir geben heute weniger aus als alle anderen Bundesländer, wesentlich weniger als z. B. Nordrhein-Westfalen. Es sind 1,3 Millionen €, und es geht natürlich um 28 Sprachen; ich habe es vorhin angesprochen. Da kann man nicht mehr viel verlagern. Das sehe ich auch ein.

Ich sehe vor allem auch ein – das muss ich offen sagen –, dass das Thema bei den Konsulaten für eine Verunsicherung gesorgt hat, die der Sache nicht förderlich ist. Das muss man eindeutig sagen.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Was ist das für eine Argumentation? Das ist ein Trauerspiel! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Dazu haben Sie beigetragen!)

Deswegen sind wir uns im Ergebnis auch einig, dass bei den Mitteln für den muttersprachlichen Unterricht nicht mehr viel zu machen ist. Das Engagement ist schon jetzt überschaubar.

Was Rastatt angeht: Das dortige Vorgehen macht meines Erachtens deutlich, dass es sich beim muttersprachlichen Unterricht um eine reine Freiwilligkeitsleistung handelt. So ist es aus meiner Sicht auch zu bewerten. Ich will das so deutlich sagen. Die staatliche Pflicht sehe ich darin, den Kindern Deutsch beizubringen. Alles, was darüber hinausgeht, ist keine Pflicht. Es ist eine schöne Sache. Es mag sinnvoll sein. Aber es ist eine Freiwilligkeitsleistung. Darum wird es auch von den Kommunen richtigerweise als Freiwilligkeitsleistung angesehen. Wenn Rastatt sie nicht erbringt, werde ich nicht auf die Idee kommen, zu sagen, sie sollten es doch machen. Wenn andere es machen, komme ich auch nicht auf die Idee, zu sagen, sie sollten es nicht machen.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Wozu brauchen wir Sie dann?)

Das ist eine Freiwilligkeitsleistung. Die Kommunen können entscheiden, ob sie sie erbringen wollen oder nicht. Das darf auch Rastatt entscheiden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Was macht der Integrationsbeauftragte eigentlich? – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ist das fachlich?)

Jetzt kommen wir zum Thema Bilingualität und auch ein Stück weit zum Thema Realität.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Lieber Missionar als gar keine Meinung!)

Es gibt viele schöne Theorien – die kenne ich auch – zum Thema „Bilingualität und Förderung“. Dass es nützlich ist, zwei Sprachen gleichzeitig zu lernen, das nehme ich ernst. Ich bin mir nur nicht sicher, ob das nicht Theorien sind, die im Ergebnis vielleicht eher auf Diplomatenkinder oder auf Lehrerfamilien passen.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Gunter Kaufmann SPD: Millionen Menschen sind zweisprachig! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was soll das? – Weitere Zurufe von der SPD – Zuruf des Abg. Werner Wölflle GRÜNE)

– Ich komme gleich zu dem Problem, wenn Sie mich reden lassen. Sie wollten mich an sich hören. Vorhin haben Sie ständig gefragt: „Wann sagt der endlich etwas?“ Jetzt sage ich etwas, und nun wollen Sie es nicht hören.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zuhören!)

Lieber Herr Wölflle, ein Detail war aufschlussreich. Es zeugt für mich ein wenig von Naivität, jedenfalls nicht von Wissenschaftlichkeit, wenn Sie sagen, die Kinder, die den muttersprachlichen Unterricht besuchen, seien auch im Deutschunterricht besser.

(Abg. Werner Wölflle GRÜNE: So ist es! Deswegen ist der muttersprachliche Unterricht wertvoll!)

Sie wissen, dass das nicht am muttersprachlichen Unterricht liegen muss. Es kann daran liegen, dass die Eltern, die ihre Kinder dort hinbringen, auch mehr auf Deutsch achten.

(Zurufe der Abg. Werner Wölflle GRÜNE und Christine Rudolf SPD)

Dann kommen wir schon zu einem besseren Ergebnis. Aber wir kommen auch zu dem Ergebnis, dass wir eigentlich ein ganz anderes Problem haben und kein akademisches Problem der Bilingualität. Viele Kinder verfügen eineinhalb Jahre vor Schulbeginn nicht über eine Zweisprachigkeit, sondern über eine doppelte Halbsprachigkeit, weil sie beide Sprachen nicht richtig können.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt! – Abg. Gunter Kaufmann SPD: Das ist richtig, ja! – Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

Wenn ich Herrn Kaufmann und Herrn Wölflle richtig verstanden habe, sagen sie: Jetzt schicken wir die Kinder zum Italienischlernen, damit sie Deutsch lernen können.

(Abg. Monika Chef FDP/DVP: So ein Quatsch!)

Das ist doch ein Widersinn.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Werner Wölflle GRÜNE: Alle waren da und wissen, dass ich das nicht gesagt habe!)

Sie kritisieren mich als Integrationsbeauftragten, weil ich sage: Wir gehen jetzt den direkten Weg und bringen diesen Kindern in den eineinhalb Jahren so schnell wie möglich Deutsch bei. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Darin liegt meine Aufgabe. Das ist das Hauptproblem, das wir gemeinsam angehen möchten. Wir möchten eineinhalb Jahre vor Schulbeginn eine Sprachstandserhebung machen. Wenn das Kind dann nicht richtig Deutsch spricht, ist es dringend angesagt, diese eineinhalb Jahre dafür zu nutzen, um dem Kind Deutsch beizubringen.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Das eine tun, das andere nicht lassen!)

Alles andere ist meines Erachtens zweitrangig und gehört eher in den Bereich der Freiwilligkeit. Entsprechende Leistungen würde ich auch gerade noch in dem Umfang erbringen, wie uns die alte Richtlinie dazu verpflichtet. Denn es ist nicht sinnvoll, daraus eine staatliche Pflicht abzuleiten. Mir fehlt überdies das Verständnis, wenn Sie den muttersprachlichen Unterricht auch noch in die staatliche Regie hineinnehmen wollen

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Reden Sie mit dem Kollegen Wacker! Der bringt Sie auf den richtigen Weg!)

und den Aufwand in dieser Richtung noch vergrößern wollen. Ich würde mich auf den Bildungszugang der Kinder aus Migrantenfamilien konzentrieren, und der hängt mit ihren Deutschkenntnissen zusammen. Da haben wir noch einiges zu tun. Dort würde ich die Kräfte konzentrieren.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Baden-Württembergisches Tarifreugesetz für öffentliche Dienstleistungs- und Bauaufträge (BW TarifG) – Drucksache 14/849**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung des Gesetzentwurfs und fünf Minuten je Fraktion in der Aussprache.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo.

(Unruhe)

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Vergaberecht für öffentliche Aufträge ist eine sensible Materie – auch eine Materie mit erheblicher wirtschaftlicher Tragweite, nicht nur im Baugewerbe. Am öffentlichen Vergaberecht und an der öffentlichen Vergabepaxis zeigt sich eine gute Verwaltung. Alle müssen darauf vertrauen können: Auftragnehmer, Nutzer der Einrichtungen, Bürger, Steuerzahler. Vergaberecht und Vergabepaxis sind ein Spiegel der öffentlichen Verwaltungskultur eines Landes.

Die Frage ist jetzt: Ist eine Regel, die bestimmt, dass öffentliche Aufträge nur an solche Unternehmen gehen sollen, die sich tarifreu verhalten – die also ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach den in Baden-Württemberg vereinbarten Lohnstarifen entlohnen –, eine gute Regel oder keine so gute Regel?

Natürlich halten wir die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie immer für einen hohen Wert – zumindest in

Sonntagsreden. Genau darum geht es: Wollen wir die zwischen den Tarifparteien autonom und frei vereinbarten Löhne bei öffentlichen Aufträgen strikt gelten lassen oder nicht?

Wir selbst, das Land als Unternehmen und Körperschaft, halten uns ja bei der Bezahlung unserer Mitarbeiter an die Tariflöhne, ebenso die Gemeinden. Aber wie ist es, wenn wir Aufträge an andere Unternehmen vergeben? Können wir dann nicht manchmal – oder auch öfter – ein „Schnäppchen“ machen, indem wir den Auftrag vermeintlich billiger an eine Firma vergeben, die ihren Leuten Dumpinglöhne bezahlt? Da wird dieser Verwaltungsspiegel etwas trüb. Dies zur Tarifautonomie.

Wie sieht es mit einem anderen hohen Wert aus, mit dem Wettbewerb? Der Wettbewerb muss sauber sein – wie im Sport. Keiner soll sich Vorteile verschaffen, die nichts mit Leistung oder Qualität zu tun haben. Beteiligen sich nun an der gleichen Ausschreibung tarifreue Unternehmen und nichttarifreue Unternehmen mit Dumpinglöhnen, dann dreht sich der Wettbewerb nicht mehr um Leistung und Qualität, sondern findet zwischen Tariflöhnen und Dumpinglöhnen statt. So viel zur ordnungspolitischen Seite des Wettbewerbs.

Wie aber steht es mit der Wirtschaftlichkeit, die den Kaufmann schließlich am meisten interessiert? Nun, Schnäppchenjäger halten sich immer für clever. Inzwischen ist aber zur Genüge bewiesen, dass die meisten Schnäppchen nur im Moment billiger aussehen, auf lange Sicht aber regelmäßig teurer kommen. Inzwischen gibt es gründliche Studien, die das auch für den Bereich der öffentlichen Vergaben belegen. Der kleine Preisvorteil wird in den meisten Fällen durch Qualitätsnachteile mehr als aufgezehrt.

Schließlich sind die mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg, die sich in ihrer jeweils heimatlichen Region um öffentliche Aufträge bewerben, in aller Regel tarifreu. Meistens sind es die aus größerer Entfernung agierenden Unternehmen, die sich an die baden-württembergischen Tarife nicht gebunden sehen. Bei einem Wettbewerb mit Dumpinglöhnen haben also eher baden-württembergische Handwerker und Unternehmen das Nachsehen. Kann uns das gleichgültig lassen?

Mittelständische Unternehmen und heimisches Handwerk stehen uns nicht nur aus landsmannschaftlicher Verbundenheit näher. Sie machen in der Summe die wirtschaftliche Flächenstärke unseres Landes aus. Sie bilden ein wesentliches Stück unserer Wohlstandsinfrastruktur. Sie schaffen hier Arbeitsplätze, bieten Ausbildungsplätze an, geben ihr Geld in unseren Städten und Dörfern aus und sind in die örtlichen Strukturen integriert. Das sollten wir nicht ganz vergessen.

Schnäppchen und Dumpinglöhne sind vielleicht clever, aber nicht wirklich klug. Die ordnungspolitische Regel der Tarifreue erweist sich nach allen Seiten als klug und verantwortungsvoll. Sie dient den Arbeitnehmern – nebenbei auch den Sozialkassen –, sie stärkt den sauberen Wettbewerb, sie nützt dem Mittelstand in unserem heimischen Raum, sie fördert das Vertrauen in unsere gute Verwaltung, und sie bürgt nachhaltig für Qualität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Dr. Rainer Prewé)

Die Angelsachsen nennen das Good Governance. Wir können aber auch ein Wort von Theodor Heuss nehmen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Er sagte einmal: Qualität, das ist das Anständige.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Dr. Löffler das Wort.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ohne soziale Sicherheit und ohne Schutz der Beschäftigten ist für die CDU undenkbar. Wir wollen aber auch, dass sich unsere Unternehmen dem Leistungswettbewerb stellen. Das tun sie mit Erfolg. Verdrängungswettbewerb und Dumpingangebote bekämpfen wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln. Auch wir tun das mit Erfolg.

Die Frage, die sich stellt, lautet: Müssen wir darüber hinaus auch das Vergaberecht instrumentalisieren, um unsere Wirtschaft zu schützen? Ist es notwendig, bei öffentlichen Ausschreibungen die Unternehmen zu verpflichten, ihre Mitarbeiter nach einem hier in Baden-Württemberg gültigen Tarifvertrag zu entlohnen und dies auch noch für die Arbeitnehmer der Nachunternehmer sicherzustellen? Gerade das verlangt der vorliegende Gesetzentwurf als zwingendes Vergabekriterium, sonst droht ein dreijähriger Ausschluss von weiteren Aufträgen.

In Teilbereichen ist der Entwurf nicht neu. Einige Bundesländer kennen solche Regelungen bei öffentlichen Bauaufträgen. In Baden-Württemberg soll sich das Gesetz – unabhängig vom Schwellenwert – auf Bauleistungen und alle Dienstleistungsverträge erstrecken. Das ist bislang einmalig. Die Landesbehörden, die Kommunen und alle juristischen Personen des öffentlichen Rechts haben die Tarifreuegelung bei der Auftragsvergabe anzuwenden. Dabei ist schon der Begriff „Tarifreugesetz“ ein irreführender Etikettenschwindel. Es geht eben nicht um den Schutz der verfassungsrechtlich garantierten Tarifautonomie, nicht um die Einhaltung von Tarifverträgen, sondern um staatlich verordneten Lohn.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nur wer volkswirtschaftlich kurzsichtig ist, kastriert mit planwirtschaftlichem Lohndirigismus den Wettbewerb. Damit werden nicht nur mittelständische Unternehmen ausgegrenzt, die ihre Löhne mit ihren Arbeitnehmern in fairer Weise aushandeln, sondern auch tarifreue Anbieter aus anderen Bundesländern oder Ländern der EU, sofern dort weniger Tariflohn gezahlt wird als hier. Lohnkosten sind Preiselemente – so sind die Spielregeln des Marktes. Es ist schädlich, dies als Lohn- und Sozialdumping gesetzlich zu stigmatisieren. So schwächen wir den Standort Baden-Württemberg.

Im Bund ist das Tarifreugesetz gescheitert. In Nordrhein-Westfalen wurde das dortige Landesgesetz im Oktober letzten Jahres wegen erwiesener Wirkungslosigkeit aufgehoben. Christa Thoben, die Wirtschaftsministerin von Nordrhein-

Westfalen, brachte es auf den Nenner: Durch das Gesetz wurde nichts für den betroffenen Arbeitnehmer erreicht; es wurden nur Akten gefüllt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Hinzu kommt: Das geplante Tarifreugesetz setzt mit der Einengung der Dienstleistungsfreiheit europarechtlich die falschen Signale. Zusätzliche Kosten behindern grenzüberschreitende Dienstleistungen. Das ist mit dem EG-Vertrag unvereinbar. Ein Vorlagebeschluss liegt beim EuGH. Auch das Kartellamt rügt zu Recht, dass Marktzugangsbarrieren aufgeschüttet und Nachfragekartelle errichtet werden.

Meine Damen und Herren, wir stehen nicht unter Handlungsdruck. Durch die Mindestlohnregelung des Arbeitnehmerentendengesetzes wird der Schutzzweck des Tarifreugesetzes wirkungsvoll geregelt. Damit sind die Schutzziele des Tarifreugesetzes vollumfänglich erfüllt. Der Entwurf gaukelt einen Schutz vor, der schon besteht.

Meine Damen und Herren, wir sind nicht die Hebammen eines bürokratischen Rosstäuschergesetzes.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das Tarifreugesetz ist unpraktikabel und bürokratielastig. Zu diesem Ergebnis kam ein von der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenes Gutachten. Abgrenzung und Auswahl der jeweils gültigen und anwendbaren Tarifverträge bereiteten den Vergabestellen erhebliche Probleme. In der Tat: Es ist leichter, die Gelben Seiten im Telefonbuch auswendig zu lernen, als sich im Tarifvertragsdschungel zurechtzufinden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ersteres wäre auch völliger Blödsinn!)

Gerade einmal 3 % der befragten Unternehmer meinten, das Tarifreugesetz habe sich positiv auf die Wettbewerbschancen des eigenen Betriebs ausgewirkt – eine lausige Quote.

In der Dienstleistungsbranche – beispielsweise in der Informations- und Kommunikationstechnologie – arbeiten global agierende Unternehmen mit einem Netzwerk internationaler Zulieferer. „Global Sourcing“ nennt man diese Strategie auf Neuschwäbisch. Die Durchsetzung unserer Tariflöhne auf alle Nachunternehmer ist faktisch unmöglich und kommt wie eine Provinzposse daher.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Allenfalls bei Bauprojekten – dort, wo vor Ort der Mörtel angerührt und die Mauer hochgezogen wird – kommt, wenn das Entsendegesetz nicht helfen kann, ein wenig Sympathie für das Tarifreugesetz auf. Aber es reicht nicht, um einen Hofknicks vor den Gewerkschaften zu machen.

Als weiterer Kollateralschaden entsteht zusätzlicher Verwaltungsaufwand, und die öffentlichen Aufträge werden teurer. Die Kosten für Dienstleistungen steigen um einen zweistelligen Prozentsatz. Die Kosten für Bauleistungen – das lehren die Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen – wachsen um 5 %.

(Dr. Reinhard Löffler)

Da nicht mehr Geld für öffentliche Aufträge zur Verfügung steht, werden zwangsläufig weniger Kindergärten und weniger Schulen gebaut. Für den Erhalt oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird damit gar nichts getan.

Mehr Rechtsunsicherheit bei der Auftragsvergabe, mehr Bürokratie, mehr Hindernisse für den Arbeitsmarkt – nichts davon können wir gebrauchen. Nutznießer sind nur die Gewerkschaften. Sie versuchen, im Bauch des Trojanischen Pferdes mit dem Namen „Tarifreuegesetz“ Tarifbestimmungen in andere Unternehmen zu schmuggeln.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr viel Unsinn, was Sie da verzapfen! Da graut es einem ja!)

In Vers 439 von Homers „Odyssee“ ist nachzulesen, was geschieht, wenn man nicht auf Laokoon hört. Daraus lassen sich Lehren ziehen. Humanistisches Streben zahlt sich aus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Da es sich um die erste Rede des Herrn Kollegen Löffler handelte, haben wir auf seine Redezeit einen Zuschlag von fast 30 % gewährt. Das ist auch in Ordnung. Ich will nur nicht, dass sich die nachfolgenden Redner daran orientieren. Deswegen sage ich dies.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das war vor allem humanistische Substanz! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das vielleicht ja, aber in der Sache nicht!)

Das Wort hat Frau Kollegin Sitzmann von den Grünen.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich hatte jetzt fest mit einem Zuschlag von 30 % auf meine Redezeit gerechnet. Schade!

Zum Thema: Wir Grünen sind der Ansicht, dass regionale Unternehmen nicht benachteiligt werden dürfen, wenn sie Tariflöhne zahlen und damit nicht das wirtschaftlichste – sprich billigste – Angebot abgeben können. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen auch vor unbotmäßiger Konkurrenz durch Niedriglohnarbeitsplätze geschützt werden. Wir sind auch der Ansicht, dass öffentliche Auftraggeber von den beauftragten Unternehmen die Zahlung von Tariflöhnen einfordern sollen. Denn öffentliche Auftraggeber haben eine Vorbildfunktion, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Deswegen teilen wir die Ziele des Gesetzentwurfs, den die SPD hier eingebracht hat. Allerdings wissen Sie alle, dass das Thema schwierig und komplex ist. Das hat sich in den Beiträgen meiner beiden Vorredner schon gezeigt. Das Ei des Kolumbus, das uns aufzeigt, wie die Ziele, die ich eingangs formuliert habe, zu erreichen sind, ist bislang nicht gefunden.

Es ist mehrfach das Tarifreuegesetz in Nordrhein-Westfalen angesprochen worden. Dieser Vergleich hinkt, weil sich der Gesetzentwurf der SPD fast wortgleich an das in Bayern gel-

tende Bauaufträge-Vergabegesetz anlehnt. Er ist allerdings um den Aspekt der Dienstleistungen erweitert.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Dieser Aspekt der Ausweitung auf die Dienstleistungen ist neu. Unter anderem deshalb werden wir beantragen, dass dieses Gesetz auf fünf Jahre befristet wird und eine Evaluation stattfindet, um zu prüfen, ob die Ziele, die gesetzt wurden, dann tatsächlich erreicht worden sind.

Jetzt hat, wenn ich das richtig verstanden habe, der Kollege Löffler gesagt: „Wir sind nicht die Hebammen eines bürokratischen Rosstäuschergesetzes.“ War das richtig?

(Zustimmung von der CDU)

Dazu muss man ganz klar sagen: Wenn man das übernimmt, was Bayern seit dem Jahr 2000 praktiziert

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Seit wann reden Sie Bayern das Wort?)

und was auch in dem Gesetzentwurf der SPD vorgesehen ist, dann kann man nun wahrlich nicht von ausufernder Bürokratie sprechen. Es geht nämlich darum, dass von der Landesregierung ein Muster für eine Erklärung vorbereitet wird, die alle Unternehmen, die sich um einen öffentlichen Auftrag bewerben, unterschreiben müssen. In Bayern ist diese Erklärung sehr kurz. Sie umfasst nur eine Seite.

(Die Rednerin hält ein Formular in die Höhe.)

Wenn Sie das aus der Entfernung betrachten, dann sehen Sie, dass dies kein kompliziertes Formular ist, für dessen Ausfüllung man einen juristischen Beistand braucht. Vielmehr handelt es sich um ein einfaches Verfahren, mit dem dann die öffentlichen Auftraggeber – die wichtigsten öffentlichen Auftraggeber sind die Kommunen – ein Instrument haben. Wenn es Verdachtsmomente gibt, kann überprüft werden, ob diese Erklärung, dass von dem Unternehmer und auch von eventuell engagierten Subunternehmern Tariflöhne gezahlt werden, tatsächlich eingehalten wird. Wenn es einen Verstoß gibt, gibt es die Möglichkeit, das betreffende Unternehmen bis zu drei Jahre von öffentlichen Aufträgen auszuschließen. Von „bürokratischen Monstern“ – oder wie auch immer Sie das gern nennen möchten – kann in diesem Fall wirklich nicht die Rede sein.

Tatsache ist, dass ein Instrument geschaffen wird, um bei Verdachtsmomenten etwas tun zu können. Aber natürlich können die Kommunen nicht alle Auftragnehmer komplett kontrollieren. Ich denke, auch deshalb sollten wir eine Befristung auf fünf Jahre mit anschließender Überprüfung einführen, um dann zu sehen, ob dieses Gesetz für Baden-Württemberg, für die Wirtschaft hier vor Ort und auch für die Beschäftigten tatsächlich von Nutzen ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat im vergangenen Jahr entschieden, dass es verfassungskonform ist, wenn Länder bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge Tarifreueerklärungen verlangen. Es gibt eine Vielzahl von Bundesländern, die genau das tun. Insofern denke ich auch, dass der Ausdruck „Provinzposse“, den Sie benutzen haben, Herr Löffler, nicht ange-

(Edith Sitzmann)

bracht ist. Baden-Württemberg wäre wahrlich nicht das einzige Bundesland, das hier tätig wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Problematisch ist aber – das haben Sie auch angesprochen – die Frage der Kompatibilität mit europäischem Gemeinschaftsrecht. Dieses Verfahren ist noch offen. Klar ist für uns, dass wir bei Vergaben die politischen Lenkungsziele im Auge behalten müssen.

Fazit: Wir teilen die Ziele des Gesetzentwurfs. Wir denken, dass es lohnenswert ist, den öffentlichen Auftraggebern ein Instrument an die Hand zu geben. Wir werden aber beantragen, das Gesetz auf fünf Jahre zu befristen und danach eine Überprüfung der Wirksamkeit des Gesetzes vorzunehmen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Sitzmann, in einem Punkt haben Sie recht: Das Bundesverfassungsgericht hat im Juli 2006 grundsätzlich entschieden, dass Tarifregelungen mit dem Grundgesetz vereinbar sein können. Im konkreten Fall ging es um eine Regelung für das Land Berlin. Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, dass es weder das Grundrecht der Koalitionsfreiheit verletzt noch die Berufsfreiheit eingeschränkt sieht.

Hierzu möchte ich aber zwei Anmerkungen machen. Erstens: Nur deshalb, weil eine Regelung nicht gegen die Grundrechte verstößt, braucht man sie nicht gleich einzuführen.

Zweitens hielte ich es auch nicht für sinnvoll, wenn sich Baden-Württemberg künftig wirtschaftspolitisch an Berlin orientierte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann  
GRÜNE: Was halten Sie von Bayern?)

– Auch an Bayern sollten wir uns nicht orientieren. Bayern ist für die Nummer 1 unter den Bundesländern kein Vorbild.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Niedersachsen!)

So arm wie Herr Wowerit wollen wir nie werden, und ob wir so sexy sein wollen wie er, ist auch noch nicht zu Ende diskutiert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Rainer Sticker SPD: Sie sicher nicht! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das gilt auch für Westerwelle!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einer der Vorteile des Föderalismus ist, dass man aus den Fehlern, die in anderen Bundesländern gemacht wurden, lernen kann. Das gilt natürlich nur, wenn man den Mut hat, seine Freiheiten auch zu nutzen. Wenn wir über die Ländergrenzen schauen, sehen wir, dass einige Länder in der Tat in den letzten Jahren Tarifreuege-

setze beschlossen haben. Da fragt man sich aber doch, welche Erfahrungen diese Länder damit gemacht haben.

Schauen wir uns z. B. Sachsen-Anhalt an. Dort hat das Tarifreuegesetz knapp ein Jahr überstanden – und nicht fünf Jahre, Frau Sitzmann. In Sachsen-Anhalt wurde es nach einem Jahr wieder abgeschafft, weil es sich eben nicht bewährt hat. Ihrem Vorschlag zufolge hätten die Menschen in Sachsen-Anhalt es jetzt immer noch.

Auch in Nordrhein-Westfalen verhielt es sich ganz ähnlich – Herr Löffler hat es schon angesprochen –: Hier galt das Gesetz zwar immerhin vier Jahre lang, aber als es weg war, waren eigentlich alle froh: die Wirtschaft, die Kommunen und letztlich auch die Arbeitnehmer.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Und die FDP!)

Der einzige Schluss, den man aus einer solchen Entwicklung ziehen kann, ist folgender: Das Tarifreuegesetz hat sich als untaugliches bürokratisches Gebilde erwiesen. Wir müssen froh sein, dass wir in Baden-Württemberg nie ein Tarifreuegesetz gehabt haben und wohl auch nie eines haben werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Die SPD hier im Haus sieht dies anders und legt uns heute den Entwurf eines Tarifreuegesetzes vor,

(Abg. Ute Vogt SPD: So ist es!)

zu einem Zeitpunkt, zu dem andere Länder es bereits wieder abgeschafft haben.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das haben die noch gar nicht gemerkt!)

Man sollte sich nun die Frage stellen, weshalb die anderen Länder dieses Gesetz wieder abgeschafft haben. Die vom Tarifreuegesetz verfolgten Schutzziele für Arbeitskräfte im Baugewerbe werden durch die Entsenderichtlinie – auch darauf hat Herr Löffler schon hingewiesen – wesentlich wirkungsvoller erreicht. Unabhängig von der Frage, wie man diese Entsenderichtlinie bewertet, erschließt sich uns nicht, was es bringen soll, parallel zu dieser Entsenderichtlinie noch ein Tarifreuegesetz explizit für Bauaufträge zu installieren.

Ganz abgesehen davon haben Tarifreuegesetze in der Praxis weder positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse im Bauhauptgewerbe gehabt, noch sind Auswirkungen auf die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen festzustellen gewesen.

Tarifreuegesetze, liebe Kolleginnen und Kollegen, führen in der Praxis auch zu erheblichen Anwendungsproblemen. Ein Beispiel hierfür ist die Auswahl der relevanten Tarifverträge, wenn am Ort der Leistungsausführung mehrere Tarifverträge einschlägig gelten. Im Anwendungsbereich des ÖPNV hat das in den genannten Ländern zu vielfältigen Unklarheiten geführt.

Das komplexe System des Tarifrechts hat eigene Gesetzmäßigkeiten und kann dem Vergaberecht nicht einfach übergestülpt

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

werden. Tariftreugesetze nutzen dem Arbeitnehmer nachweislich nicht, lösen dafür aber horrende Bürokratiekosten aus und schaden somit den Kommunen und den betroffenen Unternehmen erheblich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Übrigens hat auch eine Anhörung des Wirtschaftsministeriums zu diesem Thema erbracht, dass sich sowohl der Gemeindegtag als auch der Landkreistag zu diesem Thema dezidiert negativ äußern.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist falsch!)

Ein Tariftreugesetz, das die öffentlichen Arbeitgeber verpflichtet, Aufträge nur noch an solche Unternehmen zu vergeben, die die am Ort der Leistungsausführung gültigen Tarifverträge einhalten, ist nichts anderes als ein staatliches Verbot echten Wettbewerbs zwischen tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Unternehmen.

Aufgabe der Politik ist es nach meiner Auffassung, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Dafür müsste man z. B. das Steuersystem verändern, wie es uns ja versprochen wurde. Man müsste dafür sorgen, dass die Lohnnebenkosten wirklich sinken, und man müsste bessere Arbeitsmarktbedingungen schaffen. Das Tariftreugesetz leistet dies alles nicht. Es fördert inflationäre Tendenzen, da es Wettbewerb ausschließt, es verteuert öffentliche Bauaufträge um durchschnittlich mindestens 5 %,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wettbewerb über Tarif!  
Genau das wollen Sie, ja!)

und es verschenkt Preissenkungs- und Innovationsspielräume im öffentlichen Nahverkehr. Ein solches Gesetz würde einen enormen Verwaltungs- und Kontrollaufwand auslösen, für den die Städte und Gemeinden nicht gerüstet sind. An die Stelle eines marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerbs würde eine wuchernde Kontrollbürokratie treten.

(Abg. Karl-Heinz Joseph SPD: Wo denn?)

Wettbewerber würden zur gegenseitigen Denunziation ermuntert. – In Baden-Württemberg wäre das so, Herr Kollege.

§ 97 Abs. 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, der die Anforderungen an Unternehmen im öffentlichen Auftragswesen ausschließlich an Sachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit misst, hat sich grundsätzlich bewährt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir plädieren eben nicht dafür, das öffentliche Vergaberecht durch vergabefremde Kriterien für andere Zwecke zu instrumentalisieren. Daher, meine Damen und Herren, lehnen wir den Gesetzentwurf der SPD ab.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erhält Herr Wirtschaftsminister Pfister das Wort.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Was nicht zusammengehört, sollte auch nicht zusammengeführt werden.“

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr gut!)

Das habe ich in Abwandlung von Bundeskanzler Brandt zitiert, wie Sie wissen. Die Landesregierung sieht das genauso. Die Vertreter der Koalitionsfraktionen sehen das ebenso. Ich glaube, man sollte Dinge, die nicht zusammengehören, auch nicht zusammenführen. Das heißt, öffentliche Aufträge und das Vergabewesen auf der einen Seite und Tariftreue auf der anderen Seite haben zunächst einmal überhaupt nichts miteinander zu tun.

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen hat nur ein einziges klares Ziel: Sie hat dafür zu sorgen, dass die öffentliche Hand bei der Beschaffung von Leistungen, die sie braucht, möglichst auf wirtschaftliche und günstige Konditionen zurückgreifen kann. Das ist das wichtigste und eigentlich auch das einzige Ziel der Auftragsvergabe im öffentlichen Bereich.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Das ist nun keineswegs eine Absage an Tariftreue, meine Damen und Herren. Natürlich kann man sagen, dass Tariftreue erreicht werden soll. Aber dann muss sie auf den Politikfeldern erreicht werden, in die sie hineingehört. Dann muss man von mir aus gern über Entsendegesetze reden. Aber das hat jedenfalls nichts mit dem Bereich der öffentlichen Aufträge zu tun.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Aber man könnte es verbinden! Es spricht nichts dagegen!)

– Nein, ich will das nicht verbinden. Ich will das auch deshalb nicht verbinden, weil Sie damit sehr schnell auf eine ganze Reihe von rechtlichen und auch praktischen Problemen stoßen.

Ich will die rechtliche Situation nicht überbewerten. Aber eines ist schon klar: Bereits im Dezember 2004 hat die Europäische Union die Bundesregierung unmissverständlich aufgefordert, die Finger davon zu lassen, ein solches Tariftreugesetz in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen. Es ist zwar richtig, dass das Bundesverfassungsgericht später festgestellt hat, dass das nicht verfassungsrechtlich bedenklich wäre. Es ist aber ebenso richtig, dass diese Angelegenheit in der Zwischenzeit längst beim Europäischen Gerichtshof liegt. Der Europäische Gerichtshof wird diese Zweifelsfragen jetzt klären. Man wird die Antwort der Luxemburger Richter noch abwarten. Das betrifft die rechtliche Frage.

Die praktische Seite ist mir eigentlich viel wichtiger. Dazu ist auch schon einiges gesagt worden. Ich will noch einmal zwei Beispiele herausgreifen.

Was ist eigentlich mit Unternehmen, meine Damen und Herren, die sich nicht an bestimmte Tarifverträge gebunden haben, weil sie z. B. nicht Mitglied in Arbeitgeberverbänden sind, was ja in diesem Land wohl legal ist? Was ist mit diesen Unternehmen, die dann natürlich möglicherweise zu günstigeren Konditionen anbieten? Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion würde bedeuten, dass diese Unternehmen von vorn-

(Minister Ernst Pfister)

herein überhaupt keine Chance hätten und von vornherein ausgeschlossen wären, also einen Wettbewerbsnachteil hätten. Das halte ich für völlig ausgeschlossen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Eine solche Praxis würde in der Konsequenz auch dazu führen – auch darauf wurde hingewiesen –, dass öffentliche Aufträge in der Tendenz verteuert würden. Das hätte negative Konsequenzen für Beschäftigung und Arbeit, und das hätte natürlich auch nichts mit Haushaltskonsolidierung zu tun.

Ich halte es schon für interessant, meine Damen und Herren, dass beispielsweise der Gemeindetag sagt: Wenn ihr als Gesetzgeber trotz der Gefahr der Verteuerung öffentlicher Aufträge so etwas machen wollt, dann werden wir von uns aus die Karte des Konnexitätsprinzips ziehen. Das ist auch völlig logisch. Wir haben von uns aus – ich glaube, das waren alle Fraktionen – im letzten Oktober darauf gedrängt, dass dieses Konnexitätsprinzip von uns auch wirklich angewendet wird. Wenn wir jetzt ein Gesetz machten, meine Damen und Herren, das dazu führt, dass öffentliche Aufträge verteuert werden, z. B. bei den Kommunen, dann würde das bedeuten, dass wir faktisch die Zeche zu bezahlen haben. Das ist so ziemlich das Gegenteil von Bürokratieabbau und Haushaltsklarheit, und schon allein aus diesem Grunde können wir einen solchen Weg nicht mitgehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, den kommunalen Landesverbänden nicht glauben und diese Gedanken nicht ernst nehmen, wenn Sie z. B. auch nicht ernst nehmen, was der Zentralverband des Deutschen Handwerks in dieser Frage gesagt hat: „Unsinn, nicht machen!“,

(Beifall bei der FDP/DVP)

wenn Sie nicht ernst nehmen, was die anderen Spitzenverbände der Wirtschaft gesagt haben: „Nicht machen! Finger davon lassen!“, dann rate ich Ihnen zumindest, dass Sie auf die Regierung in Berlin hören – die Große Koalition, an der Sie von der SPD auch beteiligt sind –, die auch von sich aus sagt: „Finger weg von Einzellösungen in Baden-Württemberg! Finger weg von dieser Angelegenheit!“. Wenn Sie also uns nicht glauben, dann glauben Sie wenigstens Ihrer eigenen SPD in Berlin.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Karl-Heinz Joseph SPD:** Herr Minister, wenn Sie sich hier auf die Stellungnahme des Gemeindetags Baden-Württemberg berufen, würden Sie dann dem Hause auch erläutern, dass sich der Städtetag Baden-Württemberg im Einklang mit dem Deutschen Städtetag ausdrücklich für ein solches Tarifreuegesetz ausgesprochen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Wir haben in der Tat eine Anhörung durchgeführt, das kann ich bestätigen: Städtetag eher positiv, Landkreistag und Gemeindetag eindeutig negativ. Das ist absolut richtig.

Ich will Ihnen aber jetzt noch einmal sagen, dass das alles auch mit Kosten und Geld zu tun hat. Wir haben schon gehört, dass beispielsweise das Land Niedersachsen – Entschuldigung: Nordrhein-Westfalen – nach einer Evaluierung ausgestiegen ist. Sie müssen sich einmal vorstellen, mit welcher Begründung die ausgestiegen sind. Man hat nämlich in Nordrhein-Westfalen gesagt: Wenn wir ein solches Gesetz wirklich ernst nehmen, dann müssen wir einen gigantischen Kontrollapparat aufstellen. Wir müssten im Grunde bis in die letzten Winkel der Bücher der Unternehmen hineingehen, wir müssten bis in die letzten Kalkulationsgrundlagen hineinspionieren, um herauszufinden, ob Tarifreue stattfindet oder nicht. Selbst dann, wenn wir das tun, haben wir noch lange keine Gewissheit, dass wir wirklich zu einem entsprechenden Ergebnis kommen. Das bedeutet, ein gigantischer Kontrollapparat müsste aufgebaut werden. Dieser gigantische Kontrollapparat hat beispielsweise in Nordrhein-Westfalen dazu geführt, dass sich die Kosten für die öffentlichen Aufträge um 5 bis 6 % verteuert haben.

Sie können es wenden, wie Sie wollen, es wird auf jeden Fall teurer, und es wird auf jeden Fall komplizierter. Das ist die Botschaft, die man hier ohne Weiteres nennen kann. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass immer noch die deutliche Mehrzahl der Länder in der Bundesrepublik Deutschland dieses Tarifreuegesetz eben nicht hat. Zunehmend kommen Länder aus all diesen Gründen dazu, aus dieser Geschichte auszusteigen.

Wenn jetzt die SPD noch einen obendrauf setzt, nicht nur bei Bauaufträgen, sondern auch bei Dienstleistungen – und zwar bei allen Dienstleistungen, nicht nur bei den kleinsten, ohne jegliche Bagatellgrenze – Tarifreue einzufordern, dann ist das ein zusätzlicher Beitrag zu mehr Bürokratie.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wer Ja sagt zu weniger Bürokratie, wer Ja sagt zu weniger Kosten für die öffentliche Hand, der muss ein eindeutiges Nein sagen zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Dr. Prewo.

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, die FDP war einmal eine Partei, die ein Sensorium für ordnungspolitische Rahmensetzungen hatte

(Abg. Reinhold Gall SPD: Schon lange her! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht für bürokratische Gängelung!)

– das ist lange her – und gewusst hat, dass man nur innerhalb eines klaren, gesellschaftlich festgelegten Rahmens einen wirklich fairen und echten Wettbewerb haben kann, und ge-

(Dr. Rainer Prewo)

nau darum geht es. Wenn wir für die Tarifautonomie sind, dann sind wir auch dafür, dass die autonom vereinbarten Verträge relevant sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Löffler, warum machen wir es denn als Land nicht genauso, dass wir unsere Straßenwärter und Straßenmeister, unsere Arbeiter und Angestellten unter Tarif bezahlen? Warum müssen wir uns unbedingt an die Tarifverträge halten? Das machen wir doch auch, weil wir wissen: Nur auf diese Weise bekommen wir qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zu den anderen Ländern ist sehr viel Krauses gesagt worden, auch schon von Ihnen, Herr Kollege Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nämlich?)

– Z. B. haben Sie den Städtetag mit einer negativen Stellungnahme in Anspruch genommen, obwohl gerade das Gegenteil der Fall ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gerade haben Sie von den anderen Ländern gesprochen, Herr Prewo!)

Auch von Niedersachsen, Herr Minister, ist mir das überhaupt nicht bekannt.

(Minister Ernst Pfister: Ich habe Nordrhein-Westfalen gesagt!)

Sie meinten Nordrhein-Westfalen. Niedersachsen hat unter der CDU/FDP-geführten Regierung ausdrücklich das Tariftreuegesetz beibehalten, genauso Hamburg mit dem Bürgermeister von Beust. Dazu sage ich gleich noch etwas.

Es gibt ein Land, das normalerweise für Marktliberalismus bekannt ist: Das sind die USA. Dort haben mehr als die Hälfte der Bundesstaaten – dort ist das eine Sache der Bundesstaaten, genau wie bei uns – solche Tarifreueeregulungen staatlich festgelegt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also wollen Sie amerikanische Verhältnisse?)

– Ich schaue nur – im Gegensatz zu Ihnen – über den Tellerand. Interessant ist, dass dort eine Reihe von Bundesstaaten früher solche Regelungen nicht hatten und dann eingeführt haben, andere haben sie wieder abgeschafft, einige haben sie sogar abgeschafft und wieder eingeführt.

In Untersuchungen verschiedener Universitäten hat sich herausgestellt, Herr Minister, dass die Kosten für die öffentlichen Auftraggeber mitnichten höher werden. Ganz im Gegenteil: Am Anfang werden die Aufträge ungefähr 10 % billiger vergeben. Wenn man nachsieht, was nach fünf Jahren los ist, und die Zusatzkosten und die Folgekosten dieser Aufträge, die an Firmen mit Dumpinglöhnen gegangen sind, untersucht – das haben verschiedene Universitäten in mehreren amerikanischen Bundesstaaten gemacht; dort kann man das untersuchen, denn dort hat man ein sehr schönes Untersuchungsfeld dafür –, dann stellt sich heraus, dass unter dem Strich die Kosten für die öffentlichen Träger deutlich höher

geworden sind. Gleichzeitig aber sind die Einnahmen der Sozialkassen gesunken, und außerdem ist die Zahl der schwereren Betriebsunfälle um 21 % gestiegen. So sieht das aus.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Aha!)

Wir wollen hier nicht ideologisch argumentieren, sondern wir wollen nüchtern und genau die Tatsachen betrachten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das sagt der Richtige!)

Den Vorschlag der Grünen-Fraktion mit der fünfjährigen Befristung halten wir für sehr interessant. Das ist übrigens eine Regelung, die in Hamburg schon von CDU und FDP in der ersten Wahlperiode des Senats von Beust gemacht worden ist. Dort läuft dieses Gesetz im Jahr 2008 aus. Dort ist die Handwerkskammer ein enormer Befürworter und spricht sich dafür aus, dieses Gesetz unbedingt beizubehalten. So sieht es in der Praxis aus, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Prewo, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Aber selbstverständlich.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Theurer.

**Abg. Michael Theurer FDP/DVP:** Herr Kollege Dr. Prewo, könnten Sie dem Haus erklären, inwiefern die von Ihnen vorgeschlagene gesetzliche Regelung beispielsweise Betriebe mit Haustarifen ausschließen würde.

(Minister Ernst Pfister: Ja, genau!)

Oder ist die Einhaltung von Haustarifen schon ausreichend, um im Rahmen Ihres Gesetzentwurfs dann auch eine Auftragsvergabe zu gewährleisten?

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Nach meinem Verständnis sind Haustarife auch Tarife, und es geht um Tarifreue. Das ist übrigens auch unabhängig davon, ob man Flächentarife für ganz Deutschland oder nur für Baden-Württemberg oder ob man regionale Tarife hat. Das Gesetz fordert nur Tarifreue.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sind Sie da ganz sicher?)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Sie stimmen zu. Es ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben eine Einladung zum Infomarkt aus Anlass des Weltverbrauchertags bekommen. Unter dem Motto „Wir machen die Verbraucher stark“ sind Sie jetzt alle zum Infomarkt unten in der Eingangshalle eingeladen. Dieser wird um 12:30 Uhr eröffnet.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Den Wiederbeginn der Sitzung nach der Mittagspause lege ich auf 13:45 Uhr fest.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:30 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:45 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 14/1001**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – Muttersprachlicher Zusatzunterricht durch die Konsulate

Bitte, Herr Kollege Kaufmann.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Muttersprachlicher Zusatzunterricht – die Zweite.

Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie wird die Landesregierung über die an sie gerichtete Forderung der Stadt Rastatt entscheiden, die Ziffer IV „Muttersprachlicher Zusatzunterricht durch die Konsulate“ in der Verwaltungsvorschrift „Unterricht für ausländische Schüler ...“ vom 24. November 2000 ersatzlos zu streichen, und wie bewertet sie dieses Anliegen?
- b) Wird die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen, eine Korrektur der Haltung der Stadt Rastatt zu erreichen, die sich weigert, für den muttersprachlichen Zusatzunterricht Schulräume in städtischen Schulen zur Verfügung zu stellen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Herr Staatssekretär Wacker, bitte.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Gunter Kaufmann SPD wie folgt:

Zunächst zum Frageteil a: Das Land fördert seit Langem den muttersprachlichen Zusatzunterricht, der in Baden-Württemberg in Form des sogenannten Konsulatsunterrichts in der alleinigen Verantwortung der Konsulate der jeweiligen Herkunftsstaaten organisiert und durchgeführt wird.

Das Kultusministerium hat die Rahmenbedingungen für die Förderung des muttersprachlichen Zusatzunterrichts in der Verwaltungsvorschrift „Unterricht für ausländische Schüler an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Baden-Württemberg“ festgelegt. Darin werden die Schulträger gebeten, Schulräume für den muttersprachlichen Zusatzunterricht kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Schulträger können eigenständig entscheiden, ob sie dieser Bitte entsprechen. Sie

sind dazu nicht verpflichtet. Diese Formulierung trägt der Tatsache Rechnung, dass der muttersprachliche Unterricht kein Angebot der Schulen darstellt.

Der Landesregierung liegen keine Hinweise vor, dass in einer anderen Kommune Baden-Württembergs Bestrebungen wie in Rastatt vorhanden sind. Das in Baden-Württemberg gewählte Konsulatsmodell für den muttersprachlichen Zusatzunterricht und seine Umsetzung in der besagten Verwaltungsvorschrift haben sich in langjähriger Praxis grundsätzlich bewährt. Das Kultusministerium hat in einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Rastatt deutlich gemacht, dass es derzeit keine Veranlassung zur Änderung von Ziffer IV der Verwaltungsvorschrift „Unterricht für ausländische Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Baden-Württemberg“ sieht.

Ich darf nun Ihre Frage unter b beantworten: Das Kultusministerium hat in zwei Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Rastatt auf seine abweichende Position hinsichtlich des muttersprachlichen Zusatzunterrichts hingewiesen. Im Übrigen ist die rechtliche Handhabung des Kultusministeriums im Hinblick auf die oben erwähnte Verwaltungsvorschrift gegenüber der Stadt Rastatt gering. Die Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen, die durch den Verfassungsrang der kommunalen Selbstverwaltung untermauert wird, setzt dem Handlungsspielraum des Kultusministeriums hier Grenzen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage, Herr Abg. Kaufmann.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Staatssekretär, Sie haben auf die rechtlichen Einschränkungen Ihrer Möglichkeiten hingewiesen, auf die Stadt Rastatt einzuwirken. Sehen Sie nicht doch eine Möglichkeit, auf der politischen Ebene, über Ihre Parteifreunde, die im Gemeinderat vertreten sind, eine Änderung der Haltung herbeizuführen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär.

(Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Bei uns sind die Gedanken frei!)

**Staatssekretär Georg Wacker:** Die Entscheidungen des Rastatter Gemeinderats sind in der originären Zuständigkeit des örtlichen Gremiums gefällt worden. Uns steht es nicht zu, die unabhängige Entscheidung des Gemeinderats der Stadt Rastatt zu bewerten. Wir haben, wie gesagt, sowohl gegenüber dem Oberbürgermeister als auch in den entsprechenden Beantwortungen von parlamentarischen Anfragen darauf hingewiesen, dass wir den muttersprachlichen Unterricht als ergänzendes Element für sinnvoll halten. Wir sehen aber keine Veranlassung, öffentlich einzuwirken oder politisch auf die Stadt Rastatt weitergehend zuzugehen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Winkler.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Staatssekretär, wie schätzt die Landesregierung die politischen Auswirkungen dieser Entscheidung in Rastatt auf andere Kommunen im Land hinsichtlich der Ausbildungsqualität, des Ausbildungsniveaus und der Anforderungen in Bezug auf ausländische Kinder und Schüler in unserem Land ein?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Uns liegen keine Informationen darüber vor, dass es andere Kommunen gibt, die einen ähnlichen Weg beschreiten. Wir hoffen, dass dieses Vorgehen bei anderen Kommunen in Baden-Württemberg keine Nachahmer findet.

(Beifall des Abg. Christoph Palm CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Zeller.

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Herr Staatssekretär, gibt es Kontaktaufnahmen und Gespräche mit den ausländischen Konsulaten über diesen Vorgang, und welchen Inhalt haben diese Gespräche?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Es gab mehrere Gespräche. Zum einen wurde ich bei meinem Besuch in der Türkei vom Staatssekretär im Erziehungsministerium konkret auf diesen Vorgang in Rastatt angesprochen. Der Vizeaußenminister Danieli aus Italien hat diesbezüglich auch mit unserem Kultusminister Helmut Rau über diesen Sachverhalt gesprochen. Gleichermäßen habe ich über diese Frage mit einer türkischen Delegation in unserem Haus gesprochen. Dabei wurde das Verhalten der Stadt Rastatt uns gegenüber moniert. Wir haben gleichzeitig darauf hingewiesen, dass wir keine originäre Zuständigkeit haben, auf die Stadt Rastatt politisch einzuwirken.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage, Frau Abg. Rastätter, bitte.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Die Landesregierung hat eine Verordnung erlassen, mit der sie die Kommunen auffordert, Schulräume für den muttersprachlichen Unterricht zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung beruft sich auf die verbindliche EU-Richtlinie 77/486, in der sie verpflichtet wird, dieses Angebot zu machen.

Wird die Landesregierung nun, da die Stadt Rastatt keine Schulen, also keine öffentlichen Räume für den muttersprachlichen Unterricht zur Verfügung stellt, dafür sorgen, dass in der Stadt Rastatt weiterhin muttersprachlicher Unterricht im öffentlichen Raum stattfinden kann? Was wird sie dafür tun?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Da die Abwicklung des muttersprachlichen Zusatzunterrichts sich in der originären Zuständigkeit der Konsulate befindet, sehen wir keine Veranlassung, als Land Baden-Württemberg operativ Hilfestellung in der Stadt Rastatt zu leisten. Uns liegen Informationen vor, dass bezüglich der Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten örtliche Lösungswege gefunden wurden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine zweite Zusatzfrage des Herrn Abg. Kaufmann.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Staatssekretär, der Integrationsbeauftragte der Landesregierung hat heute Morgen in Ihrer Anwesenheit gesagt, Bilingualität sei eigentlich nur ei-

ne Sache für Diplomatenkinder. Teilt die Landesregierung diese Auffassung?

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Jetzt kann man einmal Nein sagen!)

**Staatssekretär Georg Wacker:** Auf die Bedeutung der Mehrsprachigkeit habe ich Sie ausführlich bei der Debatte heute Morgen hingewiesen. Mehrsprachigkeit ist eine Bereicherung für das Erlernen von Sprachen insgesamt. Darauf nehme ich Bezug.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Daraus schließe ich, dass Sie die Auffassung des Integrationsbeauftragten nicht teilen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das trifft ja auch auf das Schwäbische zu.

Eine zweite Zusatzfrage der Frau Abg. Rastätter, bitte schön.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Staatssekretär, der italienische Generalkonsul hat dem Oberbürgermeister der Stadt Rastatt, Herrn Walker, angeboten, im erweiterten Unterrichtsangebot an den Schulen in Rastatt die Muttersprache als unterrichtsergänzende Maßnahme im Nachmittagsangebot der Schulen anzubieten und diesen Unterricht auch für die deutschen Schüler und Schülerinnen zu öffnen.

Bislang ist noch keine Reaktion des Oberbürgermeisters von Rastatt erfolgt. Ist es einer Schule in Rastatt gestattet, in ihr erweitertes Unterrichtsangebot im Rahmen der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schule dieses muttersprachliche Angebot im Nachmittagsbereich als Bestandteil des schulischen Angebots aufzunehmen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Uns liegen keine Informationen darüber vor, inwieweit sich die Stadt Rastatt auf das Angebot bezogen hat und ob eine Antwort vorliegt.

Da der muttersprachliche Unterricht in der Zuständigkeit der Konsulate liegt, kann der muttersprachliche Unterricht lediglich in den Räumlichkeiten der jeweiligen Schule stattfinden, weil wir diesbezüglich auch die Schulträger gebeten haben. Ergänzende Angebote sind möglich, wenn sie nicht Bestandteil des verpflichtenden, verbindlichen Unterrichts sind.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zweite Zusatzfrage des Herrn Abg. Zeller.

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Herr Staatssekretär, könnte es sein, dass die Aktion des Herrn Walker, muttersprachlichen Unterricht aus den Schulen auszuklammern, etwas mit dem OB-Wahlkampf zu tun hat?

(Zuruf des Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Zu dieser Frage kann ich weder persönlich noch in meiner Funktion als Staatssekretär im Kultusministerium eine Stellungnahme abgeben.

(Zuruf von der SPD: Das habe ich mir gedacht!)

(Staatssekretär Georg Wacker)

Ich nehme Bezug auf die örtlichen Begebenheiten. Dort kann eine Einschätzung dieses Sachverhalts vorgenommen werden.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Welcher Partei hat der denn einmal angehört?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Keine weiteren Zusatzfragen. – Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Martin Rivoir SPD – Tempolimit auf der B 10 aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Anwohnerschutzes

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Herr Präsident, es handelt sich um die B 30, nicht um die B 10. Die B 10 verläuft ja durch Esslingen. Die B 30 geht durch Ulm.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Da haben Sie recht.

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Erfahrungen wurden mit der Einführung eines Tempolimits auf der B 30 im Landkreis Biberach gemacht?
- b) Hält die Landesregierung es für sinnvoll, diese Geschwindigkeitsbegrenzung aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Schutzes der Anwohner vor Lärm auf den gesamten Straßenbereich zwischen der Ausfahrt Ulm-Wiblingen und der Kreisgrenze Biberach auszuweiten?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär Köberle.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ihre Mündliche Anfrage, lieber Kollege Rivoir, beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Im Landkreis Biberach wurde auf einem ca. 6 km langen Teilabschnitt der B 30 zwischen Äpfingen und Baltringen die Geschwindigkeit aus Verkehrssicherheitsgründen – nämlich: erhöhtes Unfallaufkommen, Streckenverlauf, geringe Sichtweite, hohe Geschwindigkeitsdifferenzen – bereits im Jahr 2005 auf 120 km/h begrenzt. Ein Vergleich der Unfallzahlen der Jahre 2004 und 2006 hat ergeben, dass auf diesem Streckenabschnitt ein Rückgang der Unfallzahlen um ca. 50 % verzeichnet werden konnte.

Aufgrund dieser positiven Erfahrungen auf diesem Teilabschnitt wurde die Geschwindigkeitsbeschränkung am 17. Januar 2007 auf die gesamte vierspurige B 30 im Landkreis Biberach ausgedehnt, da nahezu die gesamte Strecke unfallbelastet ist.

Aufgrund des sehr kurzen Zeitraums seit der Ausweitung der Geschwindigkeitsbeschränkung ist eine aussagekräftige Mitteilung über die Erfahrungen mit dem Tempolimit, soweit

dieses sich nun auf den gesamten vierspurigen Abschnitt der B 30 im Landkreis Biberach bezieht, nicht möglich.

Jetzt zu Ihrer Frage b, mit der Sie sich erkundigen, ob man aus Gründen der Sicherheit oder zum Schutz der Anwohner vor Lärm die Geschwindigkeitsbeschränkung von Ulm-Wiblingen bis Biberach ausdehnen sollte: Beschränkungen und Verbote bezüglich des fließenden Verkehrs durch Verkehrszeichen dürfen nur angeordnet werden, wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in § 45 Abs. 1 der Straßenverkehrsordnung genannten Rechtsgüter, nämlich insbesondere Sicherheit und Ordnung des Verkehrs, Schutz vor Lärm und Abgasen, erheblich übersteigt – ich betone: erheblich.

Verkehrsrechtliche Maßnahmen aus Sicherheitsgründen gemäß § 45 Abs. 1 Satz 1 der Straßenverkehrsordnung können dann angeordnet werden, wenn eine besondere Gefahrenlage vorliegt. Die Bewertung der Gefahrenlage obliegt der örtlichen Verkehrsschaukommission unter Leitung der Verkehrsbehörde. Eine besondere Gefahrenlage kann bestehen bei hohem Verkehrsaufkommen oder hoher Lkw-Belastung in Verbindung mit regelmäßigen Stauereignissen oder dichter Abfolge von Anschlussstellen, bei engen Kurven bzw. unübersichtlichem Fahrbahnverlauf oder bei starkem Gefälle sowie bei ungenügender Fahrbahngriffigkeit oder bei Aquaplaninggefahr. Unter Zugrundelegung dieser Kriterien und unter Abwägung, ob auch andere Maßnahmen wie beispielsweise die Warnung der Verkehrsteilnehmer durch Gefahrenzeichen in Frage kommen, können Geschwindigkeitsbeschränkungen für den Schwerverkehr oder auch für alle Kraftfahrzeuge ganzjährig, zeitlich befristet oder für besondere Witterungssituationen angeordnet werden.

Die zuständigen Straßenverkehrsbehörden beim Bürgermeisteramt Ulm und beim Landratsamt des Alb-Donau-Kreises sowie die Polizeidirektion Ulm sehen derzeit eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der B 30 aus Verkehrssicherheitsgründen nicht als begründet an. Weder das Unfallgeschehen noch sonstige Umstände rechtfertigen nach dortiger Ansicht eine Geschwindigkeitsbeschränkung. Vielmehr ist der gesamte Streckenabschnitt übersichtlich und im Hinblick auf die Streckenführung unproblematisch.

Verkehrsrechtliche Maßnahmen aus Lärmschutzgründen gemäß § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 der Straßenverkehrsordnung könnten dann angeordnet werden, wenn aufgrund der Verkehrsbelastung der vorhandene Lärmpegel die Normgrenzwerte der anzuwendenden Normschutzrichtlinie des Bundes überschreitet und die vorgesehene Maßnahme eine Minderung des Lärmpegels um mindestens 3 dB bewirkt. Eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 120 km/h würde jedoch nicht den gewünschten Erfolg einer Lärminderung um mindestens 3 dB erzielen, da für den Schwerverkehr, der maßgeblich Anteil an der Lärmemission hat, ohnehin eine Geschwindigkeitsbeschränkung von nur 80 km/h gilt. Die Belange des Lärmschutzes rechtfertigen somit keine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 120 km/h.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Keine Zusatzfrage. – Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen zur Mündlichen Anfrage unter Ziffer 3:

Mündliche Anfrage des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Konflikt zwischen Filmakademie und Staatsministerium?

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass der kaufmännische Direktor der Filmakademie in einer schriftlichen Vorlage dem Staatsministerium gegenüber den Vorwurf erhoben hat, sowohl in Sachentscheidungen der Akademie hineinzuregieren als auch Unregelmäßigkeiten zu dulden?
- b) Welche Vorgänge liegen gegebenenfalls der schriftlich geäußerten Kritik des kaufmännischen Direktors zugrunde und wie bewertet sie die Landesregierung?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatsminister Stächele.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter, ich beantworte im Auftrag der Landesregierung diese Anfrage in Teil a wie folgt:

Im Grunde könnte ich sagen: Ja, es trifft zu. Das wäre aber etwas wenig. In der Tat sind Vorwürfe formuliert; sie sind im Februar eingegangen; sie sind dem Aufsichtsrat zugegangen. Wir haben unsererseits gegenüber dem Aufsichtsrat eine Stellungnahme abgegeben. Wir weisen diese Vorwürfe als unhaltbar zurück. Der Aufsichtsratsvorsitzende, unser Kollege Dr. Palmer, hat einen Unterausschuss eingerichtet, der sich jetzt mit den Vorwürfen auseinandersetzt.

Die Vorwürfe waren etwas überraschend, weil uns bis dato oder bis zum Zeitpunkt dieser Vorwürfe immer wieder eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und ein gutes Einvernehmen innerhalb der Geschäftsführung, aber auch im Verhältnis zum Staatsministerium bestätigt wurden. Jetzt machen wir das, was man macht, wenn jemand Vorwürfe erhebt: Man prüft sie. Die Stellungnahme ist eingegangen. In den nächsten Wochen wird dies alles geprüft. Das ist jetzt ein interner Vorgang des Aufsichtsrats; dieser liegt aber bei Dr. Palmer, dem Aufsichtsratsvorsitzenden, wie wir wissen, in guten Händen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Walter.

(Zuruf von den Grünen: Frage b!)

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Herr Minister, können Sie heute zusagen, dass der Landtag dann, wenn die Vorgänge aufgearbeitet sind, einen schriftlichen Bericht bekommt? Das wäre die erste Zusatzfrage.

Die zweite Zusatzfrage stelle ich auch gleich: Welchen Vorwürfen gehen Sie bisher nach? Welche Vorwürfe sind nach Ihrer Meinung berechtigterweise erhoben worden?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele:** Ich will mit der Antwort auf die letzte Frage beginnen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich die Ergebnisse dieser internen Prüfung – es handelt sich ja um interne Vorgänge in einem Aufsichtsrat – jetzt nicht öffentlich vortragen und bewerten kann.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Aber ich sichere Ihnen zu, dass ich Ihnen das, was einer öffentlichen Äußerung und einer öffentlichen Diskussion zugänglich ist, zukommen lassen würde.

Man muss ja genau zwischen dem nichtöffentlichen und dem öffentlichen Bereich unterscheiden. Die Zuständigkeit liegt eben beim Aufsichtsrat. Aber im Abschluss, Kollege Walter, würde ich Ihnen das vortragen. Ich bin gern bereit, Ihnen Weiteres im internen Bereich zu übermitteln und Ihnen einmal Einblick in die Vorwürfe und auch in die Gegenargumente zu geben bzw. Ihnen mitzuteilen, wie diese Vorwürfe ausgeräumt wurden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage, bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Herr Minister, können Sie mir bitte die Frage beantworten, warum der Bewerber des Staatsministeriums seine Bewerbung zurückgezogen hat.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele:** Herr Kollege, das müssen Sie den Bewerber selbst fragen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Der ist nicht da!)

Das kann ich wirklich nicht wissen. Es ist die freie Entscheidung eines Bewerbers,

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

dass er in dieser Gefechtslage, die da entstanden ist und über die auch berichtet wurde, sagt: „Ich ziehe meine Bewerbung zurück.“ Bei der Kenntnis, die ich von den Vorgängen habe, muss ich sagen: Es ist eine ehrenwerte Haltung, dass er sagt: Ich will den ganzen Vorgang nicht weiter belasten.

Andererseits bin ich sicher, dass wir am Schluss dieser ganzen Prüfung feststellen dürfen, dass dieser Mitarbeiter eine ungeheuer qualifizierte Arbeit vorlegt und es überhaupt keinen Anlass gibt, ihm Vorwürfe zu machen. Aber das Zurückziehen der Bewerbung ist seine persönliche Entscheidung. Da kann man ihn weder in der einen noch in der anderen Richtung beraten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage, Herr Abg. Kluck.

**Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:** Herr Minister, teilen Sie meine Einschätzung, dass die Filmakademie trotz dieser Vorgänge – so will ich es einmal nennen – sehr gute Arbeit leistet?

(Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele:** Lieber Kollege, ich bin außerordentlich dankbar für diese Frage.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was kriegt er dafür? – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Zahl ihm ein Viertel dafür!)

– Wir haben allerdings noch einen Zusatz abgesprochen.

(Heiterkeit – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das würde uns nicht wundern!)

Nein, nein, jetzt ernsthaft: Wir sollten es nie dazu kommen lassen, dass solche Vorgänge, die immer wieder einmal auftauchen und die sich dann im Grunde in Punkt und Komma nachvollziehen und überprüfen lassen, derartige Einrichtungen beschädigen.

Die Filmakademie – das sage ich Ihnen auch aus vormaligem Wissen – hat deutschlandweit, europaweit einen glänzenden Ruf. Sprechen Sie einmal mit Medienschaffenden insbesondere im Bereich des Films. Die Filmakademie ist ein Alleinstellungsmerkmal für Baden-Württemberg.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Oh! Wahnsinn!)

– Ja, das ist es.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja, das sagen wir auch!)

Da sind wir uns einig.

Es ist schade, dass manchmal nicht alle Absolventen hier Arbeitsplätze finden können. Sie haben, glaube ich, sogar einen Freundeskreis in Berlin, einem Hauptmedienstandort. Das bedauern wir natürlich außerordentlich, Frau Kipfer. Aber wir schaffen im Grunde für ganz Deutschland einen hervorragenden Nachwuchs. Die Filmakademie ist wirklich top.

Ich bedanke mich noch einmal für Ihre Frage.

(Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Kluck, wollen Sie eine zweite Zusatzfrage stellen?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nein, nein! – Abg. Karl-Heinz Joseph SPD: Das ist nicht steuerbar!)

Dann liegt keine weitere Zusatzfrage vor. – Vielen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Damit ist die Fragestunde beendet.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 4:**

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung für Schulstandorte und Schulstruktur – Drucksache 14/519**

Das Präsidium hat für die Debatte über diesen Punkt folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter von der Fraktion GRÜNE.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erosion der Hauptschule in Baden-Württemberg ist aufgrund der demografischen und der bildungspolitischen Entwicklung nicht mehr länger aufzuhalten. Die Stellungnahme zu unserem Antrag hat gezeigt, dass es in Baden-Württemberg im Jahr 2005/2006 bereits 687 einzügige Hauptschulen gab. In diesem Schuljahr sind es bereits 750 einzügige Hauptschulen. Im Jahr 2005/2006 hatten 362 Hauptschulen weniger als 100 Schüler, davon hatten 309 Hauptschulen in mindestens einer Klassenstufe weniger als 16 Schüler und Schülerinnen.

Wenn wir die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren in den Blick nehmen, dann wissen wir, dass bis zum Jahr 2012 rund 20 % weniger Schüler und Schülerinnen an den Hauptschulen sein werden. Bis zum Jahr 2020 werden es sogar 27 % weniger Schülerinnen und Schüler sein. Meine Damen und Herren, wie Sie bei dieser demografischen Entwicklung die Hauptschule flächendeckend im Land als eigenständige Schulform aufrechterhalten wollen, ist uns ein absolutes Rätsel.

(Beifall der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die Übergangsquote auf die Hauptschule ist in diesem Jahr auf den historisch niedrigsten Prozentsatz von 28 % gesunken. Es gibt aber überhaupt keinen Grund, anzunehmen, dass die Übergangsquote stabil bleibt. Denn wenn das, was wir heute Morgen alle wieder betont haben, nämlich eine bessere schulische Förderung im Kindergarten und in der Grundschule, vor allem eine bessere Sprachförderung für Migranten, tatsächlich greift, wer soll denn dann überhaupt noch für die Hauptschule übrig bleiben?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das war jetzt aber böse!)

Es sei denn, Sie hegen die völlig unrealistische Erwartung, dass künftig, um die Hauptschule zu retten, die Akademikerfamilien ihre Kinder an die Hauptschule schicken oder Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, sich dann entscheiden, Ihre Kinder künftig an die Hauptschule zu schicken. Nur wenn Sie das tun, können Sie realistischerweise annehmen, dass die Hauptschule gerettet werden kann.

(Beifall der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser dramatischen Entwicklung stellen wir fest: Das traditionelle hoch selektive Schulsystem mit seiner frühen sozialen Auslese erweist sich als nicht mehr zukunftsfähig im Hinblick auf das Ziel, anspruchsvolle Bildungsangebote für alle Schüler und Schülerinnen in Baden-Württemberg zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, nahezu alle Bundesländer in Deutschland haben aus der Krise der Hauptschule und aus der Krise des dreigliedrigen Schulsystems die Konsequenz gezogen, die Hauptschule als eigenständige Schulform nicht mehr weiterzuführen. Sie haben sie entweder schon abgeschafft oder sind derzeit dabei, sie abzuschaffen, wie z. B. Hamburg – das ja bekanntlich CDU-regiert ist. Auf diese bundesweite Entwicklung verweist auch der Städtetag Baden-Württemberg

(Renate Rastätter)

in seinem Beschluss vom 12. Dezember 2006 zur Zukunft der Hauptschule. Ich zitiere:

*Die Reinform der Dreigliedrigkeit des Schulwesens baden-württembergischer Prägung findet bundesweit nur noch im Freistaat Bayern ein Pendant.*

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der Städtetag stellt weiter fest:

*Es hilft den Hauptschulen und ihren Schülern auch nicht, vor dieser Talfahrt die Augen zu verschließen und sich weiterhin schlicht in Durchhalteparolen zu ergehen. Gefordert sind vielmehr effektive Hilfsmaßnahmen und ein tabuloses, ausschließlich am Wohl der Hauptschüler und Schüler der anderen Schularten orientiertes Ergründen und Erproben von Handlungsalternativen.*

Die kommunalen Landesverbände haben also eindeutig gefordert, dass Handlungsalternativen erprobt und entwickelt werden dürfen. Diese Forderung haben die kommunalen Landesverbände auch in die gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Kultusministerium zur Weiterentwicklung der Hauptschulstrukturen eingebracht. Nach zwei Sitzungen dieser gemeinsamen Arbeitsgruppe liegen deren Empfehlungen seit dem 1. März 2007 vor.

Trotz dieser ganz klaren Forderungen der kommunalen Landesverbände, aber auch vieler Kommunen im Land hat die Landesregierung, haben Sie, Herr Kultusminister Rau, darauf beharrt, dass die Hauptschule trotz sinkender Schülerzahlen als eigenständige Schulart in allen Teilen des Landes erhalten bleiben muss. Neue Schulmodelle oder gar integrative Schulmodelle werden überhaupt nicht zugelassen.

Meine Damen und Herren, mit dieser Blockadepolitik in Baden-Württemberg stellen Sie sich an den Schluss der bundesdeutschen Bemühungen zur Weiterentwicklung von Schul- und Unterrichtskultur und erweisen sich in Sachen Bildungspolitik endgültig als Anhänger eines anachronistischen Systems, das aus dem vorletzten Jahrhundert stammt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm  
CDU: Deswegen sind wir auch so schlecht, gell?)

Meine Damen und Herren, zwar haben die kommunalen Landesverbände erreicht, dass es Verbundschulen geben soll, Verbünde zwischen Hauptschulen und Realschulen. Aber auch da sind keine innovativen – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schulverbünde!  
Nicht Verbundschulen! Das ist etwas anderes!)

– Schulverbünde, ja, Kooperationen. Aber auch da sind keine integrativen Schulmodelle zugelassen. Daran zeigt sich, wie rückständig Sie in diesem Land sind. Denn am Beispiel der regionalen Schule, etwa in Rheinland-Pfalz, kann man ja erkennen, wie positiv es ist, wenn unter einem Dach Haupt- und Realschule eng in einem gemeinsamen Bildungsgang kooperieren, der die fünfte und sechste Klasse zusammenfasst und danach entweder profilorientiert oder integrativ zum Abschluss führt und sowohl den Hauptschul- als auch den Realschulabschluss ermöglicht. Dabei handelt es sich gerade nicht, wie Sie in den Empfehlungen schreiben, um ein absolutes Ver-

schmelzen. Es werden durchaus noch unterschiedliche Abschlüsse angestrebt. Aber die Kinder werden gemeinsam gefördert, sie werden individuell gefördert, und damit entsteht auch eine neue Unterrichtskultur, in deren Rahmen jedes Kind die Aussicht auf einen besseren Schulerfolg hat.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, das, was Sie zulassen, erweist sich für die Hauptschüler geradezu als problematisch. Wenn Sie jetzt sagen, in einem solchen Schulverbund könnten einzelne leistungsstarke Hauptschüler in die Realschule überwechseln – das konnten sie in der Vergangenheit übrigens ebenfalls schon; ich war an einer Realschule, und da habe ich das auch gelegentlich erlebt; das ist also nichts Neues –, und wenn Sie dies jetzt systematisch betreiben, dann bedeutet das in bildungspolitischer Hinsicht, dass die kleinen Hauptschulen auch noch ihre letzten Vorbilder und Motoren verlieren. Damit entsteht für die verbleibenden Schülerinnen und Schüler der Eindruck, sie seien nun diejenigen, die letzten Endes am stärksten ausgegrenzt würden. Und das bei diesen Schülern und Schülerinnen, die am meisten Unterstützung brauchen und die am dringendsten das Gefühl brauchen, gestärkt zu werden! Das ist bildungspolitisch fatal und schwächt ausgerechnet diejenigen, die in der Gesellschaft ohnehin die allergeringsten Chancen haben.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, alle weiteren zwischen den kommunalen Landesverbänden und dem Kultusministerium festgelegten Empfehlungen sind reine Notmaßnahmen und reine Flickschusterei, um die Hauptschule auf jeden Fall noch über einen gewissen Zeitraum zu retten. Das heißt, das sind lediglich lebensverlängernde Maßnahmen. Was an diesen Schulstandorten stattfinden wird, ist ein Sterben auf Raten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Lebensverlängernde Maßnahmen sind doch etwas Schönes!)

Ich will die einzelnen Maßnahmen einmal kurz benennen: das Hin- und Herschieben von Klassen zwischen einzelnen Standorten, Kleinsthauptschulen mit den Klassen 5 und 6 und Kleinsthauptschulen mit den Klassen 5, 6 und 7, dann wiederum winzige Außenstellen von Hauptschulen an anderen Standorten. Der Akzeptanzverlust wird hierdurch doch immer größer, und die Eltern werden noch mehr als schon bislang alles tun, damit ihre Kinder keine Verpflichtung für die Hauptschule bekommen. Das Sterben der Hauptschulstandorte wird weitergehen – trotz der Fusionen, die im ersten Jahr allerdings durch die verbleibenden Ressourcen versüßt werden, bevor dann auch diese Ressourcen abgebaut werden.

Schließlich, meine Damen und Herren, ist der folgende Gesichtspunkt für mich bildungspolitisch auch noch sehr wichtig: In diesen winzigen Standorten können nicht einmal mehr die pädagogischen Mindeststandards eingehalten werden. Schauen Sie sich eine Hauptschule mit den Klassen 5 und 6 an. Wo bleibt da die Fachlichkeit der Lehrkräfte? Was geschieht, wenn einmal ein Lehrer fehlt, wenn ein Kollege einmal eine Fortbildungsveranstaltung besuchen möchte? An diesen Standorten können überhaupt keine Profilierungen stattfinden.

(Renate Rastätter)

Hinzu kommt, dass die Hauptschüler in diesen Regionen unter Umständen vier Schulwechsel durchstehen müssen: den Wechsel von der Grundschule in die Hauptschule, nach den ersten beiden Hauptschuljahren den Wechsel zu einer weiteren Hauptschule, dann zu einer weiteren Hauptschule und schließlich möglicherweise noch den Wechsel zu einer Schule, in der sie das zehnte Schuljahr absolvieren. Gerade diese Schüler brauchen jedoch eine stabile Erziehungszeit und Förderzeit in der Schule.

Das heißt, diese Flickschusterei und diese Notmaßnahmen sind keine Lösungen. Wir brauchen neue integrative Modelle. Wir haben Ihnen heute einen Antrag hierzu vorgelegt, der begehrt, dass zumindest da, wo die Kommunen integrative neue Schulmodelle beantragen, diese Anträge auch genehmigt werden.

Sie wissen, wir Grünen streben die Basisschule an. Wir wissen, dass das schwierig sein wird. Wir müssen unterschiedliche Modelle erproben und entwickeln.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber nicht!)

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Bitte schön, Herr Kluck.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich möchte Sie außerdem darauf hinweisen, dass Sie allmählich zum Ende kommen müssen.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Ja.

**Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:** Frau Kollegin Rastätter, haben Sie Erkenntnisse darüber, dass in einer Schule, die ein Massenbetrieb ist, die Kinder mehr lernen als in einer überschaubaren Einheit?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Er hat es nicht verstanden! Es geht nicht um den Massenbetrieb! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich würde nur noch kluge Fragen zulassen!)

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Lieber Kollege Kluck, ich selbst habe an einer „Massenschule“, an einem Bildungszentrum mit 2 000 Schülern und Schülerinnen, unterrichtet, bevor ich in den Landtag kam. Ich bin eine entschiedene Gegnerin von solchen riesigen Schulen. Aber Sie haben mit diesem zersplitterten Schulsystem genau dies erreicht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Quatsch!)

Auf der einen Seite haben Sie gigantische Bildungszentren mit Realschulen und Gymnasien,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hauptschulen!)

und auf der anderen Seite haben Sie winzige Hauptschulen, die keine pädagogischen Qualitätsstandards gewährleisten können.

(Oh-Rufe von der CDU)

Wir wollen ein pädagogisches Schulsystem, das die Ressourcen gerecht einsetzt, das Schulen schafft, die zwei- bis dreizügig sind, die keine „Massenschulen“ sind. Das wird aber nur gehen, wenn wir in Richtung einer Basisschule gehen. Mit diesem hoch zersplitterten Schulsystem werden Sie genau diese Entwicklung, die wir haben, weitertreiben. Das wollen wir gerade nicht.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Schebesta das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es recht! – Abg. Jörg Döpper CDU: Jetzt, Volker!)

**Abg. Volker Schebesta CDU:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nach Begriffen wie „Erosion“, „Durchhalteparolen“, „sterben“ und vor allem „diejenigen, die übrig bleiben“

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– das war ein Zitat – halte ich es für notwendig, dass man hier einmal feststellt, dass in den Hauptschulen gute Arbeit geleistet wird

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

und dass die Lehrerinnen und Lehrer in einem nicht einfachen Umfeld Anerkennung für ihre Arbeit verdienen. Das betrifft nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer, sondern die ganze Schulgemeinde.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wieso bezahlt ihr die dann am schlechtesten? Die werden am schlechtesten bezahlt!)

Sie haben diese Begriffe an einem Tag gewählt, an dem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Artikel über den Wettbewerb um den Hauptschulpreis 2007, den die Hertie-Stiftung, die Robert Bosch Stiftung und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ausgeschrieben haben, steht. Unter der Überschrift „Kreative Hauptschulen“ heißt es dort im Untertitel: „Der Wettbewerb um den Hauptschulpreis zeigt Wege“. Da sind Ihre Begriffe völlig fehl am Platz.

Mitentscheidend ist die Orientierung auf den Beruf. Wir haben in unserer Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass wir darauf noch stärker unser Augenmerk richten wollen. Dazu werden wir auch weitere Vorschläge unterbreiten.

Weil Sie sagen, wir seien „das Schlusslicht in Deutschland“, „anachronistisch“ und „rückständig“, möchte ich ein Zitat aus diesem Artikel vortragen:

*Doch die Zweigliedrigkeit wird nicht dafür sorgen, dass Hauptschüler sich nicht mehr als Verlierer des Bildungssystems fühlen. Vielmehr entsprechen solche Schritte dem deutschen Hang, inhaltliche Fragen über Strukturmaßnahmen zu klären.*

Inhaltliche Fragen sind uns dabei viel wichtiger.

(Volker Schebesta)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Natürlich sind die demografische Entwicklung und die Übergangszahlen Herausforderungen insbesondere für die kleinen Standorte, an denen auch gute Arbeit geleistet wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und dass alle eine Lehrstelle bekommen!)

Der Herr Kultusminister wird ja im Anschluss für die Regierung sprechen. Er kann dann darlegen, ob Ihr Zitat vom Städtetag die Position der kommunalen Landesverbände – Sie haben eine Quelle vom Dezember zitiert – in der Arbeitsgruppe zur Zukunft der Hauptschulen gewesen ist oder ob die kommunalen Landesverbände, wie es mein Stand ist, mit diesen Empfehlungen einverstanden sind.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Es bleibt ihnen ja nichts anderes übrig!)

Ich will den kommunalen Landesverbänden ausdrücklich dafür danken, dass sie sich an vielen Standorten nicht aus der Schulträgerschaft verabschieden, sondern ein Interesse daran haben, diese Schulträgerschaft weiterhin mitzuentwickeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Für uns ist die wichtigste Frage: Was ist die beste Ausbildung und die beste Bildung für die Kinder? Wir glauben, dass wir gute Argumente für die Dreigliedrigkeit haben. Internationale Leistungsvergleiche zeigen uns, dass wir – im internationalen Vergleich – alle zusammen in Deutschland besser werden müssen. Wir haben uns dazu auf den Weg gemacht: Bildungsplanreform, Schulentwicklung, Sprachförderung.

Aber diese Studien belegen eben auch: Die dreigliedrigen Schulsysteme in Bayern und Baden-Württemberg haben deutschlandweit die besten Ergebnisse gebracht. Baden-Württemberg steigt bei der Kompetenzverteilung im Lesen auf dem höchsten Wert unter den Bundesländern überhaupt ein.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Aha!)

Das gilt auch für die Migrantenkinder. In nur drei Ländern erreichen die Kinder der Zugewanderten bessere Ergebnisse als die erste Generation der Zugewanderten – was als Integrationsindikator gilt –, und Baden-Württemberg gehört dazu. Auch das gehört zu der Wirklichkeit des dreigliedrigen Schulsystems.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich habe nur eine Redezeit von fünf Minuten, und ich würde gern noch etwas Redezeit übrig lassen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich wollte nur fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Nein, wir haben nur fünf Minuten Redezeit, und deshalb wünsche ich jetzt keine Zwischenfragen. Wir werden über die Hauptschule ja weiter debattieren, aber heute haben wir nur fünf Minuten pro Fraktion für diese Debatte. – Vielen Dank.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wird doch auf die Redezeit nicht angerechnet!)

Sie können deshalb aus diesen Zahlen keinen Honig für Ihre Bewertung ziehen. Wir wollen wohnortnahe Schulen, bestmögliche Bildung für unsere Kinder, und wir lehnen deshalb Ihre Vorschläge und auch Ihren Änderungsantrag, den Sie eingebracht haben, ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Prima!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Zeller das Wort.

**Abg. Norbert Zeller** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat möchte ich Herrn Schebesta zustimmen: Die Lehrkräfte an den Hauptschulen leisten gute und ausgezeichnete Arbeit,

(Beifall bei der CDU – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Da stimmen wir alle zu!)

und ich kann das beurteilen, weil ich selbst dort arbeite. Das will ich ausdrücklich unterstreichen. Trotzdem, Herr Schebesta, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen: Die Hauptschule ist ein Auslaufmodell.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es! – Zuruf von der CDU)

Auch wenn Sie es nicht begreifen wollen, sage ich Ihnen: Das, was jetzt an Handlungen von Ihrer Seite da ist, ist deswegen entstanden, weil immer weniger Schüler auf die Hauptschule gehen. Das ist der Grund. Während andere Schularten wie die Realschule und das Gymnasium sogar steigende Schülerzahlen haben, ist die Hauptschule seit Jahren eine Schulart, die zurückgehende Schülerzahlen hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten sie auch vor zehn Jahren nicht mehr haben!)

– Herr Röhm, bleiben Sie doch sachlich. Wir diskutieren hier doch sachlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie fordern seit Jahrzehnten genau dies!)

– Sie sollten Ihre Zwischenrufe einmal auf ihre Sachlichkeit hin überprüfen und sich weniger aufregen, dann wäre das eine viel bessere Diskussion.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben die Regionalschule schon vor sechs Jahren gefordert! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Herr Röhm, extra für Sie will ich Ihnen aus einem Schreiben des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds vortragen, das am 12. Dezember 2006 an alle Städte und Gemeinden gegangen ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es geht um Ihre Forderung!)

– Jetzt hören Sie doch einmal zu. Sie sind doch Lehrer, Sie wissen doch, dass man zuhören muss und erst danach reden darf.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man muss über das reden, was in der Vergangenheit gesagte wurde!)

(Norbert Zeller)

In diesem Schreiben heißt es, die Hauptschulen weisen

*landesdurchschnittlich die geringste Klassen- und Schulgröße ... auf. Ihr Sachkostenbeitrag übersteigt jenen der anderen allgemeinbildenden Schularten deutlich.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Weil sie uns etwas wert ist!)

– Jetzt hören Sie doch einmal zu, seien Sie nicht so aufgeregter! Ich weiß gar nicht, was Sie haben.

*Von ihrer Medienausstattung können Realschulen und Gymnasien in aller Regel nur träumen. Und mit ihren Innovationen sind sie vielfach pädagogische Vorreiter für alle anderen Schularten.*

Richtig, das können wir unterschreiben.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja, alles richtig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lesen Sie weiter, Sie können so schön vorlesen!)

Der nächste Abschnitt lautet:

*Beste Rahmendaten also für die Hauptschulen. Dennoch haben sie seit ihrer Einführung in den 1960er-Jahren hinsichtlich der Schülerzahlen permanent an Boden verloren. Daran vermochten auch viele gute und groß angelegte Stabilisierungsmaßnahmen des Landes im Dekadenrhythmus, zuletzt im Jahre 1996 in Gestalt des Programms „Impulse Hauptschule“, nichts zu ändern.*

Das ist genau der Punkt. Trotz vieler Bemühungen – –

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wer schreibt das?)

– Das ist der Städtetag. Herr Wetzel, der Städtetag schreibt das. – Diese Beschreibung ist richtig!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deshalb muss man sie auflösen, oder wie?)

– Das haben Sie bestritten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat niemand bestritten!)

Ich wollte Ihnen nur kurz darlegen, worum es geht. Es geht darum: Auch für Baden-Württemberg hat PISA bescheinigt – im Gegensatz zu Ihrer Darstellung, Herr Schebesta –, dass die soziale Herkunft in Baden-Württemberg extrem wichtig ist und über die Schulart und die Schulkarriere entscheidet. Das darf doch nicht sein.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Welche Studie zitieren Sie jetzt?)

Es geht darum, dass wir unsere Begabungsreserven ausschöpfen. Es geht darum, dass wir Chancengleichheit haben. Es geht darum, dass wir die Zahl der Bildungsverlierer reduzieren. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Metzger?

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Gern, da ich ja weiß, dass das nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Metzger.

**Abg. Oswald Metzger GRÜNE:** Herr Kollege Zeller, ich frage mit Ihnen natürlich den Falschen. Die Frage hätte ich dem Kollegen Schebesta gern gestellt, der eine andere Einschätzung hatte. Wie beurteilen Sie vor dem Hintergrund dieses Hochlobens der Hauptschule folgende Erfahrung? Gestern Nachmittag, ungefähr zu dieser Uhrzeit, besuchte eine Schulklasse aus der Hauptschule in Rosenfeld, Zollernalbkreis – das ist nicht mein Wahlkreis –, den Landtag.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber mein Betreuungswahlkreis!)

Das ist der Wahlkreis der Kollegen Haller von der SPD-Fraktion und Pauli von der CDU-Fraktion. Es waren 17 Hauptschüler der 9. Klasse. Zwei Hauptschüler aus dieser Klasse haben zum jetzigen Zeitpunkt eine Lehrstellenzusage. Die Schüler haben frustriert im Saal gegessen. Aus der gleichen Hauptschule waren gestern Vormittag 22 Schüler im Landtag, die in der Qualifizierungsklasse sind, also 9. Klassenstufe, die zehn Schuljahre absolvieren. Aussage der Lehrerin dieser Hauptschüler am Nachmittag: „Lehrstellen bekommen bei uns maximal noch die, die 9 + 1, den qualifizierten Hauptschulabschluss, machen, oder Realschüler. Wir gucken in die Röhre. Wir sind Auslaufmodell.“ Wie beurteilen Sie das, Herr Zeller?

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Vielen Dank, Herr Metzger. Ich kann Ihnen im Grunde genommen diese Einschätzung aus eigener Erfahrung nur bestätigen. An der Schule, an der ich arbeite – eine Hauptschule, 9./10. Klasse –, ist das Bild ähnlich. Von den Schülern dort haben die wenigsten Hauptschüler eine Lehrstelle gefunden. Diese Situation macht deutlich, dass es darum geht, alle gleichermaßen besser zu fördern. Dies zeigt uns, dass die Systeme, die eine gemeinsame Unterrichtung – mit Realschule und Hauptschule – haben, insgesamt die Kinder und Jugendlichen besser fördern können als unser gegliedertes Schulwesen. Deswegen ist das der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist doch das krasse Gegenteil der Studienergebnisse!)

– Wissen Sie, Herr Schebesta, wir werden ja hoffentlich im Ausschuss und anderweitig noch genügend Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren. Es ist schlichtweg falsch, was Sie sagen.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Im jüngsten Bericht des Aktionsrats Bildung – da sind Leute drin wie Prenzel und Lenzen, die Sie zur Anhörung hier hergeholt haben – steht auf Seite 147 erstens – ich zitiere –:

*Der Sekundarbereich I wird zweigigliedrig ...*

Das ist deren Forderung an die Politik. Zweitens:

*Die Überführung in den Sekundarbereich I findet nicht, wie bisher, nach dem vierten Lernjahr, sondern frühestens nach sechs Jahren ... statt.*

(Norbert Zeller)

(Abg. Volker Schebesta CDU: Warum habe ich jetzt nicht recht?)

Das heißt, Wissenschaftler, das Handwerk, Lehrerverbände, Städte und Gemeinden wollen ein anderes System, um die Schule im Dorf zu behalten. Und Sie wehren sich dagegen! Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie erkennen gar nicht, was draußen los ist. Reden Sie einmal mit Gemeinden! Ich könnte Ihnen jetzt x Gemeinden aufzählen, die alle sagen: Wir würden gern etwas anders machen, aber von der Schulverwaltung kommt dann sofort der Verweis: Das geht nicht, weil es im Schulgesetz nicht steht. Amtzell ist wohl die einzige Gemeinde, die das machen kann. Was in Amtzell richtig ist, kann doch in anderen Gemeinden nicht falsch sein. Deswegen fordern wir hier klipp und klar, dass Sie endlich diese Blockadehaltung aufgeben und Verbundschulen für Haupt- und Realschulen zulassen. Das ist das Minimum, was hier notwendig ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Keine Lösung für kleine Standorte!)

– Nein. Ich sage ja nicht, dass das für alle Standorte eine Lösung ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber für kleine auf keinen Fall!)

Es gibt aber auch andere Standorte. Es ist vielen Gemeinden schon gedient, wenn sie die 5. und 6. Klasse halten können. Diese idiotische Aufteilung nach der 4. Klasse stammt sowieso aus dem letzten Jahrtausend und lässt sich wissenschaftlich-pädagogisch überhaupt nicht rechtfertigen. Das ist der Punkt. Genau dagegen wehren Sie sich. Es ist nicht haltbar, was Sie hier vertreten. Das ist das Entscheidende.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold das Wort.

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann nur sagen – ich sage es immer wieder, und es besteht heute wieder eine Gelegenheit, es zu sagen –: Hören Sie von der Opposition endlich auf, die Hauptschule dermaßen schlechtzureden. Ich kann es nicht mehr länger hören.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: So ein Blödsinn! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir reden nicht die Hauptschule schlecht, sondern Ihr Handeln! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir reden über die Bildungspolitik für die Hauptschule!)

Frau Rastätter, mit Ihrer Polemik, bei der Sie hier Akademikerkinder gegen Hauptschulkinder ausspielen, ist uns auch nicht geholfen. Das bringt uns keinen Schritt weiter –

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

auch Ihre berühmte Regionalschule nicht, die Sie ja immer fordern.

Meine Damen und Herren, unser Schulsystem in Baden-Württemberg ist in hohem Maße leistungsfähig. Das wird von allen bisherigen – auch internationalen – Schulvergleichsuntersuchungen bestätigt. Ich möchte Ihnen mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten gern ganz bewusst ein Zitat aus der PISA-Studie des Jahres 2000 vorlesen. Dort steht auf Seite 427 folgender Satz:

*Offensichtlich variieren die durchschnittlichen Schülerleistungen in den verschiedenen Teilnehmerländern unabhängig von den Formen der Schul- und Unterrichtsorganisation.*

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Dieses Ergebnis, meine Damen und Herren, bestätigt Befunde, die uns auch ältere Untersuchungen geliefert haben. Bis heute ist kein Zusammenhang zwischen der Schulorganisation und den Leistungen der Schüler nachweisbar.

Eben ist von Herrn Zeller mit großer Verve Herr Prenzel zitiert worden. Auch ich möchte Herrn Prenzel einmal zitieren. Er sagte nämlich zur PISA-Studie 2003 – Ihr Herr Prenzel –:

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Ihr Herr Prenzel“!)

*Nüchtern betrachtet ist die Frage der Schulstruktur ein Faktor neben vielen anderen. Für den Erfolg gibt es in dieser Hinsicht kein Patentrezept. Jedes Land muss seinen Weg suchen.*

Und das tun wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Es ist völlig richtig: Wir haben aufgrund der demografischen Entwicklung zunächst einmal zurückgehende Schülerzahlen, und das betrifft in besonderem Maße und viel früher als erwartet die Hauptschule. Wir müssen reagieren; da stimme ich Ihnen ja voll und ganz zu.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie kann man nur so verbohrt sein! Das kann man nicht mehr anhören!)

Aber ich möchte eines zu bedenken geben: Sie haben im Jahr 2020 auch bei den Gymnasien einen Schülerzahlenrückgang um 20 %.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Bravo! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da machen wir dann die Einheitschule!)

Schauen Sie sich die Zahlen an. Es ist also zunächst einmal ein demografisches Problem.

Meine Damen und Herren, wir haben uns vonseiten unserer Fraktion intensiv Gedanken darüber gemacht, wie wir für die Hauptschule eine Zukunft schaffen können. Wir wollen die Hauptschule als Schulart in unserem Schulsystem erhalten.

(Dr. Birgit Arnold)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wir haben vor einiger Zeit unsere Vorstellungen in einer Pressekonzferenz der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Ich darf Ihnen drei Punkte, die uns sehr am Herzen liegen, noch einmal kurz erläutern.

Zum einen: Es ist völlig richtig – da stimme ich Ihnen, Frau Rastätter, voll und ganz zu –: Wir können auf die Dauer nicht jeden klitzekleinen Standort halten. Das ist ja mittlerweile Konsens in der Koalition. Das sieht unser Koalitionspartner auch nicht anders.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Das muss auch die SPD zur Kenntnis nehmen!)

Das heißt, wir müssen weg von der Standortsicherung um jeden Preis hin zu einer Standortoptimierung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese Standortoptimierung bekommen wir nur in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, mit den Schulträgern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Ernst Behringer CDU: Genau!)

Deshalb bin ich dem Ministerium sehr dankbar, dass es sofort nach Bekanntgabe der neuesten Prognose reagiert hat, das Gespräch mit den kommunalen Landesverbänden gesucht hat und – das Papier wurde ja zitiert – die ersten Ergebnisse jetzt vorliegen.

Es freut uns sehr – das möchte ich noch einmal kurz ausführen –, dass eine Reihe von Vorschlägen, die wir in unserem Papier gemacht haben, in diesem Eckpunktepapier aufgegriffen worden sind und realisiert werden sollen. Dazu gehört, dass Kooperationsformen, die es schon heute gibt, fortgeführt werden müssen – das ist gar keine Frage –, und dazu gehört auch, dass Kooperationsformen, die das Schulgesetz schon jetzt ermöglicht, noch viel stärker von den Schulen genutzt werden können, müssen oder dürfen. Auch das steht ja in dem Eckpunktepapier drin; das sieht das Ministerium mittlerweile auch so. Es wird weitere Kooperationsformen geben, die schon jetzt nach dem Schulgesetz möglich sind.

Hier bin ich Ihnen, Frau Rastätter, sehr dankbar, dass Sie das angesprochen haben. Das sehen wir genauso wie Sie. Oder war es Herr Zeller? Ich weiß es jetzt nicht mehr genau. Auch für uns ist es ganz, ganz wichtig, dass Realschulen und Hauptschulen, wenn sie das denn wünschen, in Zukunft vor Ort viel intensiver zusammenarbeiten können. Auch hier sind wir sehr froh, dass es erste Schritte in dieser Richtung geben wird, dass erste Schritte in dieser Richtung in dem Papier enthalten sind. Sie können das im Einzelnen nachlesen. Meine Redezeit reicht nicht aus, um das alles aufzuführen.

Wir wollen die beiden Bildungsgänge erhalten. Wir wollen auch die Abschlüsse von Realschule und Hauptschule erhalten. Aber wo es gewünscht wird, sollen die Schulen die Möglichkeit haben, ganz eng zusammenzuarbeiten, auch im Unterricht, wo das möglich ist, damit wir hier alle Ressourcen ausnutzen und damit noch viel mehr Hauptschüler als bisher einen mittleren Bildungsabschluss erlangen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ein weiteres wichtiges Mittel für unsere Standortoptimierung ist die Aufhebung der Schulbezirke. Meine Damen und Herren, die Schulbezirksgrenzen machen keinen Sinn mehr.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Wenn Hauptschulen ein eigenes Profil entwickeln sollen – das halten wir für sehr vernünftig und sinnvoll –, müssen wir die Hauptschulbezirke gemeindeübergreifend, notfalls auch kreisübergreifend aufheben.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das gilt auch für die Grundschulen!)

Auch dieser Gedanke ist in dem Eckpunktepapier enthalten. Er wird darin noch sehr vorsichtig aufgegriffen. Das Ministerium möchte weitere Schulversuche in dieser Richtung gestatten. Wir sagen: Herr Minister, haben Sie Mut! Sie sind auf dem richtigen Weg. Heben Sie die Schulbezirksgrenzen insgesamt auf! Der Mannheimer Modellversuch hat uns gezeigt, dass es für die Schüler etwas bringt, wenn sie wählen dürfen. Sie fühlen sich bestärkt. Es bringt etwas für die Schule, wenn sie eine enge Bindung zu ihren Schülern herstellen kann. Das ist für alle Beteiligten das Beste. Nur Mut! Heben Sie die Schulbezirksgrenzen auf! Das wünschen wir uns.

(Beifall bei der FDP/DVP – Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– Herr Präsident, darf ich auch etwas überziehen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ja natürlich. Sie haben Ihre Redezeit schon um eine Minute und 39 Sekunden überschritten.

(Heiterkeit)

Ich bin ja sehr geduldig. Die Debatte ist ganz wichtig. Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, dass Sie allmählich zum Ende kommen sollten. Sie dürfen ruhig noch ein bisschen reden.

(Zuruf: Sehr charmant! – Abg. Karl-Heinz Joseph SPD: Das bringt aber nichts!)

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Vielen Dank.

Ein letzter Punkt ist für uns sehr wichtig. Wir haben uns auch mit den kommunalen Landesverbänden zusammengesetzt; da wurde das auch thematisiert. Wir bekommen die Standortoptimierung nur hin, wenn die Schulträger, die Schulleitung und die Eltern nicht bestraft werden, wenn sie bessere Strukturen schaffen wollen. Sie müssen stattdessen belohnt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima! – Abg. Reinhold Gall SPD: Zu Recht!)

Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir gesagt: Lasst ihnen langfristig die Ressourcen – auch bei Zusammenlegungen. Auch hier geht das Ministerium erste Schritte in eine richtige Richtung,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Trippelschrittchen!)

(Dr. Birgit Arnold)

die wir voll und ganz unterstützen. Die Ressourcen werden zunächst zusammengetan. Sie werden nicht gleich gekürzt. Es ist ein wichtiges Signal an die Schulträger und Kommunen vor Ort, dass sie nicht bestraft werden, sondern zunächst einmal mit ihren Ressourcen weiterarbeiten können.

Ein letzter Satz, Herr Präsident. Wo ist er?

(Heiterkeit – Zuruf: Der sitzt hinter Ihnen! – Unruhe)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Hier!

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Den Satz hat sie gesucht! – Heiterkeit)

Ach so, den Zettel suchen Sie. Der Zettel ist bei Ihnen.

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Herr Zeller, wir wollen genauso wie Sie die Begabungsreserven der Hauptschule ausnutzen. Es sind einige da, wenn man einmal ein bisschen genauer hinschaut.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Deshalb brauchen auch Hauptschüler einen eigenen Lern- und Entwicklungsraum.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und Respekt!)

Wir wollen ihn erhalten. Wir sind sicher, das gelingt uns. Die Hauptschule hat eine Zukunft. Wir sprechen uns in zehn Jahren wieder.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta für die CDU-Fraktion.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Zeller, Sie haben in Ihrer Rede am Schluss den Eindruck erweckt, als ob Ihr Modell die Lösung dafür wäre, dass die Schule im Dorf bleibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja lachhaft!)

Das ist absoluter Unsinn. Wir waren gemeinsam bei einer Veranstaltung des VBE, wo Herr Dr. Rösner aus Dortmund referiert hat. Sie haben mir ein paar Mal zugerufen, ich solle mir gut merken, was er gesagt hat. Jetzt rufe ich Ihnen zu: Merken Sie sich gut, was er gesagt hat, als Sie nicht mehr da waren!

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Auf meine Nachfrage hat er ausgeführt, was die pädagogisch sinnvolle Größe einer Schule ist, wenn Haupt- und Realschule zusammengefasst werden oder Schule für alle gemacht wird: 100 Schüler pro Jahrgang bei der Zusammenfassung von Haupt- und Realschule und 125 Schüler bei der Schule für alle. Die Zahlen unserer Schulgrößen sind auch in der Stellungnahme zu dem Antrag der Grünen aufgeführt. Das heißt, dass wir ein massenhaftes Schulsterben haben würden, wenn wir diesen Weg gehen sollten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Das wollen sie ja! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Oh! Das ist ja grauenhaft!)

30 % der Hauptschulen haben weniger als 100 Schüler, aber nicht pro Jahrgang, sondern über die ganze Schule hinweg. Was glauben Sie denn, was bei den 1 200 Hauptschulen in Baden-Württemberg los wäre, wenn wir diesen Weg gingen?

Jetzt habe ich auch zeitlich überzogen. Aber Herrn Metzger möchte ich zu seiner Aussage

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nur, wenn der Präsident es gestattet!)

„Viele Hauptschüler der Klasse, die gestern hier im Landtag war, haben keinen Ausbildungsplatz“ noch sagen: Da ist jeder Einzelne für uns eine Herausforderung, dass wir den Schülerinnen und Schülern auf dem Weg zu einzelnen Ausbildungsabschnitten helfen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was für schöne Worte! – Abg. Reinhold Gall SPD: Von diesen Sprüchen haben die nichts! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wer aber glaubt, dass wir mehr Ausbildungsplätze oder mehr Arbeitsplätze haben, wenn wir Haupt- und Realschule zusammenfassen, dem muss ich sagen: Das ist doch blanker Unsinn.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn in Baden-Württemberg alles so schlecht wäre, dann hätten wir nicht die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Auch das gehört noch zu einer Antwort auf diesen Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Schebesta, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage? Das wird dann wohl eine Schlussfrage sein.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Wenn ich noch länger überziehen darf, ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Normalerweise rechnen wir das nicht mit ein. Sonst würde die Redezeit von fünf Minuten marginalisiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gütiger Präsident!)

Herr Abg. Zeller.

**Abg. Norbert Zeller** SPD: Herr Schebesta, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich vorhin ausgeführt habe – vielleicht ist Ihnen das entgangen; das räume ich durchaus ein –, dass es zum einen unser Ziel ist, eine möglichst wohnortnahe Schule zu erhalten, und zwar mit einem breiten Bildungsangebot?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit welcher Größe?)

(Norbert Zeller)

Zum Zweiten meinen wir, dass auch dort, wo die Schülerzahlen zu gering sind, wenigstens die Klassen 5 und 6 dieser Schulen zu erhalten sind.

Zum anderen: Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass Thüringen eine gemeinsame Unterrichtung von Haupt- und Realschülern vornimmt und mit diesem System sehr erfolgreich arbeitet?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die hatten nie Hauptschulen!)

Deswegen hat Thüringen bei der letzten PISA-Studie Baden-Württemberg sogar überholt. Würden Sie dies zur Kenntnis nehmen? Das betrifft die Glaubwürdigkeit der Effizienz von Verbundschulen bzw. Haupt- und Realschulen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Schebesta.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Zeller, ich nehme das zur Kenntnis.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis: Wenn Sie sich hier oder auch in öffentlichen Diskussionen hinstellen und erst aufzählen, wer alles die Schule im Dorf lassen will, und dann erzählen, wie Ihre Lösung dafür aussieht, dann sage ich Ihnen: Das ist nicht die Lösung für die Schule im Dorf. Unser Weg steht am ehesten für ein wohnortnahes Schulangebot.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Norbert Zeller SPD: Wir haben eigene Vorschläge gemacht! Sie haben ein selektives Wahrnehmungsvermögen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Landesregierung erhält Herr Kultusminister Rau.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wieder einmal ist die Hauptschule Gegenstand einer Debatte in diesem Haus. Wieder einmal läuten diejenigen, die die Debatte angezettelt haben, der Hauptschule das Totenglöcklein.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Angezettelt? – Abg. Norbert Zeller SPD: Ihre Bildungspolitik ist Gegenstand der Debatte!)

Bevor ich Ihnen die Argumente und die Taten der Landesregierung aufzeige, mit denen wir die Hauptschule stärken und fördern, lassen Sie mich eines sagen: Machen Sie sich einmal klar, was es für alle bedeutet, die in den Hauptschulen als Lehrerinnen und Lehrer arbeiten, für diejenigen, die dort in die Schule gehen, für die Schulleiter und für die Eltern dieser Hauptschülerinnen und Hauptschüler, wenn Sie hier permanent den Niedergang der Hauptschule verkünden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Entwürdigend, was da stattfindet! – Abg. Reinhold Gall SPD: Über die reden wird doch gar nicht! Wir reden doch über Sie!)

– Ach was! Hören Sie doch auf. Sie reden über die Hauptschule, und Sie fordern, dass die Hauptschule aufgehen müsse in einer wie auch immer gearteten größeren Einheitsschule.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Regionalschule!)

Das bedeutet Abwertung, Diskriminierung und Demotivation für die Betroffenen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo, Herr Minister! So kann es nicht weitergehen! – Zuruf von der SPD: Der Städtetag hat dies genauso erkannt!)

Mit dem Aufgehen der Hauptschule in einer Einheitsschule ist keinem einzigen Hauptschüler geholfen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Falsch! Falsch ist das!)

Denn auch wenn Sie diese Schulform abschaffen: Die Schülerinnen und Schüler können Sie nicht abschaffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Norbert Zeller SPD: Die kann man besser fördern!)

Deswegen müssen Sie sich um die kümmern, die in diesen Schulen sind,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann machen Sie das einmal und kümmern sich um diese Schüler!)

und können nicht so tun, als könnten Sie hier mit 40 Jahren Verzug wieder alte ideologische Diskussionen aufwärmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo, Herr Minister! – Gegenruf von der SPD: Will Herr Röhm etwas werden? Er klatscht besonders stark, wenn sein Chef redet! – Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Ursula Haußmann SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Ja. Ich habe ja keine Redezeitbeschränkung.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Noch nicht! Die Geschäftsordnungskommission überlegt sich solche Sachen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Zeller. – Danach folgt eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Norbert Zeller** SPD: Herr Minister, halten Sie angesichts Ihrer eben getätigten Aussagen das Land Thüringen, das Land Hamburg, das Land Schleswig-Holstein, den Bildungsrat, Herrn Schleicher und Herrn Prenzel für Ideologen?

(Unruhe – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Schleicher sagt doch eindeutig etwas anderes!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Wollen Sie die Wortmeldung von Frau Rastätter gleich dazunehmen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ja. – Bitte, Frau Abg. Rastätter.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ist das hier eine Mündliche Anfrage?)

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Kultusminister, ich möchte zu dieser Liste noch Frau Rita Süßmuth und Herrn Lothar Späth hinzufügen – dies nur zur Ergänzung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gewiss keine SPD-Mitglieder und auch nicht bei den Grünen!)

Ich möchte eine Frage stellen. Lieber Herr Kultusminister Rau, sind Sie bereit, bei diesem guten Angebot von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in Baden-Württemberg den Schülern und Schülerinnen bzw. deren Eltern eine freie Wahl der jeweiligen Schulform zu gewähren? Dadurch, dass wir ja so viele gute Hauptschulen in Baden-Württemberg haben, sollte man die Akzeptanz fördern, indem man einen freien Zugang gewährt und keine verpflichtende Grundschulempfehlung vorschreibt. Sind Sie bereit, diese freie Schulwahl zu gewährleisten, um damit tatsächlich die Akzeptanz aller Schularten zu fördern?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Ich will kurz antworten. Die Situation in den Bundesländern ist nicht dieselbe; sie ist grundverschieden. Es gibt eine Reihe von Ländern – dazu zählen die neuen Bundesländer –, die ein anderes Schulsystem hatten; sie haben deshalb kein dreigliedriges Schulsystem aufgebaut.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aus gutem Grund!  
– Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen war es so erfolgreich!)

In dieser Situation standen sie beim Aufbau dieses Schulsystems am Anfang.

Ich komme nun aber auf das Thema: Was passiert denn mit den vorhandenen Schülerinnen und Schülern? Sie sprechen immer nur von Schulformen. Ich rede über Schülerinnen und Schüler. Herr Schleicher – weil Sie danach gefragt haben, lieber Herr Zeller – ist ein Ideologe, der Wissenschaft einsetzt, um wissenschaftlich untermauert ideologische Aussagen treffen zu können.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Weil Ihnen seine Meinung nicht passt! So einfach ist es!)

Jetzt will ich etwas zu Frau Rastätter sagen. Liebe Frau Rastätter, wir unterstützen die Eltern ganz wesentlich, indem wir eine Empfehlung geben, die auf den Erfahrungen der Lehrerinnen und Lehrer mit den Schülerinnen und Schülern in der Grundschule aufbaut und die für die Schüler ein wichtiger Wegweiser ist. Dass sich die Eltern bei ihrer Entscheidung dieser Empfehlung in ganz großer Zahl anschließen, halte ich für einen Beleg dafür,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sind Sie bereit, die Verpflichtung abzuschaffen?)

dass dieses Instrumentarium vernünftig eingesetzt wird.

Ich will dort anschließen, wo ich vorhin aufgehört habe. Ich habe mit der Hauptschule begonnen. Ich will aber in diesem Zusammenhang auch über die Realschule sprechen, die Sie mit der Hauptschule zwangsfusionieren wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau so ist es! –  
Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das ist doch gar nicht wahr! Das will ich doch gar nicht!)

– Das wollen Sie doch! Sie wollen die Hauptschule und die Realschule zusammenlegen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein!)

Ganz eindeutig ist: Sie wollen zwei bei uns funktionierende Schularten auflösen und daraus etwas Neues, Drittes machen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich möchte alle Schularten gemeinsam haben!)

– Sie wollen alle zusammenlegen? Dann sind wir noch einen Schritt weiter.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Was Sie sagen, ist doch falsch!)

Zu dieser Zwangsfusionierung will ich sagen, dass von Ihnen dadurch eine gut funktionierende, allseits hoch anerkannte Schulart wie die Realschule ohne Not zur Disposition gestellt wird. Ich finde, dass das den Realschulen in keiner Weise gerecht wird und dass wir überhaupt kein Recht haben, diese Schulart aufzugeben, weil sie sehr gute Ergebnisse bringt. Ich zitiere Ihnen Herrn Lenzen, der zu den sieben Bildungsforschern gehört, die in der letzten Woche mit ihren Empfehlungen Furore gemacht haben.

(Zuruf von der SPD: Ideologie vor allem!)

Ich zitiere aus einem Interview in der „Zeit“, in dem er gefragt wird, ob man nicht alle Schulen zusammenführen müsste. Er hat gesagt: Nein, man sollte nicht eine funktionierende Schulform opfern, um Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Das sagt Lenzen. Wollen Sie etwa in Abrede stellen, dass die Realschule eine funktionierende Schulform ist? Das werden Sie doch sicher nicht tun wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir werden uns aufgrund der demografischen Entwicklung fragen müssen, wie wir ein wohnortnahes Angebot an Schulen flächendeckend sicherstellen können. Wir werden aber deshalb nicht denjenigen die Unterstützung und Förderung entziehen, die sie am dringendsten brauchen. Deshalb will ich mich nicht in Strukturdebatten verzetteln, sondern mich lieber auf die Entwicklung der Unterrichtsqualität konzentrieren.

Der vorliegende Antrag stellt ja Standortfragen. Deshalb will ich auf die demografische Entwicklung eingehen und Ihnen einige Fakten zum Rückgang der Schülerzahlen und die daraus folgenden Konsequenzen beschreiben, bevor ich dann zu konzeptionellen Fragen zur Hauptschule komme.

Die rückläufigen Schülerzahlen wirken sich bei den einzelnen Schularten unterschiedlich aus. Sie kennen die Situation an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien; sie ist hier auch schon referiert worden. Ich muss das nicht wiederholen.

Die Prognosen können jedoch nur Hinweise darauf geben, wie sich beispielsweise die Zahl der Schüler an Hauptschulen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen entwickeln wird. Eine direkte standortbezogene Prognose ist wegen möglicher klein-

(Minister Helmut Rau)

räumiger Bevölkerungsbewegungen nicht verlässlich zu erstellen. Deswegen ist klar: Der gesamte Prozess kann nur gemeinsam mit den Kommunen funktionieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!  
Sehr gut!)

Die Landesregierung hat deshalb die bekannten Rahmendaten zum Anlass genommen, um mit den Kommunen einen Prozess in Gang zu bringen, bei dem ganz klar war, dass alle am Tisch Sitzenden dafür kämpfen, dass den Kommunen möglichst viel Verantwortung für die Schulen verbleibt. Das heißt auch, wir wollen möglichst viele Schulträger erhalten. Es wäre doch Unfug, einer Konzentrationsbewegung das Wort zu reden, die dazu führt, dass sich einige Hundert Schulträger aus ihrer Verantwortung für die Bildungspolitik verabschieden können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben die Eckpunkte zur Sicherung der Standorte und zur Weiterentwicklung der Schulen festgelegt. Ich bin sehr froh, dass wir dabei von gemeinsamen Positionen ausgehen konnten. Die Verhandlungen verliefen nicht so, dass man mit Not einen Kompromiss gefunden hat.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aha!)

Es gab großes Einverständnis darüber, dass die Vielzahl der Standorte, auch von kleineren und mittleren Schulen im ländlichen Raum – gerade auch von Hauptschulen –, gehalten werden soll. Es gab auch große Einigkeit darüber, dass es dort, wo Hauptschulen und Realschulen relativ nahe beieinander liegen – am besten auf dem gleichen Campus –, keine Notwendigkeit gibt, sie an einer Kooperation zu hindern. Wir haben schon heute Schulverbände, und wir werden diese weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Gemeinsame Schulleitungen, gemeinsame Besprechungen in den Kollegien, Austausch von Lehrerinnen und Lehrern, gemeinsame Maßnahmen im Ergänzungsbereich, möglicherweise auch gemeinsame Unterrichtsangebote: Das ist alles möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber das wird eben nicht zum Prinzip erkoren, was zur Folge hätte, dass wir eine Vielzahl von Standorten, die für sich noch leistungsfähig sind und für den Standort wichtig sind, zerschlagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich will jetzt zu den Punkten kommen, die wir vorschlagen wollen, um die konzeptionelle Arbeit in den Hauptschulen weiterzuentwickeln. Die Landesregierung ist derzeit damit beschäftigt, eine Kabinettsvorlage zu diesem Thema zu erstellen. Diese ist noch nicht ganz abgeschlossen. Aber ich kann Sie schon einmal in die Werkstatt Einblick nehmen lassen.

Ich möchte Ihnen sagen: Wir haben in der Hauptschule meines Erachtens drei wesentliche Herausforderungen zu bestehen.

Die erste Herausforderung ist, dass wir Basiskompetenzen stärken müssen. Das ist die eine Voraussetzung dafür, dass die Schülerinnen und Schüler dann auch Verantwortung in einem Beruf übernehmen können.

Die zweite Herausforderung ist, dass wir frühzeitig gute Kontakte zwischen Schule, Schülern und dem Berufsleben herstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Denn so – das ist die dritte Herausforderung – stellt man die Anschlussfähigkeit her.

Deswegen haben wir vor, das Projekt „Schule und Beruf“, das wir gemeinsam mit dem Bildungswerk der baden-württembergischen Wirtschaft entwickelt haben und das wir in drei Regionen eingesetzt und wissenschaftlich evaluiert haben, an alle Hauptschulen zu bringen. Das werden wir im nächsten Jahr auch tun. Hier geht es um eine Stärkung der Kompetenzen in Mathematik und in Deutsch.

Ich nenne die Kompetenzanalyse. Wir wissen viel über das, was Schülerinnen und Schüler nicht können. Wir wissen zu wenig darüber, was sie können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Denn viele Jugendliche haben in der Schule – unabhängig von der Schulform – nachweisbare Lücken und Mängel. Aber sie haben alle auch Stärken, die in einem weiteren Lebensabschnitt für sie wichtig werden können:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

soziale Kompetenzen, handwerkliche Kompetenzen, Neugier, Neigungen. All das gehört in ein Kompetenzprofil hinein.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wir werden die Kompetenzprofilanalyse an den Hauptschulen verbindlich einführen. Wir haben dazu auch erhebliche Unterstützung von außerhalb. Die Bundesagentur für Arbeit ist hier, wie andere auch, an einer Zusammenarbeit interessiert.

Wir werden diese Kompetenzanalyse in der Klasse 7 vorsehen, weil dann die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, die Praxiszüge in den Klassen 8 und 9 so zu gestalten, dass sie wirklich an den besonderen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet werden können.

Dieser Dreiklang – Stärkung der Basiskompetenzen, Kompetenzprofilanalyse und die Stärkung der engen Verbindung zu den Unternehmen, zur Wirtschaft – ist die beste Voraussetzung dafür, die Anschlussfähigkeit der Schülerinnen und Schüler sichern zu können.

Sie tun immer so, als hinge das Ganze von Schulformen ab. Ich kann Ihnen nur sagen: Das zu Recht vielgerühmte Finnland, das in seinem Bildungswesen ja manches sinnvoll geordnet hat, hat eine Jugendarbeitslosenquote von 20 %.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

(Minister Helmut Rau)

Jetzt raten Sie einmal, wer dort übrig bleibt: Es sind diejenigen Schülerinnen und Schüler, die nicht so gut wie die Besten in diesen Schulen sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Es ist immer die Frage: Gibt es genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze? Diese Frage kann in der Tat die Schule, ob gegliedert oder Einheitsschule, nicht beantworten, sondern das entscheidet sich an anderer Stelle.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! –  
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Deshalb tun Sie bitte nicht so, als ob die Frage von Herrn Metzger im Schulwesen zu beantworten wäre. Es funktioniert nur dann, wenn wir wieder genügend Ausbildungsplätze haben.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das stimmt!)

Es gibt große Anstrengungen. Aber es gibt leider auch eine Bugwelle von Altbewerbern, die zu einem zunehmenden Problem werden.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Und was machen Sie da?)

Das hängt mit einem langjährigen Mangel an Ausbildungsplätzen zusammen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Und was machen Sie da?  
– Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das  
Bündnis ist gerade auf Bundesebene verlängert wor-  
den! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Was  
macht die Landesregierung?)

Ich will Ihnen sagen: Die Landesregierung, die Fraktionen, die diese Landesregierung tragen – das ist aus den Erklärungen deutlich geworden –, die kommunale Basis, sie alle stehen für die Hauptschule ein, für ein gegliedertes Bildungswesen, das an so vielen Orten unseres Landes wie möglich verankert ist.

Wir haben entscheidende Unterstützung vom Landesschulbeirat erhalten – ein Beratungsgremium, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen abgebildet sind. Der Landesschulbeirat hat vor wenigen Wochen ein Papier verabschiedet, in dem er sich ganz klar zur Weiterentwicklung der Hauptschule bekannt hat und auch Forderungen aufgestellt hat, auf die ich gerade mit diesen drei Ansatzpunkten teilweise eine Antwort gegeben habe. Wir sind uns einig, dass die Kompetenzanalyse die Voraussetzung dafür ist, dass die Schülerinnen und Schüler einen guten Weg machen können.

Wenn wir genügend Unterstützung für die Schulart Hauptschule haben und uns nicht immer anhören müssen, dass diese Schule am Ende sei, dann helfen wir den Jugendlichen, die diese Schulen besuchen, am allerbesten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1045, zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/519, abstimmen. Wer dem Änderungsantrag Drucksache 14/1045 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Kann ich davon ausgehen, dass der Berichtsantrag Drucksache 14/519 durch die Aussprache erledigt ist? – Das ist der Fall.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

### **Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Gesundheit in Europa – Drucksache 14/564**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, für das Schlusswort fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hoffmann für die Fraktion der CDU.

**Abg. Andreas Hoffmann** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 7. Mai 2003 haben wir uns hier an gleicher Stelle über das Thema „Gesundheit in Europa“ unterhalten. Ein Blick zurück ist angebracht: Was hat sich seit her verändert?

Am 1. Mai 2004 sind zehn weitere Staaten der EU beigetreten. Im Oktober 2004 wurde der vom Europäischen Konvent erarbeitete Vertrag einer Verfassung – bis heute leider nicht verabschiedet – in Rom unterzeichnet. Seit 2005 ist es den Bürgerinnen und Bürgern möglich, innerhalb der EU ärztliche ambulante Leistungen ohne vorherige Klärung mit ihrer Kasse in Anspruch zu nehmen. Ebenfalls im Jahr 2005 wurde die Regelung getroffen, dass EU-Bürger in anderen Staaten ins Krankenhaus gehen können, allerdings nur nach vorheriger Genehmigung. 2006 ist eine Dienstleistungsrichtlinie diskutiert worden, die intensiv beraten worden ist – auch der Landtag hat darüber gesprochen –, bei der dann die Gesundheitsberufe ausgenommen worden sind.

Was sich nicht geändert hat: Seit 2003 gibt es immer wieder Versuche der europäischen Ebene, im Bereich der Gesundheitspolitik verstärkt Einfluss zu nehmen und – das ist völlig eindeutig – in diesem Feld der Daseinsvorsorge eine Mitwirkung zu erlangen. Der vorletzte Versuch – ich habe es schon erwähnt – der Übernahme von gesundheitspolitischen Fragen war die Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie. Jetzt haben wir aktuell einen neuen Versuch. Dieser neue Versuch ist die sogenannte „Konsultation zu Gemeinschaftsaufgaben im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen“ vom September 2006. Eigentlich braucht man nur die Fragen zu lesen, die in diesem Papier stehen und die die Länder und wohl auch die Bundesregierung bereits beantwortet haben. Eine der Fragen heißt – ich nenne dies nur exemplarisch –: „Welche Bereiche sollen in die Zuständigkeit der Behörden welcher Länder fallen?“ Ist dies aber nicht eigentlich schon eindeutig geklärt? Wollen wir wirklich ernsthaft darüber diskutieren, ob andere Länder, sprich die Europäische Union, für die Organisation

(Andreas Hoffmann)

und für die Finanzierung unserer stationären Einrichtungen zuständig sein sollen? Ich denke, nein.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe hier im Saal bitten.

**Abg. Andreas Hoffmann CDU:** Ich finde, die Länder haben im Bundesrat sehr einheitlich und übereinstimmend eine sehr vernünftige Antwort auf diese Fragen gegeben. Die Länder haben betont, dass sie die alleinige Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten zur Ausgestaltung der Finanzierung und Organisation ihrer nationalen Gesundheitssysteme wollen und wünschen. Unsere Sozialministerin hat sich in den letzten Tagen ebenfalls mehrfach in diese Richtung geäußert.

Ich bin froh darüber, dass die Bundesregierung wohl bereit ist – in weiten Teilen hat sie das bereits getan –, die Vorschläge aus dem Bundesrat zu übernehmen. Ich will nicht verhehlen, dass wir nichts dagegen haben, wenn gemeinsame Strategien gegen bestimmte Volkserkrankungen miteinander ausprobiert werden, so z. B. beim Thema Alkoholmissbrauch, bei der HIV-Prävention oder bei der Suchtprävention. Das alles kann man miteinander machen, allerdings so, dass man sich darüber abspricht, und nicht in der Weise, dass die EU dies überstülpt.

Seit 2004 gibt es die Methode der sogenannten „offenen Koordinierung“. Das ist sozusagen das zweite Einfallstor der Europäischen Union, um im deutschen Gesundheitswesen und bei den anderen Staaten Einfluss zu erlangen. Für uns ist diese Methode der Koordinierung eigentlich ein Wettbewerbsinstrument – das wird die FDP freuen –,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Andreas, du hast ja so recht!)

eine Methode, die anhand des Best-Practice-Verfahrens dazu beitragen soll, festzustellen, wer im Gesundheitswesen die besseren Ideen hat. Die EU macht aber etwas ganz anderes daraus. Sie hat nämlich eigentlich vor, mit diesem Instrument eine Vereinheitlichung herbeizuführen.

Ich will die EU-Verfassung – noch nicht endgültig verabschiedet – zitieren. In diesem Verfassungstext kommt sage und schreibe 47-mal das Wort „Gesundheit“ vor. Das ist ja immerhin schon bedeutsam. Der eigentlich wichtigste Satz heißt:

*Bei der Tätigkeit der Union wird die Verantwortung der Mitgliedsstaaten für die Festlegung ihrer Gesundheitspolitik sowie die Organisation des Gesundheitswesens ... gewahrt. Die Verantwortung der Mitgliedsstaaten umfasst die Verwaltung des Gesundheitswesens und der medizinischen Versorgung sowie die Zuweisung der dafür bereitgestellten Mittel.*

Das ist alles richtig, und das gilt auch alles. Jetzt muss man sich aber fragen: Warum macht denn die Kommission in Gottes Namen ständig etwas anderes, als wir alle wollen und als die Mitgliedsstaaten miteinander vereinbart haben? Ich denke, auch da muss man – und daher die heutige Debatte im Rahmen unserer Großen Anfrage – immer wieder den Finger in die Wunde legen. Wie oft haben wir hier im Landtag schon über alle möglichen Politikbereiche diskutiert – und zwar hin-

terher, wenn die EU sich die entsprechende Kompetenz bereits genommen hatte – und haben bejammert und beklagt, dass wir nicht mehr zuständig sind! Deswegen wird die CDU dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzen lassen und immer wieder darauf aufmerksam machen. Noch sind wir zuständig, und wir sollten auch mithelfen, dass es so bleibt.

Wenn die EU ein gemeinsames Gesundheitswesen will, dann muss man sich ja schon fragen, wie dieses Gesundheitswesen funktionieren soll. Wir müssten uns auf ein gemeinsames Niveau einigen. Da muss man aber schon die Frage stellen, auf welchem Niveau wir uns denn bewegen wollen: auf deutschem Niveau mit einem guten Gesundheitswesen und mit optimaler Versorgung oder auf einem anderen Niveau, das garantiert niedriger ist als bei uns? Wenn man dies einmal vergleicht, dann geben die unterschiedlich hohen Lebenserwartungen ganz gute Auskunft über das jeweilige Niveau. Ich habe mir einmal die Lebenserwartungen in einem der Beitrittsländer angeschaut und festgestellt, dass in Rumänien die Männer mit durchschnittlich 68 Jahren und die Frauen mit durchschnittlich 75 Jahren sterben.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Sie kennen unsere Zahlen. Wir werden durchschnittlich 15 bis 20 Jahre älter. Ich sage ganz ehrlich: Das soll eigentlich auch so bleiben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir können aber nicht verhindern wollen, dass sie auch älter werden!)

Wir wollen sogar noch älter werden, und wir wollen nicht das rumänische Gesundheitswesen für die EU, sondern wir wollen eigentlich unser deutsches Gesundheitssystem behalten. Wir wollen also weder einen indirekten noch einen direkten Zugriff der EU auf das System haben. Die Bürgerinnen und Bürger sehen das übrigens ganz ähnlich: 27 % der Bürger finden, dass die EU zu Verbesserungen im Gesundheitssystem führen könnte, und 51 % sagen: Es kann nur schlechter werden; unser Gesundheitssystem ist besser.

Jetzt müssten wir über Binnenmarkt und über den Einfluss des Wettbewerbsrechts reden. Das will ich mir sparen. Vielmehr will ich einmal etwas Landesspezifisches zu diesem Thema beitragen.

Wir haben in der Antwort auf diese Große Anfrage wieder gelesen, dass es grenzüberschreitende Projekte gibt und dass sich unsere grenzüberschreitenden Gremien – Oberrheinkonferenz, IBK usw. – immer wieder mit Dingen befassen, die den Patienten einen Mehrwert bringen sollen. Nur darum kann es gehen. In Grenzregionen muss gemeinsam mit den anderen Staaten überlegt werden, was an den Schnittstellen für die Patienten auf beiden Seiten besser gemacht werden kann.

Hier hat die CDU-Fraktion drei Wünsche an das Sozialministerium, die sehr länderspezifisch sind.

Erstens: Wir würden uns wünschen, dass es vermehrt zu einer Kapazitätsabstimmung in Grenzregionen kommt, z. B. bei der Krankenhausplanung und bei der Nutzung von Großgeräten. Wenn man diese gemeinsam nutzt, sind sie besser ausgelastet. Die Mediziner sind dann in der Lage, mehr Patienten

(Andreas Hoffmann)

zu behandeln, und erwerben mehr Kompetenz. Und preiswerter ist das natürlich auch.

Zweiter Wunsch: Ein Aspekt fehlt völlig, und zwar auch in allen Bundesprogrammen. Wir haben in Baden-Württemberg einen sehr starken Rehabilitationsanteil. Andere Länder haben den nicht. Es wäre eine sehr eigene baden-württembergische Angelegenheit und ein sehr eigener Weg, wenn es uns gelingen würde, in den Grenzregionen für unsere Rehabilitationseinrichtungen im Land einmal einen Modellversuch durchzuführen. Wir alle kennen die Schweiz. Sie hat ein klasse Gesundheitssystem, aber ein schlechtes Rehabilitationssystem. Da gibt es Potenziale. Ich denke, in Frankreich ist das auch so. Liebe Frau Dr. Stolz, es wäre ein Wunsch der CDU-Fraktion, in diesem Punkt auch einmal einen Modellversuch durchzuführen. Ich denke dabei an Südbaden, aber auch an die Rheinschiene, wo solche Modelle funktionieren könnten.

Der dritte Punkt ist uns auch sehr wichtig: Die Europäische Union legt Jahr für Jahr Förderprogramme auf. Ich will Ihnen einmal eines davon nennen. Es gibt ein Förderprogramm mit dem Namen „Aktionsprogramm zu den Bereichen Gesundheits- und Verbraucherschutz 2007 bis 2013“. In diesem Programm sind 1,2 Milliarden € enthalten. Deutschland – auch Baden-Württemberg –, die Körperschaften, die Vereinigungen, die Universitäten wären imstande, dieses Angebot wahrzunehmen, und könnten diese Gelder abrufen, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind.

Die erste Bedingung ist: Man braucht eine Kofinanzierung. Je nachdem, welches Programm man fährt, sind das 30, 40 oder 50 %. Das halte ich für machbar.

Der zweite Punkt macht mir Sorgen: Kein Mensch im Land kennt diese EU-Programme, und deswegen stellt auch niemand Anträge dazu. Ich würde mir im Namen der CDU-Fraktion wünschen, dass diese EU-Programme im Bereich der Gesundheitswissenschaften noch stärker beworben werden – dass unsere Einrichtungen sich diese Informationen also nicht immer nur selbst besorgen müssen – und dass wir eine Möglichkeit schaffen, von diesen 1,2 Milliarden €, die wir in nicht zu geringen Teilen über unsere EU-Umlage zahlen, auch wieder Gelder nach Baden-Württemberg zu holen.

Wir haben tolle Hochschulen. Wir haben in Exzellenzuniversitäten bewiesen, dass die Themen Medizin, Medizinwissenschaft und Forschung hier in guten Händen sind. Ich denke, wir könnten in der EU dazu beitragen, dass mit diesen Geldern auch das eine oder andere Thema besser als bisher bearbeitet werden kann. Hierzu haben wir also den deutlichen Wunsch nach mehr Information, nach konkretem Aufmerksammachen auf diese Programme, sodass unsere Anbieter, unsere Wissenschaftler diese Programme auch nutzen können.

Vielen Dank für das Zuhören.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Haußmann.

**Abg. Ursula Haußmann SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch vor einigen Jahren haben wir

hier im Landtag Debatten geführt, in denen einzelne Redner das Ende des deutschen Sachleistungsprinzips oder unseres Krankenhausfinanzierungssystems durch die EU prophezeiten. Heute ist das beim Kollegen Hoffmann auch ein bisschen angeklungen. Ich nehme mit Genugtuung zur Kenntnis – ich sage das ganz deutlich –, dass Europa den Kernbestand unseres Gesundheitssystems nicht infrage stellt. Die Hoffnung der FDP/DVP,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Oh, was hoffen wir denn?)

über den Umweg Europa die Kernstrukturen unseres Gesundheitswesens auszuhebeln

(Oh-Rufe von der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das ist ja eher umgekehrt!)

– ich erinnere mich noch an manche Reden des Kollegen Noll – und die Kostenerstattung durch die Hintertür einzuführen, hat sich Gott sei Dank nicht erfüllt. Wir haben recht behalten. Europa stellt unser nationales Gesundheitswesen nicht grundsätzlich infrage.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das wird noch teuer!)

Lieber Kollege Hoffmann, wenn Sie die Drucksache mit der Antwort auf Ihre Anfrage auf Seite 5 noch einmal nachlesen, sehen Sie: Es gibt eine ganz klare Aussage der EU-Kommission. Ich zitiere:

*Gemeinschaftsmaßnahmen im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen zu treffen, bedeute nicht, dass die einzelstaatlichen Gesundheits- oder Sozialversicherungssysteme vereinheitlicht würden.*

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

*Die Leistungen der verschiedenen Gesundheits- und Sozialversicherungssysteme sowie deren Organisationen verblieben in der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten, im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip.*

Da kann ich Sie beruhigen:

(Abg. Andreas Hoffmann CDU: Die Theorie stimmt, die Praxis nicht!)

Es ist nicht daran gedacht, hier Baden-Württemberg ins Handwerk zu pfuschen. Da brauchen Sie keine Sorge zu haben. Wenn Sie die Frau Sozialministerin auf der dreitägigen Konferenz der EU-Gesundheitsminister in Badenweiler, die vor Kurzem stattgefunden hat, erlebt haben, dann haben Sie gehört, dass sie dort ganz klar ihre Position herübergebracht hat. Es kann eine Kooperation geben, z. B. – das ist auch sicher notwendig – eine Entwicklung von gemeinsamen Strategien für gesunde Ernährung. Übergewicht ist in allen europäischen Ländern ein Problem, mit all den Folgen für die Patientinnen und Patienten. Ca. 40 % der Krankheitskosten entstehen durch Übergewicht und falsche Ernährung, da kann es sehr wohl gemeinsame Strategien geben, die sich gegenseitig befruchten.

Ebenso – und das will ich hier an dieser Stelle auch sagen – begrüßen wir, dass die Gesundheitsdienstleistungen wegen ih-

(Ursula Haußmann)

rer Besonderheit aus dem Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgeklammert wurden. Das ist ein ganz großer Erfolg – das darf man an dieser Stelle auch einmal sagen – für die Berichterstatterin, die SPD-Europaabgeordnete Evelyn Gebhardt, die sich wahrhaftig ins Zeug gelegt hat, um Überzeugungsarbeit zu leisten.

Es ist sinnvoll – ich sage das ganz klar auch für die Zukunft –, dort, wo es Schutzzäune gibt, die Wettbewerb verhindern, gemeinsame Strategien zu entwickeln. Z. B. ist momentan auch das Mehrbesitzverbot bei Apotheken in der Diskussion. Überall da, wo wir mehr Effektivität für die Patientinnen und Patienten herausholen können, müssen wir zusammenarbeiten. Patientinnen und Patienten profitieren auch von diesen grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen. Wenn Sie mit Herrn Professor Forcher vom Heilbäderverband Baden-Württemberg e. V. reden, wird er Ihnen sagen, dass wir schon Patienten aus der Schweiz und aus Frankreich für die Rehabilitation bekommen, dass es hier einen regen Austausch gibt. Wir sind hier erst am Anfang, aber auch hier gibt es Einzelverträge mit den Verbänden, und ich denke, da lässt sich noch wirklich etwas entwickeln. Wir haben hier in Baden-Württemberg ein tolles Angebot. Warum sollen wir das nicht vermarkten?

Es ist zu begrüßen, wenn es eine Zusammenarbeit gibt, aber die Länder sollten ihre Zuständigkeit nicht verlieren, und dafür setze ich mich gern mit meinen Kollegen hier im Landtag ein.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Mielich.

**Abg. Bärbl Mielich** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich halte dieses Thema für ausgesprochen wichtig. Wir begrüßen als Grünen-Fraktion diese Große Anfrage sehr und finden auch die Antworten sehr informativ. Was mich aber wirklich sehr irritiert, Herr Kollege Hoffmann, ist, dass Sie die Antworten der Landesregierung – die nicht nur sehr informativ sind, sondern einen ganz klaren Tenor haben, nämlich dass Gesundheit in Europa erst einmal grundsätzlich positiv zu bewerten ist, dass dieses Verfahren der offenen Koordinierung ein sehr sinnvolles System ist, das auch in anderen Bereichen angewandt wird, und dass nicht befürchtet werden muss, dass es eine Vereinheitlichung des Gesundheitssystems in Europa geben soll; diese nationalen Besonderheiten sollen durchaus herausgestellt werden; das steht in der Antwort auf die Große Anfrage drin, herzlichen Dank dafür – irgendwie nicht zur Kenntnis nehmen. Sie bleiben mit Ihrer Rede in ganz erstaunlicher Weise der Bedenkenträger schlechthin. Mir kommt es so vor, als sei Europa für Sie erst einmal ein riesiges Schreckgespenst, das Einschränkung und vor allem Vereinheitlichung auf niedrigem Niveau bedeutet. Diese Auffassung teilen wir gar nicht.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Er hat Realitäten beschrieben und nicht Wünsche geäußert!)

Ich möchte noch auf ein paar Punkte eingehen, die gerade in Südbaden – Herr Kollege Fleischer, da kommen Sie ja auch

her – ganz besonders positive Auswirkungen haben, wenn es darum geht, die grenzüberschreitenden Verträge sowohl mit der Schweiz als auch mit Frankreich tatsächlich mit Leben zu erfüllen. Südbaden ist ja eine Modellregion, und ich kann sagen, dass beispielsweise die kleinen Krankenhäuser bei uns in Südbaden – ein Beispiel: Breisach – nur deshalb eine besonders gute Existenzsicherung haben, weil sie sich zunehmend auch für Patientinnen und Patienten aus Frankreich öffnen, die in zunehmendem Maße herüberkommen und sich gern in deutschen Krankenhäusern behandeln lassen.

(Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

Genau das, Herr Kollege Fleischer, ist ja nun verändert worden. Seit dem 1. Januar 2007 ist die Übernahme der Kosten deutlich erleichtert worden. Das heißt, dass diese grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung insgesamt deutlich verbessert wurde. Das bedeutet, dass wir gerade in den Grenzregionen – auch am Bodensee gibt es ja eine Menge solcher Einrichtungen – die Chance haben, einen neuen Wirtschaftsfaktor aufzumachen, indem wir sagen: Wir bekommen die Gesundheit grenzüberschreitend geregelt. Da bewährt es sich auch, dass wir ein ausgesprochen gutes Gesundheitssystem haben, das europaweit große Anerkennung findet.

Es ist eben schon einmal gesagt worden, dass wir es wichtig finden, dass Dienstleistungen im Gesundheitsbereich, aber vor allem auch im Pflegebereich aus der Dienstleistungsrichtlinie insgesamt herausgenommen worden sind, weil wir befürchtet hätten, dass es zu Qualitätseinbußen gekommen wäre, wenn wir uns gerade in diesen Bereichen dem europäischen Wettbewerb hätten stellen müssen.

Ich will noch auf zwei Beispiele eingehen, bei denen ich sowohl positive Aspekte als möglicherweise auch Schwierigkeiten sehe. Die eine Schwierigkeit, die ich in der Tat sehe, ist die Anwendung des Wettbewerbsrechts, des sogenannten Monti-Pakets, wenn es um die Kriterien für die Krankenhausfinanzierung geht. Das kann sich durchaus auf die Existenz kleiner kommunaler Häuser auswirken, weil die Gefahr besteht, dass sie dann nicht mehr existenzsichernd arbeiten können. Das sehen wir mit Sorge, weil das bedeutet, dass ein riesiger Wettbewerbsnachteil für kleine kommunale Häuser entsteht, da deren Defizite dann nicht mehr über die kommunalen Haushalte aufgefangen werden können. Dazu ist im Moment die Klage des Gesundheitskonzerns Asklepios beim Europäischen Gerichtshof anhängig. Wir erwarten mit Spannung das Urteil. Ich denke, wir werden noch einmal neu darüber diskutieren müssen, welche Konsequenzen das für die Krankenhausentwicklung in Baden-Württemberg hat.

Unterm Strich möchte ich noch einmal feststellen: Für uns nimmt die Gesundheit in Europa insgesamt eine positive Entwicklung. Für uns bedeutet es einen Qualitätsgewinn, vor allem wenn es um ganz konkrete Punkte wie die europäische Kinderarzneimittelverordnung geht, die jetzt ganz aktuell beschlossen worden ist und die fordert, dass alle Arzneimittel darauf getestet werden müssen, wie verträglich sie für Kinder sind. Das wünschen wir uns im Übrigen auch für die Arzneimittelprüfung, wenn es darum geht, zu untersuchen, wie Frauen Arzneimittel vertragen.

Insgesamt halte ich fest: Die Gesundheit in Europa bietet für uns die Chance, dass wir eine höhere Durchlässigkeit der Ge-

(Bärbl Mielich)

sundheitssysteme bekommen, dass es leichter wird, sich auch grenzüberschreitend behandeln zu lassen. Ich glaube, dass das ein Gewinn für unser Gesundheitssystem ist. Die Verschlechterung unseres Gesundheitssystem besorgen ganz andere. Das besorgt die Bundesregierung in Berlin.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/  
DVP: Oh!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Aus gegebenem Anlass habe ich mir gerade überlegt: Was stellt sich wohl eine Besucherin oder ein Besucher auf der Tribüne unter dem Debattenthema „Gesundheit in Europa“ vor, Kollege Hoffmann? Denn wir neigen ja dazu, eigentlich alles, was mit Europa zu tun hat, sehr verkopft zu diskutieren.

Lassen Sie mich deshalb einfach mit der Aussage beginnen, dass dieses zusammenwachsende Europa natürlich alle Lebensbereiche betrifft. Das reicht doch von kulturellen bis hin zu kulinarischen Übereinstimmungen. Letzteres ist übrigens auch ein Gesundheitsthema.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Denn wir wissen inzwischen: Mediterrane Kost ist durchaus gesundheitsförderlich. Kollege Lasotta, liege ich richtig? Sie dient der Herz-Kreislauf-Prävention.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das geht ja so weit, dass man sich im Sport- und Freizeitverhalten teilweise angleicht und dass manchmal wir Deutschen lernen, uns bei unserem Streben nach immer mehr Leistung, immer mehr Tempo – immer schneller, höher, weiter – vielleicht vom Süden, wo man sich auch einmal beim Boulespiel bewegt und trotzdem etwas für die Gesundheit tut, etwas abzugucken. – Das war eigentlich nur der Einstieg zu meinen Ausführungen.

Bitte schön, lieber Kollege Hoffmann: Auch mir schien die ganze Tendenz dieser Anfrage etwas sehr defensiv und wieder nach dem Motto zu sein: Oh, welches Schreckgespenst droht uns denn da, wenn Europa sich wieder einmischt! Ja, Kollege Hoffmann, ja, Kollegin Haußmann, ich stehe dazu: Die brauchen sich in unser Gesundheitssystem nicht auch noch einzumischen. Da habt ihr ja alle völlig recht.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Da habt ihr alle völlig recht. Es gibt Kompetenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik, da ist das etwas anderes. Aber wie wir unser Gesundheitssystem organisieren, das, bitte schön, soll unsere Aufgabe bleiben, auch hier im Land und im Bund.

Aber eines muss man schon sagen – und die Kollegin Mielich hat ja einen richtigen Satz gesagt –:

(Zurufe: Einen?)

Unser an sich gutes Gesundheitssystem, um das uns andere in Europa beneiden, wird ja von den derzeit Regierenden – und das sind nun einmal die Roten links und die Schwarzen rechts – leider in eine Richtung verändert, bei der wir uns in anderen europäischen Staaten angucken können, was daraus wird. Wenn wir einmal in die Schweiz schauen, lieber Kollege Hoffmann, sehen wir, dass die Menschen dort sehr stark bewegt hat, dass auch dort genau überlegt wird: Müssen wir unser System vielleicht ändern, weg vom wettbewerblichen System hin zu mehr Einheitlichkeit und damit auch mehr Bürokratie? Gott sei Dank gibt es in der Schweiz noch die Volksabstimmung, und die Leute waren so klug, zu sagen: Nein, ein Einheitskasensystem wollen wir nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Liebe Frau Mielich, ich glaube, wir sind uns da einig. Wir hätten vielleicht für die Gesundheitsreform, die in Berlin beschlossen wurde, auch eine Volksabstimmung gebraucht; da hätten bestimmt 80 % der Bevölkerung mit Nein geantwortet. So viel zu diesem Thema.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

Nächster Punkt. In der Tat geht die Leute die Frage an: Was bedeutet das denn für mich ganz praktisch? Bisher war es schon immer so: Wenn ich in den Urlaub fahre und es passiert mir etwas – wenn ich mir beim Skifahren einen Haxen breche oder mich in Südfrankreich beim Tauchen verletze –, wie ist dann meine Versorgung?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Was machen Sie alles im Urlaub?)

So, und da können Sie jetzt in der Antwort auf die Große Anfrage nachlesen, welche zwischenstaatlichen Vereinbarungen es gibt, dass es früher den Auslandskrankenschein gab und dass wir den jetzt durch eine elektronische europäische Gesundheitskarte abgelöst haben, die übrigens fast niemand kennt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was?)

– Liebe Kollegin Haußmann, haben Sie einmal erlebt, was passiert, wenn Sie im Ausland zum Arzt gehen und auf ein bestehendes zwischenstaatliches Abkommen hinweisen? Dann hören Sie: Ja, ist recht, mein Lieber bzw. meine Liebe. Ich mache das, aber du bekommst dann eine Rechnung, und bitte bezahl es gleich, weil ich es sonst nicht machen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Also, Lebenswirklichkeiten sind halt manchmal anders als zwischenstaatliche Abkommen.

Damit bin ich beim nächsten Thema: Liebe Kollegin Haußmann, Sie haben ja recht, dass ich der Meinung bin, dass, wenn man zu sehr regulierte Systeme nebeneinanderstellt, das gemeinsame Zusammenleben, gerade auch wenn es um Gesundheit geht, zunehmend schwieriger wird. Da ist nun einmal die Kostenerstattung die praktikablere Lösung und besser als unser hochbürokratisches Sachleistungssystem, was natürlich den französischen Arzt überhaupt nicht kümmert, wenn ein deutscher Patient kommt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Dr. Ulrich Noll)

Deswegen geht es nicht um Angleichung, sondern – und das ist mir wichtig – um Kompatibilität der Systeme, sprich darum, dass für die Bürgerin und den Bürger klar ist – und zwar nicht nur, wenn er oder sie im Urlaub ist; es kommt ja zunehmend auch vor, dass unsere Kinder mehrere Jahre lang in London oder Paris arbeiten, die dann nach wie vor bei der AOK oder wo auch immer versichert sind, aber im Ausland regelmäßig zum Arzt müssen –, dass ganz praktikable Lösungen gefunden werden müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Da, glaube ich, können wir durchaus jeweils von den Nachbarn lernen.

Übrigens, ein Effekt, von dem mir die Leute dann immer erzählen, wenn sie im Urlaub beim Arzt waren und sie dann die Rechnung zahlen mussten, ist, dass sie oft bass erstaunt sind, wie relativ günstig und doch qualitativ gut die Versorgung in diesen Ländern ist.

(Zustimmung der Abg. Heiderose Berroth FDP/  
DVP)

Ich hoffe, ich konnte ein bisschen dazu beitragen, dass wir nicht immer so überheblich meinen, bei uns sei stets alles allerbestens geregelt, weil wir es ganz bürokratisch und ganz genau geregelt haben. Wir sollten auch im Gesundheitsbereich ein bisschen mehr von anderen Ländern lernen und uns das Gute, das sie haben, anschauen, ohne uns auf ein Niveau drücken zu lassen, welches wir in der Tat nicht wollen. Abschließend will ich dennoch sagen, lieber Kollege Hoffmann – selbstverständlich kann keine Rede davon sein, dass wir unsere durchschnittliche Lebenserwartung der rumänischen angleichen –, dass wir durchaus akzeptieren und ein Stück weit auch mithelfen sollten, dass etwa die Lebenserwartung in Rumänien steigt. Vor diesem Hintergrund können nicht nur wir in der Bundesrepublik, sondern alle Europäer vielleicht die berechtigte Hoffnung haben, dass dieses Zusammenwachsen in allen Bereichen für alle von Vorteil ist, und damit können wir auch mehr Akzeptanz für die Idee eines gemeinsamen Europas in allen Bereichen schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Stolz.

**Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema Gesundheit beschäftigt nicht nur uns hier im Land, sondern auch die Europäische Union. Das haben wir in den letzten Monaten besonders deutlich daran gesehen, dass sich die EU-Kommission zu den Themen Alkohol und Rauchen in Form einer Mitteilung und eines Grünbuchs, also in Form einer Meinungsäußerung, zu Wort gemeldet hat. Diese Themen betreffen in unserem Land viele Menschen und haben daher auch für das entsprechende Medieninteresse gesorgt.

Durch die Meinungsäußerung der EU-Kommission haben die einen Hoffnung geschöpft, dass sie in ihrer Interessenlage von Brüssel unterstützt werden, und die anderen haben die Sorge empfunden, dass ihr Leben von Brüssel aus schleichend ein-

geschränkt wird. Die Landesregierung nimmt diese Hoffnungen und Sorgen der Menschen sehr ernst.

Die Landesregierung prüft grundsätzlich alle Brüsseler Aktivitäten gründlich und bezieht dazu auch Stellung. Um ihre Auffassung in den europäischen Prozess einzubringen, stehen der Landesregierung verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, die sie auch nutzt. Das ist zum einen die Beschlussfassung im Bundesrat. Zum anderen gibt es natürlich noch schriftliche Bitten an die Bundesregierung, sich in einem bestimmten Sinn zu den Brüsseler Aktivitäten zu äußern. Außerdem gibt es Ministerkonferenzbeschlüsse, die sich in der Regel ebenfalls an die Bundesregierung richten; sie können aber auch direkt der Kommission zugeleitet werden.

Wir sind uns innerhalb der Landesregierung darüber einig, dass bei allen Vorschlägen aus Brüssel, auch wenn es nur Meinungsäußerungen sind, geprüft werden muss, ob die EU auf diesem Gebiet wirklich Kompetenzen hat und ob das, was sie vorschlägt, tatsächlich die Mitgliedsstaaten in ihrer Politik unterstützt, wie es im EG-Vertrag heißt.

Mit den Fragen zu den Gesundheitsdienstleistungen wurde ein sehr aktuelles gesundheitspolitisches Thema angesprochen. Im November 2006 hat Baden-Württemberg aktiv an einem Bundesratsbeschluss zu dieser Konsultation mitgearbeitet. Am 8. März 2007 hat die Gesundheitsministerkonferenz auf Veranlassung von Baden-Württemberg die wesentlichen Länderinteressen zu diesem Thema durch einen einstimmigen Beschluss noch einmal auf den Punkt gebracht: Die Bundesregierung wird aufgefordert, die zentralen Forderungen der Länder bei den jetzt im April und im Mai anstehenden Beratungen auf EU-Ebene zu vertreten.

Die Absichten der EU-Kommission im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen stellen das wichtigste legislative Projekt der europäischen Gesundheitspolitik in den nächsten Jahren dar. Es geht um die Frage, wie die zunehmende berufliche und private Mobilität der Menschen in den Gesundheitssystemen der EU-Mitgliedsstaaten begleitet wird.

Ein erster Erfolg war, dass die Gesundheitsdienstleistungen aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie herausgenommen und gesondert betrachtet werden. Die Länder sind der Auffassung, dass die Gesundheitsdienstleistungen ein fester Bestandteil des sogenannten europäischen Sozialmodells sind und daher mit besonderer Umsicht zu gestalten sind. Sie sind Teil von sensiblen Finanzierungssystemen, in denen die Qualität – das ist schon angesprochen worden – eine besondere Rolle spielt. Diese Qualität wollen wir im Interesse der Menschen unbedingt erhalten.

Weiter haben die Gesundheitsminister der EU-Kommission angeboten, die Erfahrungen der Länder auf dem Gebiet der Folgenabschätzung und der Kosten durch die Umsetzung von EU-Vorgaben zu nutzen. Wir wollen ausufernde Berichtspflichten vermeiden. Denn die damit verbundene Bürokratie schwächt Europa. Wo Transparenz notwendig ist, sind wir natürlich bereit, sie herzustellen.

Mit den kommunalen Landesverbänden stehen wir hinsichtlich der Auswirkungen des europäischen Beihilferechts auf die Krankenhäuser im Land im Dialog. Das wurde auch schon angesprochen. Hierüber hat der Landkreistag dem Europaausschuss des Landtags in der letzten Woche berichtet.

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Wir haben gegenüber Brüssel deutlich gemacht, dass allein die Mitgliedsstaaten für die Ausgestaltung und Finanzierung ihrer nationalen Gesundheitssysteme zuständig sind. In Grenzregionen können wir auftretende Probleme allerdings sehr gut bilateral lösen. Das zeigt auch das neu geschaffene Rahmenabkommen mit Frankreich oder auch das Projekt der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im Raum Lörrach/Basel. Hierüber haben wir in unserer Antwort auf die Große Anfrage berichtet. Ich denke, das entspricht auch den Wünschen, die Herr Abg. Hoffmann an die Landesregierung gerichtet hat. Das Abkommen mit Frankreich haben wir dem Landtag im November 2006 vorgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Quintessenz lautet für mich: Wir brauchen Europa nicht zu fürchten, aber wir müssen Europa aktiv mitgestalten. Europa bietet uns in vielen Bereichen große Chancen, z. B. einen verbesserten Schutz vor Gesundheitsgefahren, die bekanntlich nicht an Ländergrenzen haltmachen. Auch bei der Qualität und der Sicherheit von medizinischen Produkten kann Europa helfen.

Solange unsere nationalen Systeme nur koordiniert und nicht harmonisiert werden, sehe ich keinen Grund für Alarm.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Für eine Harmonisierung wäre auch gar keine Grundlage vorhanden. Die Unterschiede in der Organisation und der Finanzierung der Gesundheitssysteme der EU-Mitgliedsstaaten sind so groß, dass Harmonisierungsbestrebungen zum Scheitern verurteilt wären. Es gibt auch keine Äußerungen der EU-Kommission, die in diese Richtung deuten würden.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD und Michael Theurer FDP/DVP)

Lassen Sie mich zum Abschluss – um den Bogen etwas weiter zu spannen – noch darauf hinweisen, dass wir auch auf dem Gebiet des Nichtraucherschutzes

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Oh!)

nicht erst durch die EU aktiv geworden sind.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Italien lässt grüßen!)

Unser Gesetzentwurf zum Nichtraucherschutz liegt vor. Die Länderabstimmung soll am 22. März in der Ministerpräsidentenkonferenz zum Abschluss gebracht werden.

Wir müssen den Menschen zeigen, dass es im ureigenen Interesse der Länder und der Mitgliedsstaaten der EU liegt, die gesundheitlichen Belange ihrer Bürgerinnen und Bürger zu wahren.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Durch die Aussprache ist die Große Anfrage erledigt.

Damit ist auch Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

### **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Justizministeriums – Strafvollzug bei Sexualstraftätern – Drucksache 14/595**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sakellariou für die Fraktion der SPD.

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag meiner Fraktion vom November letzten Jahres hat sich schon rentiert,

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

denn heute Nacht um 3:20 Uhr ist über die Landespressekonferenz eine Ankündigung des Justizministers über den Ticker gelaufen, in der erklärt wurde: Herr Ulrich Goll will die Triebtäter im Gefängnis künftig früher therapieren. Meine Hochachtung! Wenn ich daran denke, dass Sie seit dem Jahr 1996 – mit einer kurzen Unterbrechung – im Amt sind, dann war das genau der richtige Zeitpunkt – nur etwas verspätet.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit der Abg. Ute Vogt SPD – Abg. Ute Vogt SPD: Im elften Jahr!)

Meine Damen und Herren, der Ausgangspunkt unserer Anfrage war zunächst, dass sich natürlich immer mehr Eltern erhebliche Sorgen machen, weil die Zahl der Sexualstraftaten und natürlich die mediale Berichterstattung darüber ganz erhebliche Ängste auslösen. Immer wieder hören wir von grausamsten Sexualdelikten – auch an Kindern. Es bleibt dabei – die Zahl ist immer noch dieselbe –: Alle 20 Minuten wird in Deutschland ein Kind sexuell missbraucht. Alle 20 Minuten! Das ist eine Größenordnung, die zwar leicht nach unten geht, die uns aber die Dramatik dieser Geschichte vor Augen führt.

Wir müssen schon auch feststellen – das gehört zum Gesamtbild –, dass die Zahlen insgesamt zurückgehen. 1979 gab es 13 Sexualmorde an Kindern, im Jahr 2005 waren es nur noch vier – „nur noch“ ist natürlich in Anführungsstriche zu setzen. Im Jahr 1955 gab es 32 Fälle von Kindesmissbrauch auf 100 000 Einwohner. Diese Zahl ist im Jahr 2005 auf 17 Missbrauchsfälle pro 100 000 Einwohner zurückgegangen.

Wir müssen auch konstatieren, dass die Rückfallquote bei Sexualstraftätern mit 20 bis 30 % erheblich niedriger ist als bei sonstigen Straftätern. Das ist wohl wahr. Jeder Fall ist aber eine Katastrophe. Der Anteil an Rückfalltätern ist deswegen so interessant – das war das Motiv dieser Anfrage –, weil wir dieser Personengruppe ja schon habhaft waren; wir hatten sie ja schon einmal. Diese Personen hatten die Möglichkeit, therapiert zu werden; sie hatten die Möglichkeit, beobachtet und begutachtet zu werden. Darauf ist unser besonderes Augenmerk zu richten. Uns geht es nämlich nicht um den Personenkreis, der sich ohnehin dauerhaft sicherungsverwahrt im Strafvollzug befindet – dieser Personenkreis ist außen vor. Es geht um den Personenkreis, der wieder entlassen werden muss, weil es rechtlich gar nicht anders möglich ist oder weil es sich um Ersttäter handelt.

(Nikolaos Sakellariou)

Herr Minister, ich will Ihnen ausdrücklich in dem recht geben, was Sie in Ihrer Pressemitteilung von heute Nacht gefordert haben. Sie haben gefordert, auch bei Ersttätern die Sicherungsverwahrung anordnen zu können. Ich meine, das ist eine absolut sinnvolle Maßnahme. Denn wir können es uns nicht erlauben, Leute, die schon bei der ersten Tat in besonderer Form grausam oder rücksichtslos gewesen sind, nicht auch von vornherein mit einer Sicherungsverwahrung zu belegen. Ich meine, das ist eine richtige Maßnahme, die von uns auch unterstützt werden muss.

(Beifall bei der SPD)

– Sie bekommen hierfür sogar von meiner Fraktion Applaus, aber nur deswegen, weil wir in diesem Punkt wirklich einer Meinung sind.

Der Personenkreis, um den es sich bei uns dreht, ist auf der letzten Seite Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag im Einzelnen herausgearbeitet worden. Es geht um den Personenkreis, der bereits inhaftiert war und schwere Sexualdelikte begangen hat. In dem Zeitraum, auf den sich die Anfrage bezieht, handelt es sich um 65 Personen – um 65 Fälle schwerer Sexualstraftaten –, deren Strafe zur Bewährung ausgesetzt worden ist. 61 dieser Personen bekamen einen Bewährungshelfer gestellt. Von diesen 61 Personen – es ist immer besser, das Ganze an Personen festzumachen – sind 39 in der Bewährung wieder straffällig geworden. Bei 23 Personen – wie gesagt: schwerste Sexualdelikte – ist die Bewährung widerrufen worden, weil sie erneut wegen eines schweren Sexualdelikts bestraft worden sind.

Vor diesem Hintergrund und nur vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob das Land Baden-Württemberg wirklich alles getan hat. Das ist die Intention dieses Antrags gewesen.

Ich will mit drei Punkten ins Einzelne gehen.

Punkt 1: Wenn wir schon solche Straftäter haben, stellt sich die Frage: Haben wir dann ausreichend Sozialtherapieplätze im baden-württembergischen Strafvollzug? Der heutige Stand hinsichtlich der Sozialtherapieplätze ist derselbe wie vor 25 Jahren. Noch im Jahr 2003 hat Ihre Nachfolgerin und Vorgängerin im Amt hier an dieser Stelle gesagt: „Machen Sie doch nicht so ein Theater; wir haben doch demnächst den Neubau in Offenburg, und dann haben wir 60 Plätze.“ Das war im Jahr 2003. Jetzt haben wir das Jahr 2007. Ich bin mir sicher: Herr Minister, Sie werden sich nachher wieder hinstellen und sagen: „Was wollen Sie denn überhaupt? Wir bauen doch in Offenburg, und dann kommen diese 60 zusätzlichen Plätze.“

Im Moment ist das Problem aber – das sei allen ins Stammbuch geschrieben –: Aus dem Kreis der Personen, die erhebliche, brutale sexuelle Gewalthandlungen begangen haben, befinden sich in Baden-Württemberg 50 Personen auf der Warteliste. Aktuell warten 50 Personen auf einen Therapieplatz. 60 % dieser Personen haben schwerste Sexualdelikte begangen. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Ich habe gerade davon gesprochen, dass wir uns diesen Personenkreis, den wir schon inhaftiert haben, schnappen müssen. Wir können es uns jedenfalls nicht leisten, 50 Personen, die wir dringend und unbedingt behandeln müssen, auf einer Warteliste zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Der nächste Punkt betrifft die Frage der Nachsorge. Die Nachsorge ist genau unser Hauptproblem. Auch in der Pressemitteilung wird angedeutet, dass sich in diesem Bereich wohl etwas ändern soll. Es geht nämlich darum, dass die Einbindung von Bewährungshelfern frühzeitig stattfindet, bevor die Entlassung, die stattfinden muss, erfolgt. Das funktioniert seit geraumer Zeit auch sehr viel besser. Jetzt kommt aber das Problem der Betreuungsdichte. 30 % der Sexualstraftäter, die wieder rückfällig werden, werden im ersten Jahr nach der Entlassung rückfällig. Das heißt: Die Nachsorgebetreuung erfordert, dass direkt im Anschluss an die Entlassung, nach einer Behandlung im Vollzug, eine wirklich engmaschige Betreuungsdichte vorhanden ist.

Derzeit haben wir in Baden-Württemberg die Situation, dass ein frisch entlassener Sexualstraftäter von seinem Bewährungshelfer in einem Rhythmus von 14 Tagen bis einem Monat besucht wird. Das ist bei Weitem nicht ausreichend. Wir brauchen nach der Entlassung von solchen Leuten ein Kontrollsystem über zwei Tage hinweg. Wir müssen doch wissen, mit welchen Figuren diese Leute wieder Umgang haben, ob sie Kinder um sich haben, welche Zeitungen sie lesen. Es muss auch die Möglichkeit bestehen, Hausbesuche zu machen. Das kostet, mit Verlaub, eben auch Geld. Das bringt natürlich auch Personalkosten mit sich. Aber an dieser Stelle kann man nicht sparen, jedenfalls dann nicht, wenn man die Probleme und die Ängste der Eltern, die sich an dieser Stelle zu Recht große Sorgen machen, ernst nimmt.

Meine Damen und Herren, es geht darum, die Rückfallquote zurückzuführen. Dazu gehört auch die Führungsaufsicht. Die Führungsaufsicht ist eine Bundesaufgabe, und die Bundesjustizministerin will diese Aufsicht zu Recht verschärfen – also Überwachung und Betreuung von Straftätern nach Verbüßung ihrer Haftstrafe.

Aber die Ausgestaltung, die Frage nach den Standards dieser Führungsaufsicht müssen nun wir mit unseren Landesmitteln angehen. Dabei bitte ich darum, sich genau daran zu orientieren: Wenn gerade aus diesem Personenkreis jemand entlassen wird, muss er ab dem Entlassungszeitpunkt so engmaschig wie möglich, so nah wie möglich beobachtet und betreut werden und müssen ihm vor allem Auflagen erteilt werden, damit wir in diesem Bereich so wenig Straftaten wie möglich zu verzeichnen haben und wirklich sagen können: Wir haben alles getan, was getan werden kann.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Zimmermann für die CDU-Fraktion.

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Volk spricht oft eine deutlichere Sprache als wir Politiker.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: „Wir sind das Volk“, oder wie?)

– Wir wollen einmal sehen, ob ich Ihnen, Herr Oelmayer, diese Worte in den Mund legen darf. Es wird nämlich vom lebenslangen Wegsperrern gesprochen. Es wurde ja gerade auch gesagt, dass dies bei den Sicherungsverwahrten der Fall ist.

(Karl Zimmermann)

Es wird auch – das war erst diese Woche im „Focus“ aufgrund einer Umfrage zu lesen; erlauben Sie mir das Wort – von „kasstrieren“ gesprochen. Es wird sogar von Forderungen nach der Todesstrafe gesprochen.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

– Das ist in der Umfrage so festgestellt worden. Man solle eine entsprechende Grundgesetzänderung herbeiführen und gegen Personen, die schwere Sexualverbrechen begehen, gegen Kindesmörder die Todesstrafe verhängen.

Insofern, Herr Sakellariou, auch wenn der Antrag nicht von Ihnen selbst, sondern von Ihrer Fraktion eingebracht wurde, ist es gerade im Hinblick auf die Taten, über die heute in den Medien berichtet wird, vielleicht gar nicht so schlecht, wenn wir das Thema auch hier im Landtag behandeln.

Wir hatten hier im Plenarsaal vor wenigen Tagen eine Anhörung zum Thema „Konsum und Wirkung elektronischer Medien bei Kindern und Jugendlichen“. Ein Vertreter des Landeskriminalamts hat uns gezeigt, was im Internet und bezüglich der Kinderpornografie alles abläuft. Es war erschreckend. Einige Kolleginnen und Kollegen haben den Saal verlassen, weil sie die Taten, die über das Internet weltweit verbreitet werden – nicht einmal über „www“, sondern über andere weltweite Netze –, nicht mit ansehen konnten.

Ich sage Ihnen: Wir haben es hier mit Tätern, mit einer Klientel zu tun, die ein Verhalten zeigt, das in Art und Umfang erschreckend ist und schlicht nicht hinnehmbar ist. Ich denke, Herr Oelmayer: Es ist vielleicht sogar der Nährboden für manche schwere Straftat, die später begangen wird.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ohne Zweifel!)

Was die Sexualverbrecher angeht, fragen sich wirklich viele: Wie kann es sein, dass der mehrfach verurteilte Kinderschänder Uwe Kolbig aus Leipzig – Sie kennen den Fall; er kam im Fernsehen – am 22. Februar nicht hinter Gittern, hinter hohen Mauern und Stacheldraht saß, sondern in der Straßenbahn neben seinem neunjährigen Opfer Mitja?

Es wird gefordert, dass der Staat mehr als bisher tun muss, um Menschen vor Sexualverbrechern zu schützen. Die Forderung nach einer Grundgesetzänderung habe ich schon angesprochen. Es wird nach dem Mord in Leipzig auch gefragt, ob nicht auch wir in Baden-Württemberg tatsächlich mehr tun müssen.

Ich habe einmal festgestellt, wie es hier wirklich aussieht. Sie wissen, als Strafvollzugsbeauftragter halte ich mich freiwillig hin und wieder in Gefängnissen auf.

Wir haben in Baden-Württemberg im Durchschnitt 450 Gefangene, die als Sexualstraftäter verurteilt wurden. 15 % von denen befinden sich im gelockerten Vollzug. Es darf sich aber niemand vorstellen, dass „gelockerter Vollzug“ heißt, dass diese Personen in der Anstalt ein- und ausgehen dürften. „Gelockerter Vollzug“ heißt, dass sie sich innerhalb der Haftanstalt frei bewegen dürfen.

Wir in Stuttgart müssen auch bei den Sexualstraftätern, die wir in der Ambulanz haben, Folgendes sehen: Seit 1998 wird eine therapeutische Behandlung durchgeführt, um Straftäter nahtlos in die Freiheit entlassen zu können. Wir stellen fest –

Sie haben zu Recht angeführt, dass die Therapie sehr erfolgreich ist –, dass die Rückfallquote unter 10 % liegt, wenn sie diese Therapie mitmachen. Die Hälfte dieser Rückfalltäter wird in den ersten beiden Jahren nach der Haftentlassung wieder aktiv – exakte Zahl: 52 %. Erschreckend! Da könnte man etwas tun. Die andere Hälfte der Rückfalltäter wird nach vier bis sechs Jahren und später aktiv. Jetzt ist die Frage: Wie wollen wir diese Rückfallquote über einen solch langen Zeitraum wieder dezimieren?

Sie haben in der Begründung Ihres Antrags festgestellt, dass laut Polizeilicher Kriminalstatistik, PKS, über 60 % der Personen, die sich einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung strafbar gemacht haben, Wiederholungstäter seien. Aber in der Stellungnahme wurde zu Recht darauf hingewiesen: Das sind natürlich Taten, die nicht einschlägig sind. Deswegen bezieht sich der Anteil von 60 % nicht auf Rückfalltaten im Bereich Sexualstraftaten.

In Deutschland und in Baden-Württemberg wäre schon viel erreicht – noch mehr, Herr Minister, als wir in Baden-Württemberg schon heute beispielhaft erreicht haben –, wenn der zuständigen Polizei der Aufenthaltsort der Straftäter bekannt wäre. Ich plädiere auch für die Einführung eines Computersystems wie in Bayern, mit dem sich Gewaltkriminelle problemlos orten lassen. Ich denke auch, vielleicht könnte man über eine elektronische Fußfessel nachhaken bzw. nachfragen.

Zur Beruhigung – der Mehrheit der Bevölkerung; nicht desjenigen, der letztlich betroffen ist – möchte ich darauf hinweisen: Auch der allseits bekannte Kriminologe Christian Pfeiffer sagt, dass höchstens einer von 600 Sexualstraftätern wieder zum Kindesmörder wird. Aber jeder Fall ist ein Fall zu viel.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Karl Zimmermann CDU:** Meine Sprechzeit ist zu Ende.

Zum Schluss: Herr Minister, ich war ebenso wie mein Vorredner, Herr Sakellariou, erstaunt über das, was über die dpa mitgeteilt wurde. Ich habe mich mit diesem Thema schon länger befasst. Die CDU-Landtagsfraktion hat schon vor vielen Wochen – ich musste mir sogar schon den Vorwurf meines Fraktionsvorsitzenden Mappus anhören, ich hätte das viel früher bekannt geben sollen; aber das ist heute der richtige Rahmen – beschlossen, aus eigenen Mitteln 100 000 € zur Verfügung zu stellen. Das hätte ich heute gern als Erster verkündet. Sie kamen mir mit der dpa-Meldung – Sie haben die besseren Drähte – zuvor. Aber da sind wir, glaube ich, einig. Die CDU hat dieses Problem erkannt, und wir stecken da das Geld hinein.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Sind das Fraktionsgelder?)

– Fraktionsmittel, jawohl.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ich habe mich schon gefragt, woher das Geld kommt! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Abg. Karl Zimmermann CDU:** Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Sexualstraftaten ist wieder ein ernsthaftes Thema, das auf der Tagesordnung dieses Hauses steht. Insbesondere aus der Erfahrung im Umgang mit Kindern muss man einfach sagen: Jede Sexualstraftat, die an Kindern verübt wird, ist eine Tat zu viel.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Natürlich!)

Da sind wir – um das gleich vorweg zu betonen – völlig einer Meinung. Alle Ausführungen, die ich jetzt machen werde, sollen das nicht relativieren.

Ausgangspunkt dieser Debatte ist die Initiative der SPD-Fraktion mit dem Titel „Strafvollzug bei Sexualstraftätern“. Dazu sei mir doch eine kleine Bemerkung gestattet: In der Begründung des Antrags argumentiert die SPD-Fraktion damit, dass laut der Polizeilichen Kriminalstatistik die Rückfallquote unter den Sexualstraftätern bei 60 % liege. Das ist natürlich insofern nicht richtig, als wir, wenn wir überhaupt eine Bezugsgröße herstellen wollen – ganz konkrete Zahlen haben wir ja nicht –, die Verurteiltenstatistiken im Bereich der Sexualstraftaten heranziehen müssen und uns nicht auf die Polizeiliche Kriminalstatistik beziehen dürfen, in der jeder, der jemals in Verdacht geraten ist, enthalten ist.

Das halte ich deswegen für ein Problem, weil dies in der Bevölkerung natürlich ein äußerst sensibles Thema ist. Am 23. November 2006 war in den „Stuttgarter Nachrichten“ zu lesen, Sexualstraftäter würden mit einer Quote von 60 % rückfällig. Was sollen denn die Menschen darüber denken? Sie gehen natürlich automatisch davon aus, dass das Land hier nicht genügend tut. Insofern bin ich froh darüber, dass der Kollege Sakellariou diese Aussage hier relativiert hat und die Zahlen auch konkret genannt hat. Auch in der Stellungnahme des Ministeriums war dies ja schon richtig dargestellt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Zahl habe ich korrigiert!)

Ein Weiteres: Eigentlich geht es ja nicht an – das haben auch meine Vorredner schon angesprochen –, dass der Minister oder das zuständige Ministerium in der Nacht, bevor wir hier im Landtag über ein Thema eine parlamentarische Debatte führen, eine entsprechende Verlautbarung an die Presse gibt. Darüber hätten wir zunächst ja auch in der heutigen Debatte sprechen können. Ich will dennoch ausdrücklich sagen: Vieles von dem, was da drinsteht, können wir mittragen.

(Lachen des Ministers Dr. Ulrich Goll)

– Ja, Sie lachen. Ich finde das aber eigentlich nicht lustig. Jeder strengt sich hier an. Sie haben halt das Ministerium hinter sich und geben dann nachts eine Pressemitteilung heraus.

Das haben wir nicht getan, weil wir gedacht haben, wir diskutieren das heute in diesem Hohen Haus, im Parlament. Das kann man so oder anders handhaben. Sie handhaben es anders, ich aber hätte es nicht so

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Er ist halt der Kompetenteste!)

gehandhabt. Ich hätte dies einfach heute in die Debatte hineingetragen. Das machen wir ja meistens so.

Ich bin für viele Dinge, die Sie angesprochen haben. Die Bereitstellung von 100 000 € mehr für eine Stärkung der Therapie, und zwar zu Beginn des Strafvollzugs und nicht zu dessen Ende – manchmal müssen die Menschen ja ganz ohne Therapie entlassen werden –, ist keine Maßnahme, die man ablehnen kann. Das Züricher Modell, auf das Sie Bezug nehmen, hat ja dokumentiert, dass die Rückfallquote dort ganz erheblich geringer geworden ist. Insofern muss man das begrüßen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: „Muss“?)

Auch die Maßnahme der Führungsaufsicht, die dazu dient, dass die Menschen, nachdem sie entlassen worden sind, in einem stärkeren Umfang einer Kontrolle unterliegen, kann ich mittragen.

Was ein Problem darstellt – und das haben Sie selbst gemerkt, Herr Minister –, ist die nachträgliche Sicherungsverwahrung. Dazu haben wir hier Ende der vorletzten Legislaturperiode in einer wirklich berauschenden Geschwindigkeit ein Gesetz durchgepaukt. Das Verfassungsgericht hat das dazu Notwendige gesagt und deutlich gemacht, dass das in dieser Form nicht geht. Auch Sie haben hier eingeräumt, dass es in Baden-Württemberg bislang keinen einzigen Fall gibt, in dem dieses Instrument der nachträglichen Sicherungsverwahrung angewandt wird. Denn es wäre die schärfste Keule des Rechtsstaats – wenn er sie überhaupt benutzen darf –, dass während des Strafvollzugs, weil keine Therapie stattfindet, die Menschen nachträglich mit Sicherungsverwahrung belegt werden. Das darf meines Erachtens aufgrund unserer rechtsstaatlichen Befugnisse nicht gehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Manche sind ja auch nicht therapierbar, Herr Kollege!)

Das Verfassungsgericht hat dazu Gott sei Dank ja auch das Notwendige gesagt.

Alles in allem kann man konstatieren: Die Zahlen gehen Gott sei Dank zurück; der Kollege hat das ja auch schon gesagt. Jeder Fall ist aber natürlich immer noch ein Fall zu viel. Deswegen sind wir selbstverständlich dabei, wenn das Ministerium, die Landesregierung und wir als Parlament mehr Geld für die Therapie und für mehr Therapieplätze zur Verfügung stellen wollen – auch in Anbetracht der Tatsache, dass es voraussichtlich immer wieder solche scheußlichen Taten geben wird. Daher muss das Land alles tun, was in seinen Kräften steht. Hierzu sind verschiedene Ansätze gemacht.

Ich will es aber auch nicht übertreiben und will es nicht übertrieben wissen: Auch in diesem Bereich hat jeder Mensch, der inhaftiert ist und der seine Strafe abgessen hat, prinzipiell einen Anspruch darauf, dass überprüft wird, ob er auch ein-

(Thomas Oelmayer)

mal wieder die Freiheit erlangen kann. Dazu gibt es verschiedene Vorschläge. So sollen mehrere Gutachten hierzu eingeholt werden.

Alles in allem denke ich: Die Vorschläge, die Sie, Herr Minister, heute Nacht veröffentlicht haben, können wir in vielen Teilen mittragen – mit Ausnahme der nachträglichen Sicherungsverwahrung. Wir können nur hoffen, dass auch die Anstalt in Offenburg demnächst in Betrieb geht

(Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU)

– ich bin gleich am Ende, Kollege Döpfer –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er hat eine Besuchergruppe!)

und dass wir auch im therapeutischen Bereich die Mittel und Möglichkeiten haben, um solche Taten künftig möglichst zu verhindern, insbesondere was das Rückfallrisiko anbelangt. Ich glaube, dann sind wir da auf einem guten Weg. Wir sollten es aber auch nicht überzogen darstellen: Rückfallquoten von angeblich 60 % sind Gott sei Dank nicht zutreffend.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Wetzel für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel** FDP/DVP: Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir war zunächst unklar, was die SPD mit diesem Antrag will. Die Fragen wurden vom Ministerium durchweg vollständig beantwortet. Damit ist der Antrag grundsätzlich erledigt.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Dann brauchen Sie ja nicht mehr weiterzureden! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei den Anfragen in der letzten Zeit weiß man nie, was die wollen!)

Vielleicht wäre es interessant gewesen, wenn in den Antrag bereits konkrete Vorschläge eingearbeitet worden wären, Herr Sakellariou. Aber so ist es jetzt.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Die bringen Sie jetzt!)

Die SPD ist offensichtlich auch lernfähig. Als unser Justizminister die nachträgliche Sicherungsverwahrung für gefährliche Straftäter in der vorvergangenen Legislaturperiode

(Abg. Ute Vogt SPD: Damals!)

gefordert hatte, war dies, jedenfalls für die SPD, zu streng. Jetzt fordert die SPD mehr Strenge. Das Problem, meine Damen und Herren – das wurde von meinen Vorrednern gesagt –, ist die Wiederholungsgefahr bei Straftätern. Die Gerichte sind hier auf die Feststellungen von Sachverständigengutachten angewiesen. Die Sachverständigen müssen den Juristen sagen, ob die Straftäter nach der Haftverbüßung voraussichtlich rückfällig werden oder nicht. Ist der Straftäter dann nach wie vor gefährlich, oder ist er nicht mehr gefährlich? Das ist die Frage. Der Sachverständige muss eine Prognose erarbei-

ten. Das ist das Problem, vor dem wir bei unserem heutigen Thema stehen.

Die Antwort, meine Damen und Herren, kann aber nicht sein: wegschließen, und zwar für immer. Das hatte ein ehemaliger sozialdemokratischer Bundeskanzler einmal sehr plakativ gefordert.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Für manche stimmt das aber!)

Dieser Satz ist sehr populistisch, insbesondere wenn er von einem Bundeskanzler geäußert wird, der selbst einmal Rechtsanwalt war. Entweder hat er sein früheres Wissen verlernt, oder er sagt einfach bewusst das Unrichtige. Nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ist so etwas wie das Wegsperrten für immer nur unter sehr engen Voraussetzungen möglich.

Wir müssen andere Wege gehen. Der Justizminister – Sie haben das gerade gesagt – hat das in der Pressemitteilung bereits angekündigt. Wir müssen prüfen, ob eine erleichterte Anfrage beim Strafzentralregister in genau eingegrenzten Fällen möglich ist, z. B. bei Mitarbeitern, die mit Kindern oder mit Jugendlichen oder im Gesundheitsbereich tätig sind. Ihr Kollege von der Saar, der SPD-Chef Heiko Maas, hat die Einrichtung eines Zentralregisters für Sexualstraftäter gefordert. Ich meine, das ist nicht notwendig. Wir haben ein Bundeszentralregister. Wir brauchen kein weiteres Register mit weiteren Beamten.

Auch der stellvertretende Vorsitzende der brandenburgischen CDU geht für meine Begriffe zu weit, Herr Kollege Zimmermann. Er fordert einen Onlinepranger für gefährliche Sexualstraftäter.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Moderner Pranger!)

Ähnlich wie in den USA sollten Bilder, Namen und Adressen von Triebtätern im Internet veröffentlicht werden. Ich denke, dass das von unserem Grundgesetz sicherlich nicht gedeckt ist.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Davon gehe ich auch aus!)

Wir können entlassene Straftäter aber nicht Tag und Nacht von der Polizei bewachen lassen, wie dies derzeit in einem besonders krassen Fall in Quedlinburg geschieht. Im dortigen Fall weigert sich der Straftäter, sich therapieren zu lassen. Meines Erachtens könnte man diese Fälle vielleicht in den Griff bekommen, indem solche Straftäter, solange sie sich nicht therapieren lassen, eben nicht in Freiheit kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das wäre ebenfalls eine Möglichkeit der Sicherungsverwahrung.

Wie auch der Justizminister gesagt hat, wird die Einrichtung eines zentralen Gefangenenregisters in Baden-Württemberg geprüft, über das man einen Zugriff haben könnte. Es diene auch einer verbesserten Auskunft an Behörden, die Menschen anstellen und dann möglicherweise überprüfen können, mit wem sie es zu tun haben.

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

Vielleicht wirkt auch in solchen Fällen die elektronische Fußfessel – ich habe dazu bereits einen Antrag gestellt; der Antrag ist wohl in Bearbeitung –, gerade für solche Straftäter.

Herr Kollege Oelmayer und Herr Kollege Sakellariou, ich meine auch zur nachträglichen Sicherungsverwahrung: Wenn man einfach merkt und weiß, dass die Menschen nicht einsichtig werden und sich nicht therapieren lassen, dann muss es Möglichkeiten geben, sie wirklich wegzusperren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich denke, das ist eine Möglichkeit, um die Menschen vor solchen Menschen zu schützen.

Danke sehr.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Minister Professor Dr. Goll.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das wäre auch einmal spannend, wenn Frau Goll hier sprechen würde!)

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! An der Verlautbarung über die dpa von heute Nacht sehen Sie, dass die Landesregierung Tag und Nacht an diesem Thema arbeitet.

(Zuruf von der FDP/DVP: Und nicht schläft!)

Gestern hat die dpa bei uns zu diesem Thema nachgefragt, möglicherweise vor dem Hintergrund dieser Landtagsdebatte. Da haben wir denen natürlich ein bisschen von dem erzählt, was wir hier machen. Das stand übrigens auch schon Tage vorher im „Focus“, der auch schon angefragt hatte. Das ist natürlich ein Dauerthema, das Sie hier mit Ihrem Antrag anschnitten.

Die 100 000 €, die wir für die Therapie zusätzlich bekommen haben, die beide Regierungsfraktionen im Zuge der Haushaltsberatungen auf eine dankenswerte Initiative des Abg. Zimmermann hin beschlossen haben, haben wir alle öffentlich debattiert und im Haushalt beschlossen. Sie haben noch gar nicht gemerkt, dass wir damit eine zusätzliche Therapie beschlossen haben. Das haben wir also nicht letzte Nacht gemacht; Sie waren bei den Haushaltsberatungen dabei. Da sind diese 100 000 € im Haushalt beschlossen worden.

Allerdings muss ich eines sagen: Ich freue mich, wenn wir gemeinsam an dieser wichtigen Sache arbeiten. Aber wenn Sie etwa den Eindruck erwecken, dass man die Landesregierung anfeuern müsste, möchte ich doch daran erinnern, dass Baden-Württemberg jahrelang völlig allein mit dem Vorschlag zur nachträglichen Sicherungsverwahrung war.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Wir sind beim sozialdemokratisch geführten BMJ auf Beton gestoßen, genauso wie bei der Mehrheit der sozialdemokratisch geführten Länder. Das muss man schon einmal sagen. Das war jahrelang so. Dann haben wir unser eigenes Gesetz gemacht, und erst als ein ähnliches Gesetz aus Bayern – die hatten das Gesetz von uns übernommen – für verfassungswidrig erklärt wurde, als der Bundesgesetzgeber nicht mehr an-

ders konnte, hat er ein Gesetz gemacht. Er hat ein Gesetz mit Lücken gemacht, sodass es jetzt nach der Rechtsprechung der Gerichte fast unmöglich ist, es sinnvoll anzuwenden. Jetzt geht es um die Nachbesserung, und die Diskussion über die Nachbesserung verläuft genauso zäh. Kollege Oelmayer hat deutlich gesagt, dass er sich an der Diskussion um das Schließen der Lücken bei der nachträglichen Sicherungsverwahrung erst gar nicht beteiligt. Es ist schwer genug, an dieser Stelle zu einem wirklichen Schutz zu kommen.

Ich will jetzt nicht weiter in der Vergangenheit kramen. Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen zum Thema Rückfall nennen. Beim Rückfall muss man sehr genau hinschauen.

Lieber Herr Sakellariou, Sie haben vorhin falsch aus der Unterlage hinsichtlich der Bewährungsaufflage zitiert. Da haben Sie gesagt, in der Sondergruppe seien es 40 %, die wieder straffällig wurden. Allerdings waren es nur 10 % wegen eines Sexualdelikts. Das ist jetzt aber nur für Sie persönlich bestimmt. Das will ich Ihnen nicht vorwerfen, da die Frage der Rückfallstatistik sehr verwirrend und kompliziert ist. Es ist schwer verständlich, wie wenig verlässliche Zahlen über den Rückfall wir zur Stunde tatsächlich haben. Eine bundesweite Rückfallstatistik gibt es bisher nicht. Wir sind jetzt dabei, sie auf den Weg zu bringen. Der Bund wird auch reagieren. Diese Statistik kann man nur bundesweit machen, das ist logisch; denn die Ländergrenzen sind nicht weit.

Ich hoffe, dass wir bald eine entsprechende Statistik haben. Bis dahin sind wir auf einzelne Forschungsergebnisse angewiesen, die wir in der Stellungnahme zu dem Antrag teilweise zitiert haben. Da hat die kriminologische Zentralstelle, an der auch das Land Baden-Württemberg beteiligt ist, mit einer Studie Wegweisendes geleistet. Aus dieser Studie ergibt sich, dass die Quote der einschlägigen Rückfälle bei Sexualdelikten bei den untersuchten Gruppen etwa zwischen 10 und 20 % lag. Das ist natürlich immer noch zu viel; darüber sind wir uns einig.

Was tun? Auf der einen Seite kann man die Therapie ausbauen. Wir haben sie schrittweise ausgebaut. Die 100 000 € waren der vorläufig letzte Baustein. Die letzten Jahre waren dadurch geprägt, dass wir die Therapie in den Anstalten immer weiter ausgebaut haben. Aber wir wissen alle, dass Therapie kein Allheilmittel ist. Sie können in manche Menschen auch nicht hineinschauen. Man darf, glaube ich, auch nicht dem Irrglauben erliegen, dass dann, wenn wir jetzt therapieren und therapieren, hinterher nichts mehr passiert. Da wäre auch die Therapie überfordert. Umgekehrt sagen uns gerade die Therapeuten, dass es eine bestimmte Gruppe von Menschen gibt, bei denen sie selbst nicht an den Erfolg ihrer eigenen Therapie glauben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Untherapierbar!)

Da müssen wir natürlich das Notwendige tun und der Tatsache ins Auge sehen, dass man die Allgemeinheit vor manchen Menschen eben nur schützen kann und, wenn es sein muss, dauerhaft schützen muss. Das ist eine Gott sei Dank sehr, sehr kleine Gruppe, aber diese Gruppe gibt es, und für diese brauchen wir ein Instrumentarium.

Wir sind gerade dabei, dieses zu entwickeln. Das sind ja Dinge, die nach außen manchmal wirklich schwer plausibel zu

(Minister Dr. Ulrich Goll)

machen sind. Die verstehen dann wirklich nur noch Juristen. Eine Schwäche liegt darin: Wenn die Voraussetzungen für die Sicherungsverwahrung zum Zeitpunkt der Verurteilung nicht gegeben waren, dann hilft das gar nichts: Wenn man die hochgradige Gefährlichkeit schon damals erkannt hat, kann man auch keine nachträgliche Sicherungsverwahrung verhängen. Dann sagen Sie uns hinterher: Die Voraussetzungen für die Sicherungsverwahrung waren ursprünglich nicht gegeben, und die nachträgliche Sicherungsverwahrung können wir nicht verhängen, weil die Gefährlichkeit schon damals bekannt war.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Siehe Mecklenburg! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Oder beim Ersttäter!)

So sitzen wir im Moment zwischen den Stühlen. Wir sind dabei, diese Lücke zu schließen.

Ein anderes Beispiel – ich hoffe, dass Sie da meine Meinung teilen, lieber Herr Sakellariou –: Es gibt Fälle, wonach jemand, der als Heranwachsender mit 20 Jahren noch nach Jugendstrafrecht verurteilt wurde, schließlich mit 28 als gefährlich entlassen wird. Es macht keinen Unterschied, ob das ein nach Erwachsenenstrafrecht Verurteilter mit 32 Jahren oder ein nach Jugendstrafrecht Verurteilter mit 28 ist. Aber bei den Fällen, in denen nach Jugendstrafrecht verurteilt wurde, können wir bisher keine nachträgliche Sicherungsverwahrung aussprechen, auch wenn der Betroffene schon im Heranwachsendenalter war.

Deswegen sollten wir gemeinsam zumindest den Vorschlag mittragen, bei Heranwachsenden zwischen 18 und 21, die nach Jugendstrafrecht verurteilt wurden, trotzdem eine nachträgliche Sicherungsverwahrung zu ermöglichen, wenn sie nach zehn Jahren entlassen werden sollen und ersichtlich gefährlich sind. Diese Fälle gibt es. Da weiß ich sehr genau, wovon ich rede. Das sind eben Menschen, bei denen man eine Entlassung im Grunde nicht vertreten kann.

Es wird ein weiteres Gebiet dazukommen, auf das sich jetzt zu Recht der Schwerpunkt verlagert; Herr Zimmermann hat das angesprochen. Was machen wir eigentlich mit den Entlassenen? Sollten wir auf die nicht noch etwas besser aufpassen als bisher? Das betrifft das Thema Führungsaufsicht, aber natürlich auch die Frage, ob man nicht die Polizeibehörden in die Lage versetzen sollte, da etwas genauer hinzuschauen.

Das bayerische Modell wurde genannt. Ich möchte hier ohne Umschweife für das bayerische Modell plädieren. Wir haben in der Regierung auch schon das Gespräch miteinander aufgenommen. In Bayern wird das ja im Innenressort durchgeführt. Ich halte das für einen bundesweit vernünftigen Vorschlag, weil jetzt die Diskussion losgeht.

Sie wissen, in den USA hat man den Sexualtätern zum Teil einfach ein Schild in den Garten gestellt: „Sexualtäter“. Dann wurden Internetdateien gemacht. Z. B. hat der Staat Maine seine Internetdatei entlassener Sexualtäter kürzlich vom Netz genommen, weil zwei per Lynchjustiz erschossen worden sind. Das ist ein schwieriges Thema. In der Zeitung liest man, dass Sexualtäter dort fluoreszierende Nummernschilder am Auto bekommen sollen. Wir sind also schon mittendrin in einer Diskussion, in der es darum geht, eine vernünftige Linie zu ziehen.

Das angesprochene bayerische Modell HEADS verfolgt eine vernünftige Linie. Das Ganze verläuft ungefähr so: Wenn die Justiz- und Maßregelvollzugsanstalten einen Risikotäter, einen Sexualtäter, den sie für rückfallgefährdet halten, zu entlassen haben, dann melden sie das an die zuständige Staatsanwaltschaft. Die zuständige Staatsanwaltschaft leitet das weiter an eine Zentrale. Das bayerische Modell heißt ja HEADS „Haft-Entlassenen-Auskunfts-Datei-Sexualstraftäter“. Diese Zentrale informiert die örtlichen Polizeidienststellen, wobei sie auch eine Bewertung des Risikopotenzials abgibt. Die Polizeidienststellen entscheiden dann über weitere Maßnahmen zur Minimierung der Rückfallgefahr, z. B. der Gefahr der Ansprachen.

Nehmen wir einmal an, der Betroffene taucht als Übungsleiter bei einem Schwimmverein auf. Dann kann die Polizei auf ihn zugehen und sagen: „Wenn du dich da nicht fernhältst, kriegst du Ärger.“ Das reicht bis zur Observation – diese wird natürlich nur in wenigen Fällen möglich sein – mit dem entsprechenden Aufwand oder zu Objektschutzmaßnahmen bei stark gefährdeten Personen, aber auch bis hin zur Weitergabe polizeilicher Erkenntnisse an andere Behörden, z. B. an Jugendämter; das ist auch ein Bereich, in dem man noch einen weiteren sinnvollen Schutz bieten kann.

Es sind eigentlich drei Bereiche: weiterer Ausbau der Therapie – das machen wir laufend; Sie sehen es an den aktuellen Informationen –, verbesserter Schutz, was die nachträgliche Sicherungsverwahrung angeht, Schließen der Lücken, und drittens Aufbau solcher Informationssysteme mit Augenmaß, mit denen wir es dann noch besser schaffen, die entlassenen, potenziell gefährlichen Täter von weiteren Taten abzuhalten.

Das ist unser Konzept, natürlich nicht erst seit heute. Aber ich freue mich, wenn wir da mit allen Teilen des Landtags im Wesentlichen an einem Strick ziehen können. Ich bitte Sie, die Arbeit der Landesregierung weiterhin zu unterstützen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Kann ich davon ausgehen, dass der Berichtsantrag durch die Aussprache erledigt ist? – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern vorbeugen – „Frühwarnsystem“ in Baden-Württemberg ausbauen – Drucksache 14/620**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lösch.

**Abg. Brigitte Lösch** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung“ ist nicht zuletzt wegen einiger besonders schwerer Fälle wieder in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Die Zahl der gemeldeten Fälle von Kindesmisshandlung ist seit 1996 bundesweit um rund 50 % auf etwa 3 000 jährlich gestiegen. Die Dunkelziffer ist hoch.

Nach Schätzung der UNICEF leben in Deutschland derzeit etwa 200 000 Kinder in verwahrlostem Zustand. Auch aus der Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag geht hervor, dass die Zahl der Kindesmisshandlungen in Baden-Württemberg in den letzten Jahren zugenommen hat. Die Kriminalstatistik weist einen Anstieg der Zahl der Fälle von 221 im Jahr 2000 auf 288 im Jahr 2005 aus. Da Misshandlungen in vielen Fällen nicht bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden, sondern lediglich Jugendschutzorganisationen und Jugendämter eingeschaltet werden, muss man insgesamt von einer weitaus höheren Zahl ausgehen.

Auch die Zahl der Familien, die Erziehungshilfen in Anspruch nehmen, ist seit dem Jahr 2000 bundesweit um 54 % gestiegen; in Baden-Württemberg stieg sie, wie das Statistische Landesamt 2006 mitteilte, im gleichen Zeitraum sogar um 69,9 %. Diese Fakten sind Anlass genug, sich vertieft mit den zugrunde liegenden Sachverhalten auseinanderzusetzen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Nun hat die Landesregierung das Projekt „Guter Start ins Kinderleben“ mit dem Ziel gestartet, belastete Eltern früh zu unterstützen und Überforderungen zu vermeiden. Die Idee, verschiedene Professionen besser miteinander zu vernetzen, ist ja richtig, aber die umfassende Vernetzung aller beteiligten Akteure kann nur ein Bestandteil einer erfolgreichen Strategie gegen Kindesvernachlässigung sein. Wir unterstützen die generelle Stoßrichtung des Modellprojekts mit dem Ziel, die vorhandenen Strukturen zu evaluieren und Angebote neu zu koordinieren, halten aber ein Vernetzungshandbuch als Endprodukt eines solchen Modellprojekts für zu wenig. Empfehlungen für die Entwicklung von ressort- und disziplinübergreifenden Versorgungskonzepten sind zwar hilfreich, greifen aber zu kurz.

Um den Kinderschutz an dieser Stelle tatsächlich zu verbessern, brauchen wir ein Gesamtkonzept, das nicht nur die umfassende Vernetzung der beteiligten Akteure beinhaltet, sondern auch einen Ausbau der aufsuchenden, frühzeitigen Hilfen, verbesserte Vorsorgeuntersuchungen, die Umsetzung des Schutzauftrags des § 8 a des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und natürlich auch Sensibilisierungsmaßnahmen, um nicht nur bei den Fachkräften, sondern auch innerhalb der Bevölkerung den Blick für Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung zu schärfen.

Ich möchte gern drei Punkte herausgreifen.

Der erste Punkt betrifft den Ausbau und die Verbesserung der Früherkennungsuntersuchungen. Im Hinblick auf ein frühzeitiges Erkennen von Kindesvernachlässigung oder Kindesmisshandlung kommt den sogenannten Us, den Kindervorsorgeuntersuchungen, eine besondere Bedeutung zu. In Baden-Württemberg gibt es eine hohe Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen von Kindern, die allerdings von U 2

bis U 8 kontinuierlich abnimmt. Während die U-2-Untersuchung noch 98,8 % aller Kinder erfasst, werden im Rahmen der U 7 nur noch 90,5 % und bei der U 8 nur noch 89 % der Kinder erfasst.

Zudem ist die Qualität der Us höchst unterschiedlich, da Kindesmisshandlung und Kindesverwahrlosung bisher auch kein Gegenstand der Früherkennung nach § 26 SGB V sind. Tatsache ist auch, dass Kinderärzte Vernachlässigung und Misshandlung häufig nicht erkennen. Deshalb halten wir es für wichtig, die Früherkennungsrichtlinien so zu gestalten, dass Gefährdungen des Kindeswohls durch Vernachlässigung und Misshandlung zukünftig noch früher erkannt werden können – z. B. durch die Einführung entsprechender Untersuchungsschritte. Das halten wir für sinnvoller als die Forderung nach verpflichtenden Früherkennungsuntersuchungen.

Die Landesregierung hat im Mai letzten Jahres im Bundesrat eine Entschließung unterstützt, um die Einführung einer verpflichtenden Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen zu überprüfen. Angesichts der bereits existierenden hohen Akzeptanz der Us ist es aus unserer Sicht nicht erforderlich, eine Verpflichtung einzuführen. Wir halten es für zielführender, die Qualität der Früherkennungsuntersuchungen zu sichern und vor allem für ein verbindlicheres Einladungs-wesen zu sorgen und genau die Eltern anzusprechen, die bisher nicht an den Vorsorgeuntersuchungen

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist keine Pflicht!)

– das ist keine Pflicht – teilgenommen haben.

(Beifall der Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da bekommen Sie auch Beifall von uns! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Wenn schon die eigenen nicht klatschen, klatschen wir!)

– Danke schön. – Es würde mich nun doch interessieren, was die Prüfung der Landesregierung ergeben hat, welche Möglichkeiten die Krankenkassen noch haben, um die Inanspruchnahme der Us zu erhöhen.

Anstelle der Verpflichtung bei den Früherkennungsuntersuchungen wollen wir eine verpflichtende zusätzliche Eingangsuntersuchung für alle Dreijährigen zu Beginn der Kindergartenzeit. Das ist genau die Lücke zwischen den Früherkennungsuntersuchungen im Alter von zwei und vier Jahren, also zwischen der U 7 und der U 8. Bisher ist in Baden-Württemberg lediglich die Schuleingangsuntersuchung verpflichtend. Die Landesregierung ist gerade dabei, die Schuleingangsuntersuchung im Rahmen eines Modellprojekts neu zu gestalten.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Während wir das zweistufige Verfahren der neuen Eingangsuntersuchung prinzipiell gut finden

(Beifall der Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

– danke schön –,

(Brigitte Lösch)

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Bitte sehr! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP zu Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Jetzt machen wir sie fertig!)

schlagen wir aber vor, die erste Stufe der Schuleingangsuntersuchung um ein Jahr nach vorne zu verlegen, also auf das dritte Lebensjahr und damit auf die Zeit des Eintritts in den Kindergarten. Damit kann auch garantiert werden, dass genügend Zeit besteht, um Kinder mit Sprachdefiziten oder anderen Entwicklungsverzögerungen gezielt zu fördern. Wir wollen aber, dass alle Kinder dieser Altersstufe in Baden-Württemberg an einer solchen Untersuchung teilnehmen, das heißt auch die Kinder, die nicht den Kindergarten besuchen. Deshalb brauchen wir an dieser Stelle eine Verpflichtung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

Der nächste Punkt ist der Ausbau der aufsuchenden Hilfen. Frühe Hilfen stützen und begleiten Familien in der Gründungsphase. Sie geben alltagspraktische Unterstützung und bieten darüber hinaus die Möglichkeit, Entwicklungsdefizite von Kindern früher zu erkennen. Wir wollen, dass analog zum dänischen Modell oder zur Praxis in Dormagen jede Familie nach der Geburt eines Kindes von einer Familienhebamme aufgesucht wird, damit keine Stigmatisierung stattfindet. Das halten wir übrigens für besser und hilfreicher als den Ansatz, 4 Millionen € in Gutscheine für die Elternbildung zu stecken. – Jetzt klatscht niemand.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Doch! – Beifall bei den Grünen und der Abg. Christine Rudolf SPD)

Mit Kommstrukturen werden insbesondere Risikofamilien überhaupt nicht erreicht, Herr Kollege Döpfer. Anstelle von Gutscheinen brauchen wir niedrigschwellige Bringstrukturen, durch die man auf Eltern und Kinder zugehen kann.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

– Keine „Trinkstrukturen“, Frau Kollegin, sondern Bringstrukturen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Danke! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Nächster Punkt: Umsetzung des neuen § 8 a SGB VIII. Sie wissen ja, dass mit dem neuen § 8 a weitere Regelungen zum besonderen Kinderschutz eingeführt wurden. Dabei muss vor allem pädagogischen Fachkräften in allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und übrigens auch in den Kindertageseinrichtungen zukünftig die Möglichkeit gegeben werden, sich zu Kinderschutzfachkräften weiterzuqualifizieren.

Zu diesem Punkt habe ich eine Frage an die Landesregierung: Hat denn die Arbeitsgruppe, die am 18. Dezember im Sozialministerium getagt hat, jetzt eine Mustervereinbarung abgeschlossen, die den kommunalen Landesverbänden zur Verfügung gestellt wird? Darauf haben Sie in Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag verwiesen.

Letzter Punkt: die Kinderschutzambulanzen als ein Teil des Versorgungsnetzes. In Ihrer Stellungnahme zu dem Antrag ha-

ben Sie auf einen Antrag aus der 12. Legislaturperiode verwiesen. Das erscheint mir ein wenig dürrig und ein wenig dünn. Auch da würde ich mir wünschen, dass wir dieses Thema nochmals in zwei mal fünf Minuten – das gibt zehn Minuten – intensiver diskutieren.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Eigentlich sind es nur fünf Minuten! Aber wir hören ja gerne zu! Vernünftige Sachen waren dabei! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Fazit: Es geht bei der Verbesserung des Kinderschutzes letztendlich nicht darum, gänzlich neue Instrumente zu erfinden,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

sondern es geht um eine bessere Vernetzung und einen effizienteren Einsatz. Es geht um ein geeignetes Maßnahmenbündel und um Rahmenbedingungen, die herrschen müssen, damit Kinderschutz in Baden-Württemberg wirkungsvoll umgesetzt werden kann.

Zum Abschluss meiner Rede

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Überzogene Redezeit!)

sage ich gleich, dass wir unseren Antrag deswegen zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss überweisen werden, weil wir mehr Zeit brauchen und weil wir es wichtig finden, diese Diskussion noch einmal intensiver zu führen. Die Schuleingangsuntersuchung ist ja nur ein Teil dieses Maßnahmenbündels. Deshalb überweisen wir unseren Antrag an den Ausschuss.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nicht ihr überweist, sondern wir überweisen an den Ausschuss!)

– Das ist klar: Wir schlagen vor, ihn an den Ausschuss zu überweisen.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Lasotta für die CDU-Fraktion.

**Abg. Dr. Bernhard Lasotta** CDU: Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin den Grünen sehr dankbar für diesen Antrag zum Kinderschutz und zum Aufbau von Frühwarnsystemen. Dies ist in der Tat ein wichtiger Punkt, der auch über alle Parteigrenzen hinweg einer weiteren Vertiefung bedarf.

Es gibt nichts Schrecklicheres als Gewalt gegen Kinder: Missbrauch, Vernachlässigung, psychische und physische Gewalt. Ich sage das hier nicht nur als Vertreter der CDU-Landtagsfraktion, sondern auch als Familienvater und Arzt. Es gehört zu den schrecklichsten Momenten, die man erfahren muss, wenn man in der Öffentlichkeit – oder in seinem Beruf – misshandelte, getötete oder missbrauchte Kinder sehen muss bzw. sie untersuchen muss, insbesondere wenn man selbst kleine Kinder hat und dann natürlich immer auch den Vergleich zu den schönen Zeiten in der eigenen Familie zieht.

(Dr. Bernhard Lasotta)

Misshandlungen von Kindern finden zu 80 % bei Kindern unter sechs Jahren statt. Insofern muss in der Tat ein Hauptaugenmerk auf die frühe Phase der Familienbegleitung und Familienentwicklung gelegt werden. Von diesen 80 % misshandelter Kinder unter sechs Jahren sind etwa die Hälfte Säuglinge. Insbesondere in der frühen Phase der Früherkennung von Kindesmisshandlungen greifen anscheinend auch die staatlichen Mechanismen – über die Jugendhilfe und die vernetzten Strukturen, die in den vergangenen Jahren aufgebaut wurden – in vielen Fällen nur unzureichend.

Die polizeiliche Statistik erfasst im Endeffekt die schweren Fälle. Ich kann Ihnen aus der Klinik in Heilbronn berichten, in der ich arbeite. An der dortigen Kinderklinik wurden in einem Jahr fast 250 Fälle von Kindesmisshandlung und -missbrauch gezählt. Ein Großteil dieser Fälle kam mit anderen Diagnosen in die Klinik, weswegen man die Misshandlung oder den Missbrauch erst im Laufe des Klinikaufenthalts herausgefunden hatte. Das betrifft nicht nur Fälle, die dann in der Öffentlichkeit sehr spektakulär gehandelt werden, beispielsweise wenn ein totes Kind in einer Plastiktüte gefunden wurde oder wenn eine Mutter ihr Kind direkt nach der Geburt erstickt hat, weil sie mit der Situation nicht zurechtkam, sondern das betrifft alle gesellschaftlichen Gruppen und Situationen.

Wir haben das im Stadt- und Landkreis Heilbronn einmal untersucht. Die Verteilung der Fälle von Kindesmisshandlung entspricht ungefähr dem Aufbau der Bevölkerung – die Frage ist, ob man die Einteilung in Unter-, Mittel- und Oberschicht verwenden will; ich wende sie jetzt aber an, weil sie eine relativ leichte Erklärung erlaubt –: 25 % Unterschicht, 50 % Mittelschicht und 25 % Oberschicht. Darunter befindet sich also auch die überforderte Akademikerin, die ein Schreikind hat und dann in die Klinik kommt und sagt, ihr Kind sei vom Wickeltisch gefallen. Sie ist mit der Situation nicht zurechtgekommen, weil sie allein war, weil sie außerhalb einer Großfamilie gelebt hat, vielleicht aus anderen Strukturen gezogen ist und einfach niemanden hatte, mit dem sie sprechen konnte. Genauso befindet sich darunter aber auch die junge Mutter, die das vierte Kind vom vierten Mann bekommen hat und vor der Geburt erzählt hat, dass sie das Kind überhaupt nicht haben will, nach der Geburt dann aber gesagt hat, dass sie es doch mit nach Hause nimmt. In solchen Fällen, in denen eine psychische Spannung vorhanden ist, ist fast absehbar, dass schließlich etwas Schlimmes passiert. Wir an der Klinik haben aber oft nicht die Möglichkeit, effiziente Strukturen aufzubauen und einzurichten, mit denen diesen Familien Hilfestellung gegeben werden kann.

Deshalb brauchen wir einen erweiterten Ansatz über das hinaus, was dankenswerterweise auch in Baden-Württemberg geschehen ist; das will ich durchaus lobend anerkennen. Auch in der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag ist aufgezeigt worden, was wir hinsichtlich der Vernetzung zwischen den Jugendämtern, den Familiengerichten, der Polizei und den Staatsanwaltschaften, den Kinderkliniken, den Kinderärzten und den Schulen geschaffen haben. Ich glaube, wir haben wirklich gute Systeme aufgebaut.

Wir brauchen aber weitere Ansätze, weil es auch um ein gesellschaftspolitisches Thema geht. Wir haben andere Familienstrukturen als früher, und wir haben auch ein anderes An-

spruchsdenken. Früher wurde einer Frau in der Großfamilie weitergeholfen, wenn sie mit dem Kind nicht zurechtkam. Kinder machen oft keine großen Probleme, aber es gibt eben Probleme. 30 % aller Säuglinge haben z. B. Ernährungsprobleme oder bereiten Probleme mit dem Schreien. Eine Überforderung kann sich leicht einstellen. Den Frauen oder Männern wird aber oft keine unmittelbare Hilfe angeboten, die sie rund um die Uhr in Anspruch nehmen könnten.

In unserer Gesellschaft herrscht auch ein anderes Anspruchsdenken. Heute will jeder das perfekte Kind haben nach dem Motto „Es kann doch gar nicht sein, dass bei meinem Kind irgendeine Störung vorliegt“. Es ist auch eine Scham vorhanden, sich überhaupt an die Hilfestellen – an das Jugendamt, den Kinderarzt oder die Kinderklinik – zu wenden.

Deswegen sind für mich zwei Punkte, die in dem Antrag angesprochen wurden, Frau Lösch, von herausragender Bedeutung. Ein Punkt ist das Thema Kinderschutzambulanzen. Wir haben bereits in der 11. Legislaturperiode über die entsprechende Enquetekommission einen Landtagsbeschluss gefasst, in diese Richtung zu gehen. Mittlerweile gibt es auch einen Antrag und ein ausgearbeitetes Konzept.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Dr. Bernhard Lasotta** CDU: Ich komme gleich zum Ende. – Es gibt ein ausgearbeitetes Konzept der Landesärztekammer, an den Kinderkliniken Kriseninterventionszentren und Beratungszentren einzurichten, die rund um die Uhr erreichbar sind, die mit den niedergelassenen Kinderärzten und mit den Einrichtungen der Jugendhilfe vernetzt sind.

Das zweite Thema, das mir wichtig ist, ist die aufsuchende Hebammenhilfe, über die wir Familien, in denen erkennbar Probleme vorhanden sind,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Rechtzeitig!)

über ein halbes oder über ein ganzes Jahr Hebammen als Beraterinnen zur Seite stellen. Die Hebammen gehen in die Familien und fragen: Wie können wir euch weiterhelfen?

Ich halte diese beiden Punkte für wichtig. Da muss auch die Landesregierung meines Erachtens noch weitere Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden und den Krankenkassen führen, damit wir diese Systeme implementieren können. Das ist wichtig zum Schutz der Familien und der Kinder in Baden-Württemberg.

Ich würde mich freuen, wenn der Landtag von Baden-Württemberg dies über die Fraktionsgrenzen hinaus als einen wichtigen, gemeinsamen Arbeitsauftrag annehmen würde und hier gemeinsam mit der Landesregierung in den nächsten Jahren für Verbesserungen sorgen würde.

Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Wonnay.

**Abg. Marianne Wonnay** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Vernachlässigung von Kindern, der Missbrauch und schwerste Misshandlungen von Kindern zählen sicher zu den Themen, bei denen wir fraktionsübergreifend zu Lösungen kommen müssen und auch zu Lösungen kommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir sind uns im Ziel eines besseren Schutzes von Kindern einig. Das heißt, Risikofamilien müssen frühzeitig identifiziert werden, und es müssen dann umgehend Hilfsmaßnahmen eingeleitet werden. Es ist leider so, dass nach der polizeilichen Kriminalstatistik auch bei uns die Zahl der Fälle von Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern in den vergangenen fünf Jahren zugenommen hat.

Eltern müssen bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt werden. Gerade überforderte Familien brauchen entsprechende Hilfen rasch und niedrigschwellig.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich eine eindringliche Bitte an Sie richten. Erziehungsgutscheine, wie Sie sie geplant haben – dafür wollen Sie immerhin 4 Millionen € in die Hand nehmen –, sind eben genau ein Instrument, das überforderte Familien, das Risikofamilien nicht erreicht.

(Abg. Wilfried Klenk CDU: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Deshalb bitte ich Sie dringend, gerade den Aspekt der aufsuchenden Hilfen aufzugreifen – denn sie brauchen wir für diese Familien – und das Geld dafür einzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir brauchen eine Gesamtkonzeption. Wir unterstützen den Ansatz der Familienhebammen. Wir unterstützen den Ansatz der Kinderschutzambulanzen. Ich hatte ja das Vergnügen, in der ersten Legislaturperiode meiner Landtagszugehörigkeit in der Enquetekommission „Kinder in Baden-Württemberg“ mitwirken zu dürfen. Diese Ansätze zählten in der Tat zu den wichtigen Beschlüssen der Enquete.

Wie gesagt: Wir wollen die aufsuchende Hilfe ausbauen; daneben unterschätzen wir aber auch das Instrument der besseren Vernetzung und besseren Kooperation nicht. Wir sind uns gewiss auch darin einig, dass man dieses Instrument nicht kleinreden darf. Wir wissen, dass wir in dieser Hinsicht sehr unterschiedliche Situationen in unserem Bundesland haben. Es gibt Kreise, in denen die Vernetzung hervorragend funktioniert. Es gibt andererseits noch Bereiche, in denen die Vernetzung zwischen den Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe, den Beratungsdiensten und dem gesamten Bereich des Gesundheitsdienstes mit der Polizei, mit Frauenhäusern, mit den Schulen dringend verbessert werden muss.

Deshalb sind die beiden Modellprojekte, die jetzt im Ostalbkreis und in Pforzheim angelaufen sind, wichtig. Von dem Projekt „Guter Start ins Kinderleben“ erhoffe ich mir schon, dass wir klare Hinweise bekommen, wo zu vernetzen ist, wo die Vernetzung zu verbessern ist.

Aber genau das ist ein Punkt, an dem auch die Landesregierung gefordert ist. Wir brauchen eine Gesamtkonzeption des Landes. Da spielen z. B. auch die Früherkennungsuntersuchungen eine Rolle. Wir wissen, dass die Früherkennungsuntersuchungen im ersten Lebensjahr sehr stark wahrgenommen werden, aber bei der U 7 bis zur U 9 die Teilnahme deutlich zu wünschen übrig lässt; dort muss die Teilnehmerquote gesteigert werden. Da ist es wichtig, das gesamte Instrumentarium mit Einladungswesen, Bonussystem usw. genau auf die Frage auszurichten: Wie erreichen wir besonders die Risikofamilien? Es wird auch die große Aufgabe einer solchen Gesamtkonzeption sein, hier verbindlichere Regelungen zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ein Teil des Beschlussabschnitts des Antrags der Fraktion GRÜNE hat sich schon ein bisschen erübrigt, weil eben die Schuleingangsuntersuchung beibehalten wird. Sie erfolgt jetzt allerdings in zwei Stufen. Das bietet in der Tat die Möglichkeit – da möchte ich ausdrücklich Ihrem Ansinnen unterstützend zur Seite treten –, zu diskutieren, ob es nicht in der Tat das richtige Instrument ist, diese erste Stufe auf einen früheren Zeitraum vorzuziehen und zu schauen, dass wir dort auch wirklich alle Kinder verpflichtend erreichen, um frühzeitig Hilfsmaßnahmen einleiten zu können.

Wir sind in der SPD-Fraktion offen in der Frage, ob eine solche Gesamtkonzeption des Landes – ich erhoffe mir, dass die Frau Ministerin gleich auch Ausführungen dazu machen wird, wie eine solche Gesamtkonzeption des Landes aussieht – in einen landesgesetzlichen Rahmen gefügt wird, wie es das Saarland gemacht hat, oder ob es zu einem Gesamthandlungskonzept wie in Rheinland-Pfalz, wo dann im Übrigen auch eine Servicestelle für die Unterstützung der Kommunen eingerichtet wurde, oder wie in Nordrhein-Westfalen kommt. Aber klar ist, dass auch das Land mit in der Verantwortung steht und dass wir gemeinsam, das Land und die Kommunen, alles dafür tun müssen, dass unsere Kinder noch besser geschützt werden als bisher.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Beate Fauser FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bin ich sehr dankbar, dass heute keine Abstimmung über den vorliegenden Antrag erfolgen soll, sondern dass wir das Thema gemeinsam im Ausschuss weiter behandeln können.

Ich bin auch dankbar, dass hier wirklich unisono gesagt worden ist, dass jeder Vorschlag, der dem Ziel dient, Kinder besser zu schützen, und zwar in einem besonders sensiblen Bereich – es ist erschreckend, dass das erste Lebensjahr mit das gefährlichste ist;

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ja!)

(Dr. Ulrich Noll)

das Kind kann sich in diesem Alter nun einmal noch nicht wehren –, sehr offen diskutiert werden kann und von daher keine der geäußerten Vorstellungen von vornherein als nicht akzeptabel oder falsch dargestellt werden darf.

Ich darf noch einen Aspekt erwähnen: Natürlich gehört auch hier dazu, nicht immer das Rad neu erfinden zu wollen, sondern auch zu versuchen, das, was schon vorhanden ist, durch Vernetzung zu optimieren.

Da ist mir auch wichtig – das ist heute noch nicht gesagt worden, aber, so glaube ich, für jeden selbstverständlich –, dass wir, statt wegzusehen, wieder stärker eine Kultur des Hinschauens brauchen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mitschauen!)

Das gilt nicht nur für die Professionellen, sondern auch für die Mitbürgerinnen und Mitbürger, für die Nachbarschaft. Ich weiß sehr wohl, dass das schwierig ist, weil der Grat zwischen Denunziantentum und Sich-Einmischen immer schmal ist. Aber an der Stelle, wo es um Kinder geht, die selbst nicht agieren können, wäre es mir recht, wenn die Menschen im Zweifelsfall lieber einmal zu viel als einmal zu wenig einen Hinweis geben würden.

Das Zweite: Bei uns in Esslingen gab es ja diesen schrecklichen Fall – das betraf jetzt keine kleinen Kinder, sondern größere Kinder –, dass eine Frau ihre beiden Kinder umgebracht hat. Da habe ich mich auch gefragt: Wie kann es in unserer Gesellschaft so weit kommen, dass ein Mensch keinen anderen Ausweg mehr sieht, als die Kinder zu töten und hinterher – was versucht wurde, aber nicht gelungen ist – sich selbst umzubringen?

Da ist mir Folgendes aufgefallen: Wenn die Nachbarn befragt werden, dann sagen alle: „Ach, das war eine so nette Frau, sie war immer freundlich“ usw. Auch das stößt natürlich an Grenzen. Aber es zeigt andererseits: Wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass die vielen Hilfsstrukturen und Angebote, die wir haben, tatsächlich so im Bewusstsein verankert sind, dass die Schwelle, diese Angebote auch anzunehmen, nicht zu hoch ist, sondern dass diese gerade in solchen schwierigen Situationen der Überforderung leichter angenommen werden können.

Ich bin in der Tat der Meinung, dass dieses Thema alle Schichten betrifft. Man darf dies nicht als schichtenspezifisches Problem sehen; das ist überhaupt keine Frage. Sie haben Kinder, Kollege Lasotta. Ich habe Enkel. Wenn die einmal alle vier einen Tag lang bei mir sind,

(Abg. Andreas Hoffmann CDU: Wenn man Enkel hat, hat man auch Kinder! – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

dann wird mir klar – natürlich ist das mit über 60 Jahren besonders schwierig –, dass es auch für bestens gebildete Eltern zu Überforderungssituationen kommen kann. Aber diejenigen, die in der Lage sind, diese Situationen als Überforderung wahrzunehmen, und die sich der damit verbundenen Gefahr bewusst sind, nehmen ja in aller Regel Kurse oder anderweitige Hilfen in Anspruch, wenn sie merken, dass die Dinge nicht gut laufen. Deswegen werden wir unser Augenmerk wirklich verstärkt auf die Gehstrukturen legen und immer wie-

der versuchen müssen, mit niedrigschwelligen Angeboten diese Familien zu erreichen.

Da das Thema Gutscheinsystem mehrfach angesprochen worden ist, will auch ich es noch einmal aufgreifen. Ich darf feststellen, dass es ja der FDP/DVP zu verdanken ist, dass wir einen Teil des Landeserziehungsgelds nun für die zusätzliche Betreuung und eben auch für die Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Familien einsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Umschichten!)

Dabei handelt es sich um etwa 4 Millionen €.

Nun hat der Ministerpräsident das Thema Gutscheine in die Diskussion eingebracht. Wenn es aber jetzt so gedacht sein sollte, dass diese 4 Millionen € dazu eingesetzt werden, dass die Kommunen allen Eltern von Neugeborenen lediglich Gutscheine zuschickten, und das war es dann, dann wäre dieses Geld, glaube ich, nicht gut angelegt. Ich meine jedoch, Kollege Lasotta, Frau Wonnay und Frau Lösch, wir sollten vielleicht dafür sorgen, dass dieses Geld so eingesetzt wird, dass zwar durchaus Gutscheine verteilt werden, aber nicht, indem man diese Gutscheine flächendeckend an die Familien versendet, sondern indem man diese in die aufsuchende Arbeit, z. B. der Familienhebamme, integriert und deren Arbeit durch die Kombination mit Gutscheinen unterfüttert. Früher gab es den sogenannten „Felicitas Service“; ich weiß gar nicht, ob es das heute noch gibt. Damals wurden die Eltern von Neugeborenen durch diesen Service aufgesucht und mit allen möglichen Proben, z. B. mit Alete-Gläschen, und mit Angeboten für Versicherungspolice beglückt.

(Zurufe der Abg. Katrin Altpeter SPD und Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Zu meiner Zeit gab es das einmal; aber das gibt es wohl heute gar nicht mehr. – Aber es wäre doch möglich, diese aufsuchende Arbeit, etwa durch die Familienhebamme, mit dem Gutscheinsystem zu kombinieren und die Eltern gegebenenfalls auf diese Hilfsangebote hinzuweisen und ihnen zu sagen, dass es nichts kostet, sondern dass sie Gutscheine erhalten, die sie für Beratungen oder Kurse einsetzen können. Dabei sollte man dies nicht gleich als staatliche Einmischung diskriminieren.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Leider ist meine Sprechzeit gleich abgelaufen. Aber wir können ja im Ausschuss noch weiter über mögliche Modellentwicklungen nachdenken.

Noch ein Wort zum Thema Einschulungsuntersuchungen. Sie haben unsere Absichten dankenswerterweise ja zur Kenntnis genommen. Aber eine Äußerung von Ihnen möchte ich doch korrigieren, liebe Frau Lösch – diese Formulierung unterläuft mir allerdings auch immer wieder –: Sie sagen, diese Untersuchungen müssten bereits für alle Dreijährigen vorgesehen werden. Genau das haben wir aber beschlossen. Dreijährige sind nämlich im vierten Lebensjahr.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein! Vorletztes Kindergartenjahr, haben Sie beschlossen!)

(Dr. Ulrich Noll)

Im vierten Lebensjahr sollen kombiniert mit der vorgezogenen Einschulungsuntersuchung die Sprachstandsdiagnosen stattfinden. Ich halte es für einen richtigen Ansatz, dass man nicht ausschließlich – auch wenn dies natürlich vorrangig ist – auf die Sprachentwicklung schaut und dass man den Förderbedarf frühzeitig ermittelt, damit noch genug Zeit für entsprechende Fördermaßnahmen bleibt. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Abschließend möchte ich all denen danken, die, insbesondere in den Jugendämtern, diese schwierige Arbeit zu leisten haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Bernhard Lasotta und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ein sehr wichtiges Thema, über das derzeit auch im Bundestag diskutiert wird, ist die Frage: Haben wir im Verhältnis von Elternrecht zum Recht des Kindes wirklich alles richtig ausbalanciert? Das Elternrecht hat ja zu Recht einen sehr hohen Stellenwert. Bevor es zu staatlichen Maßnahmen bis hin zum Entzug der Kinder aus ihrer Herkunftsfamilie kommt, gibt es sehr hohe Hürden.

Für die Jugendämter ist die Situation auch schwierig. Greifen sie zu spät ein, werden sie durch die Presse geschmiert, kommen ihre Maßnahmen zu früh oder greifen sie unberechtigt ein, dann ist ihnen die Kritik ebenfalls sicher. Es ist also eine sehr schwierige Aufgabe, dies richtig abzuwägen.

Deshalb gilt mein Respekt all denjenigen, die diese schwierige Aufgabe an ganz problematischen Stellen immer wieder wahrnehmen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Stolz.

**Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Schutz unserer Kinder ist eine wichtige Aufgabe. Er ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die uns alle fordert. Wir alle müssen hinschauen.

Gleichwohl ist der Schutzauftrag eine zentrale staatliche Aufgabe, die von den Kommunen, aber auch seitens des Landes mit großer Ernsthaftigkeit angegangen wird. Die Fachkräfte von Einrichtungen und Diensten freier Jugendhilfeträger sind genauso einbezogen. Mit diesen treffen die Jugendämter konkrete Vereinbarungen zur Wahrnehmung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung. In einer vom Ministerium für Arbeit und Soziales eingerichteten Arbeitsgruppe, die auch schon angesprochen und nachgefragt wurde, haben wir hierzu Empfehlungen und Hinweise erarbeitet. Sie wurden Ende 2006 verabschiedet und werden derzeit den Trägern als Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt.

Bereits 1995 haben wir die Konzeption „Kreisbezogene Hilfesysteme für misshandelte Kinder“ entwickelt. Diese dient den Jugendämtern als Leitfaden zur Vernetzung aller mit Kindern befassten Einrichtungen und Behörden. Besonderes Ge-

wicht liegt dabei auf der Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Familiengerichten, Polizei, Staatsanwaltschaft, Krankenhäusern, Kinderärzten sowie Betreuungseinrichtungen und Schulen. In den meisten Kreisen gibt es inzwischen interdisziplinäre Arbeitskreise zum Schutz des Kindeswohls. Ich bin dankbar dafür, dass die Angehörigen dieser örtlichen und regionalen Netzwerke zum Kinderschutz und zur Prävention von Kindesmisshandlungen ihre Zusammenarbeit kontinuierlich weiterentwickeln. Da sehe ich auch den Schwerpunkt der Arbeit.

Auch das Thema Kinderschutzambulanzen ist verschiedentlich angesprochen worden. Kinderschutzambulanzen können nur Teile dieses Gesamtnetzwerks sein. Das scheitert nicht an der Landesregierung. Wir haben nichts gegen Kinderschutzambulanzen. Es liegt aber nicht in unserer Verfügungsgewalt, Kinderschutzambulanzen einzurichten. Das ist Sache der Krankenhausträger, die sich jedoch angesichts der Fallzahl – es sind 200 bis 300 Fälle – noch nicht dazu – so formuliere ich es jetzt einmal – durchgerungen haben.

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Ich möchte darauf hinweisen, dass das Netzwerk zum Kinderschutz natürlich die Krankenhäuser vor Ort einbeziehen muss, unabhängig davon, ob dort spezielle Kinderschutzambulanzen eingerichtet sind oder nicht. Die Ärzte in den Krankenhäusern müssen einbezogen sein, und zwar unabhängig von diesen Kinderschutzambulanzen.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ja, genau!)

Ich darf auch darauf hinweisen, dass kein anderes Bundesland Kinderschutzambulanzen in seine Krankenhausplanung einbezogen hat.

Wir wissen, dass Kinder gerade im ersten Lebensjahr besonders von Misshandlung und Vernachlässigung bedroht sind. Daher sollten notwendige Hilfeangebote möglichst frühzeitig bereits vor oder unmittelbar nach der Geburt ansetzen. Hierbei ist es für den Schutz der Kinder entscheidend, dass wir mit aufsuchenden Hilfeangeboten insbesondere die Familien erreichen, die sich nicht selbst um Hilfe bemühen oder bemühen können. Doch gerade bei Familien in schwierigen Lebenslagen werden die damit verbundenen Anforderungen, auch hinsichtlich der Qualifikation der Helfer, immer höher. Wir begrüßen es daher sehr, dass der Hebammenverband Baden-Württemberg eine Fortbildung zur Familienhebamme anbieten wird. Natürlich muss es dann vor Ort auch zu Gesprächen kommen, wie diese Familienhebammen noch mehr in das Hilfenetz einbezogen werden können.

Aus meiner Sicht ist die Stärkung der Erziehungskraft der Eltern der wirksamste Schutz für unsere Kinder. Wir wollen deshalb bei der Neukonzeption des Landeserziehungsgelds einen Teil der Landeserziehungsgeldmittel gezielt für die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern einsetzen. Es ist ein besonderes Anliegen, gerade Familien in besonderen Belastungssituationen helfen zu können. Sie können sicher sein, dass wir bei der Umsetzung dieser Säule des Landeserziehungsgelds auch darauf achten werden, ein Konzept zu entwickeln, über das wir gerade auch diese Familien mit diesem Angebot erreichen können.

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Selbstverständlich gehören zum Kinderschutz auch die Früh-erkennungsforschungen, also die Vorsorgeuntersuchungen U 1 bis U 9. Diese werden – das ist auch schon angesprochen worden – von einer breiten Mehrheit der Eltern sehr verantwortungsbewusst in Anspruch genommen. Wir möchten natürlich diese Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen weiter steigern, und zusammen mit anderen Ländern haben wir deshalb den Bund aufgefordert, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Das sind vor allem auch Rahmenbedingungen des Datenschutzes und Regelungen in Bezug auf die mögliche Weitergabe von Daten. Da werden wir im gemeinsamen Interesse weiter dranbleiben.

Einen weiteren Zugang zu Kindern, auch aus Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf, erreichen wir durch die Schuleingangsuntersuchungen, die auch schon angesprochen wurden. Wir haben hierzu ein neues Konzept mit zwei Untersuchungsschritten erarbeitet und erproben es in einer Modellphase. So wurden in einem ersten Schritt im Juni und Juli 2006 Kindergartenkinder im vorletzten Kindergartenjahr ca. 24 bis 15 Monate vor der Einschulung untersucht. Durch diese vorgezogene Untersuchung gewinnen wir bei diesen Kindern mehr Zeit für mögliche und notwendige Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung. Nach Abschluss der Evaluation der Modellphase werden wir entscheiden, ob und wann diese neu konzipierte Schuleingangsuntersuchung flächendeckend eingeführt wird und ob wir diese möglicherweise auch ein Stück vorziehen, was ich durchaus begrüßen würde. Das würde ich gerne nach Abschluss der Erfahrungen der Evaluation entscheiden.

Auch mit dem Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“ unterstützen wir insbesondere die Kinder, die auf der Schattenseite des Lebens stehen oder geboren werden. Wir haben dieses Modellprojekt gemeinsam mit Bayern, Thüringen und Rheinland-Pfalz initiiert. Wir setzen dabei den Schwerpunkt bei jungen und psychisch kranken Müttern. Die Pilotphase hat im November begonnen; wir rechnen mit einem Abschluss zum Ende des Jahres 2008.

Ein wesentliches Ziel ist die Verbesserung der Vernetzungsstrukturen der Jugendhilfe. Das ist das tragende Thema beim Kinderschutz. Zahlreiche Stadt- und Landkreise haben sich um die Teilnahme beworben und ihre hervorragenden Konzeptionen zum Kinderschutz präsentiert.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

**Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz:** Auf Folgendes möchte ich noch eingehen: Liebe Frau Lösch, Sie haben gesagt, Leitlinien und Broschüren allein reichten nicht aus. Das stimmt sicherlich. Aber gerade auch durch dieses Projekt, das wir initiiert haben, haben wir sehr viele Landkreise in der Ausschreibung zusammengeführt und haben festgestellt, dass in vielen Landkreisen schon eine hervorragende Arbeit läuft. Wir wollen auch durch die Zusammenarbeit dieser Landkreise den Informationsaustausch fördern, damit die guten Erfahrungen, die mit bereits bestehenden Netzen gemacht wurden, weiterentwickelt werden. Denn die vor Ort vorhandenen hochwertigen Hilfesysteme, die sich mit ihrer Ausrichtung und Schwerpunktsetzung an den regionalen An-

forderungen und Besonderheiten ausrichten, haben uns alle gerade in dieser Phase sehr beeindruckt. Wir möchten eigentlich nicht, dass diese Erfahrungen verloren gehen. Aber sie haben uns auch gezeigt, dass wir schon jetzt auf einem sehr guten Weg sind.

Der Kinderschutz wird uns auch in Zukunft alle fordern. Wir alle tragen Verantwortung, und ich werde mich gerade auch als Kinderbeauftragte sehr intensiv einbringen. Ich darf Sie bitten, uns auf diesem Weg weiterhin konstruktiv zu begleiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Antragsteller haben Überweisung des Antrags zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss beantragt. Sie stimmen dem zu? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport zu der Mitteilung der Landesregierung vom 7. November 2006 – Berechnungen über die Kosten des öffentlichen Schulwesens durch die Landesregierung nach § 18 a des Privatschulgesetzes – Drucksachen 14/623, 14/975**

**Berichterstatterin: Abg. Renate Rastätter**

Hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 31. Januar 2007 – Wohnungsbau 2007 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung – Drucksachen 14/831, 14/990**

**Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. Es ist so beschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 6. Oktober 2006 – Beratende Äußerung zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung des Elektronischen Grundbuchs in Baden-Württemberg – Drucksachen 14/392, 14/991**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 11 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte)

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2006 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 (Nr. 21) – Bürgschaften zur Förderung der Wirtschaft – Drucksachen 14/710, 14/992**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. Es ist so beschlossen.

Punkt 12 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 29. Januar 2007, Az.: GR 1/07 – Organstreitverfahren auf Antrag der Fraktion der SPD wegen Verfassungsverstoßes im Zusammenhang mit der Finanzierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe – Drucksache 14/1027**

**Berichterstatter: Abg. Karl Zimmermann**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 13 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/981, 14/982, 14/983, 14/984, 14/985, 14/986, 14/987**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 25. April 2007, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:02 Uhr**